

Kurzschriftlicher Bericht

31. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

XXVI. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 6. Juli 2006

Inhalt:

Fragestunde:

L-8124/1-XXVI: Anfrage des Abg. Mayr an Landesrätin Dr. Stöger (Seite 5)

L-8125/1-XXVI: Anfrage des Abg. Trübswasser an Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider (Seite 6)

L-8126/1-XXVI: Anfrage der Abg.Präsidentin Eisenriegler an Landesrätin Dr. Stöger (Seite 9)

L-8127/1-XXVI: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrat Ackerl (Seite 11)

L-8129/1-XXVI: Anfrage des Abg. Ing. Aspöck an Landesrat Anschober (Seite 15)

Verlesung und Zuweisung des Einganges (Seite 19)

Dringlichkeitsanträge:

Beilage 952/2006: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe.

Redner/in: Abg. Mag. Steinkellner (Seite 20)
 Abg. Schürrer (Seite 21)
 Abg. Kapeller (Seite 22)
 Abg. Schwarz (Seite 24)

Beilage 954/2006: Initiativantrag betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz.

Redner/in: Abg. Trübswasser (Seite 25)
 Abg. Eisenrauch (Seite 27)
 Abg. Pilsner (Seite 27)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 28)

Beilage 955/2006: Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr.

Redner: Abg. Frauscher (Seite 29)
 Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 29)
 Abg. Hirz (Seite 30)
 Abg. Dr. Brunmair (Seite 31)

Beilage 956/2006: Initiativantrag betreffend Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union.

Redner: Abg. Dr. Frais (Seite 32)
 Abg. Mag. Strugl (Seite 34)
 Abg. Trübswasser (Seite 35)
 Abg. Mag. Steinkellner (Seite 36)

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 938/2006: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005.

Berichtersteller: Abg. Weixelbaumer (Seite 37)

Beilage 939/2006: Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich".

Berichtersteller: Abg. Weixelbaumer (Seite 38)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 938 und 939/2006:

Redner/innen Abg. Weixelbaumer (Seite 38)
Abg. Mag. Jahn (Seite 39)

Unterbrechung der Sitzung um 12.48 Uhr

Fortsetzung der Sitzung um 14.04 Uhr

Abg. Mag. Jahn (Seite 43)
Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 43)
Abg. Dr. Frais zur Geschäftsordnung (Seite 43)
Abg. Trübswasser (Seite 44)
Landesrat Dr. Kepplinger (Seite 46)
Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 49)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 52)
Landesrat Ackerl (Seite 53)
Abg. Mag. Strugl (Seite 56)
Abg. Mag. Jahn (Seite 58)

Beilage 940/2006: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2005.

Berichterstellerin: Abg. Jachs (Seite 61)

Redner/innen: Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 61)
Abg. Jachs (Seite 62)
Abg. Wageneder (Seite 66)
Abg. Ecker (Seite 67)
Abg. Ing. Aspöck (Seite 69)
Landesrat Dr. Stockinger (Seite 70)

Beilage 941/2006: Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Jahresbericht 2005 zur Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich.

Berichtersteller: Abg. Schürrer (Seite 73)

Redner/in: Abg. Schwarz (Seite 73)
Abg. Schürrer (Seite 74)
Abg. Kapeller (Seite 75)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 77)

Beilage 942/2006: Bericht des Bauausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Bauordnung 1994 geändert wird (Oö. Bauordnungs-Novelle 2006)

Berichterstatter: Abg. Bernhofer (Seite 78)

Beilage 943/2006: Bericht des Bauausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2006).

Berichterstatter: Abg. Bernhofer (Seite 78)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 942 und 943/2006:

Redner/innen: Abg. Bernhofer (Seite 78)
Abg. Eidenberger (Seite 81)
Abg. Wageneder (Seite 82)
Abg. Brunner (Seite 84)
Abg. Prinz (Seite 85)
Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl (Seite 86)

Beilage 944/2006: Bericht des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten betreffend die Fassung eines Grundsatzbeschlusses über die Errichtung und Betrieb der verlängerten Straßenbahnlinie "3" auf das Harter Plateau (Bauabschnitt Weingartshof).

Berichterstatter: Abg. Pilsner (Seite 88)

Redner/in: Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 88)
Abg. Mag. Steinkellner (Seite 88)
Abg. Mühlböck (Seite 89)

Beilage 945/2006: Bericht des Kontrollausschusses über den Bericht des Rechnungshofs betreffend das Bundesland Oberösterreich; Tätigkeit im Jahr 2005.

Berichterstatter: Abg. Weixelbaumer (Seite 89)

Redner/in: Abg. Ing. Öller (Seite 90)
Abg. Lackner-Strauss (Seite 91)

Beilage 946/2006: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Investitionen bei Fondskrankenanstalten".

Berichterstatterin: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 92)

Beilage 947/2006: Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Gesundheitsversorgung in Oö. - Schwerpunkt Krankenanstalten".

Berichterstatterin: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 92)

Gemeinsame Wechselrede zu den Beilagen 946 und 947/2006:

Redner/innen: Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 93)
Abg. Dr. Entholzer (Seite 94)
Abg. Dr. Brunmair (Seite 95)
Abg. Mag. Gumpinger (Seite 96)
Abg. Schwarz (Seite 97)
Abg. Dr. Röper-Kelmayr (Seite 97)
Landesrätin Dr. Stöger (Seite 98)

Beilage 952/2006: Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe.

Berichterstatter: Landesrat Sigl (Seite 100)

Beilage 954/2006: Initiativantrag betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz.

Berichterstatter: Abg. Trübswasser (Seite 101)

Beilage 955/2006: Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr.

Berichterstatter: Abg. Makor-Winkelbauer (Seite 101)

Beilage 960/2006: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Mag. Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 4/2003, Initiativantrag betreffend ein Landeskindergeld.

Berichterstatterin: Abg. Moser (Seite 102)

Rednerin: Abg. Moser (Seite 102)

Beilage 961/2006: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Mag. Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 899/2003, Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen.

Berichterstatterin: Abg. Moser (Seite 103)

Beilage 962/2006: Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten Mag. Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 900/2003, Initiativantrag betreffend Oö. Familienzuschuss beim Schuleintritt.

Berichterstatterin: Abg. Moser (Seite 103)

Vorsitz: Erste Präsidentin Orthner
Zweite Präsidentin Weichsler
Dritte Präsidentin Eisenriegler

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Bernhofer

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider und Hiesl, die Landesräte Ackerl, Anschöber, Dr. Kepplinger, Sigl, Dr. Stockinger und Dr. Stöger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Dr. Aichinger

Landesamtsdirektor Dr. Pesendorfer

Landtagsdirektor Dr. Hörtenhuber

Amtsschriftführer: HR Dr. Dörfel

(Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr)

Erste Präsidentin: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich wünsche Ihnen einen schönen guten Morgen und ich eröffne die 31. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in dieser Legislaturperiode. Begrüße sehr herzlich die Mitglieder der Landesregierung, die Damen und Herren des Oberösterreichischen Landtags, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, die Damen und Herren auf der Galerie und die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Ich darf Sie bitten, sich für eine Trauerkundgebung von den Sitzen zu erheben. (Alle erheben sich von den Sitzen.)

Sehr geehrte Damen und Herren, am 12. Juni dieses Jahres ist der ehemalige Präsident der Arbeiterkammer Herr Landtagsabgeordneter außer Dienst Josef Schmidl verstorben. Herr Präsident Schmidl hat auf vielen Ebenen die Entwicklung unseres Landes entscheidend mitgeprägt. Er war ein Exponent einer funktionierenden Sozialpartnerschaft und hat mit viel Engagement im Besonderen für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land sich eingesetzt. Präsident Schmidl wurde 1919 in Steyr als Sohn eines Fabrikarbeiterehepaars geboren. 1934 trat er als Maschinenbaulehrling in die Steyrerwerke ein. 1941 wurde er eingezogen und kehrte 1946 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurück. Wieder war er in den Steyrerwerken tätig. Seine Wahl zum Arbeiterbetriebsrat 1949 markiert den Anfang einer steilen politischen Karriere. 1955 zog Schmidl als Abgeordneter der Sozialdemokratischen Partei in den Oberösterreichischen Landtag ein, dem er bis 1965 angehörte. Er war Obmann des Ausschusses für öffentliche Wohlfahrt und hat sich auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer um einen guten Ausgleich bemüht, von dem die Menschen auch profitieren konnten. Im Anschluss an seine Tätigkeit im Landtag gehörte er bis 1969 dem Österreichischen Nationalrat an. Vierzehn Jahre lang - von 1968 bis 1982 - war Josef Schmidl Präsident der Oberösterreichischen Arbeiterkammer und hat hier vor allen Dingen in der Bildungspolitik wichtige Akzente gesetzt. Unter seiner Präsidentschaft wurde das AK-Bildungshaus Jägermayrhof ausgebaut und mit dem beruflichen Bildungs- und Rehabilitationszentrum entstand eine in Österreich einzigartige Einrichtung. Herr Präsident Schmidl hat mit großem persönlichem Engagement für Oberösterreich, Österreich und seine Menschen gearbeitet. Wir wollen ihm ein ehrendes Gedenken bewahren. Ich danke Ihnen.

Der Herr Landesrat Dr. Aichinger ist von der heutigen Sitzung entschuldigt. Die amtliche Niederschrift über die letzte Sitzung liegt in der Zeit vom 7. bis 21. Juli in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Wir beginnen diese Sitzung mit einer Fragestunde. Eine Zusammenstellung aller Anfragen haben Sie auf Ihren Plätzen. Die erste Anfrage ist die des Herrn Abgeordneten Mayr an die Frau Landesrätin Dr. Stöger, bitte.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Landtag! Meine Anfrage an Sie Frau Landesrat Dr. Silvia Stöger: Der Landesrechnungshofbericht über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich" vom Juni 2006 zeigt auf, dass sich im Bereich der Fleischuntersuchungs-Ausgleichskasse mittlerweile offene Forderungen in der Höhe von 11,4 Millionen Euro angehäuft haben. Dieser sich monatlich erhöhende Rückstand ist in der noch immer fehlenden Neufassung der Gebührenregelung für Schlachtier- und Fleischuntersuchungen begründet. Während in vergleichbaren Bundesländern wie Niederösterreich und Steiermark EU-konforme Gebührenregelungen vorliegen, ist dem Land Oberösterreich durch das Säumnis bei der Vorlage einer Neufassung der Oberösterreichischen Fleischuntersuchungsgebühren-Verordnung mittlerweile ein beträchtlicher finanzieller Schaden entstanden. Meine Frage: Wann werden Sie die Neufassung der Oberösterreichischen Fleischuntersuchungsgebühren-Verordnung vorlegen?

Erste Präsidentin: Bitte sehr Frau Landesrätin.

Landesrätin **Dr. Stöger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Landtagsabgeordneter Josef Mayr, die Verordnung ist fertig! Morgen früh wird mit Herrn Landesrat Stockinger über die bäuerlichen Direktvermarkter gesprochen und hier eine Akkordierung herbeigeführt. Ich bin sicher, dass wir dann eine Lösung finden werden. Schon morgen - dann kann der Entwurf in die Begutachtung gehen und im Herbst sind wir dann soweit, dass wir das eingearbeitet haben und endgültig fertig sind.

Abg. **Mayr:** Meine erste Zusatzfrage: Ist der durch die fehlende Gebührenregelung bereits entstandene finanzielle Schaden für das Land Oberösterreich noch hereinbringbar?

Landesrätin **Dr. Stöger:** Der Rechnungshof stellt ebenfalls fest, dass es sich bei der festgestellten Summe um einen buchhalterischen Wert handelt, der mit den realen Außenständen nichts zu tun hat, da der UVS zirka achtzig Prozent der bescheidmässig vorgeschriebenen Summe anerkennt. Durch die politischen Entscheidungen der zuständigen Referenten der Landesregierung aus dem Jahr 2000 wurde aber ein Drittel der Vorschreibungssumme gestundet, wobei sich jetzt maximal eine Differenz von zehn Prozent noch ergibt und damit einzubringen ist. In der vom Rechnungshof festgestellten Summe sind aber die gesamten dreißig Prozent berücksichtigt.

Abg. **Mayr:** Meine zweite Zusatzfrage: Sie haben sie schon ansatzweise angedeutet. Landeshauptmann Dr. Pühringer hat angeregt für Notschlachtungen, Kleinbeschauung bei bäuerlichen Direktvermarktern und kleinen gewerblichen Schlachthöfen ein Ausgleichssystem zu entwickeln. Sind Sie dazu bereit, dies in dieser Form abzuwickeln?

Landesrätin **Dr. Stöger:** Wir haben immer ein Ausgleichssystem gehabt und auch in dem jetzigen Entwurf ist der Ausgleich vorgesehen. Wie gesagt, wir haben das morgen zu akkordieren. Weil wir natürlich Vorgaben haben und Regelungen von Seiten der EU, die wir auch zu berücksichtigen haben.

Abg. **Mayr:** Danke.

Erste Präsidentin: Weitere Zusatzfragen? Gibt es nicht. Danke Frau Landesrätin. Die nächste Frage ist die des Herrn Klubobmanns Trübswasser an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, in der letzten Ausgabe der Zeitschrift des Oö. Verkehrsverbundes wurde ein so genannter PostbusXL vorgestellt. Ein Bus, der fallweise und bei Bedarf mit einem Anhänger versehen eine größere Anzahl von Passagieren befördern kann. In dem Verkehrsmagazin wurde dies als besseres Service angekündigt. Weiters wird im Magazin auch berichtet, dass nur der Anhänger, nicht aber der Bus selbst, barrierefrei sei. Damit hätten mobilitätseingeschränkte Personen lediglich während der Stoßzeiten und fallweise die Möglichkeit, dieses öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Meine Frage ist nun: Hat sich das Land Oberösterreich an dem Test der ÖBB-Postbus GmbH mit dem PostbusXL beteiligt?

Erste Präsidentin: Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir stehen im öffentlichen Verkehr vor der Situation, dass wir vor allem

in der morgendlichen Hauptverkehrszeit die auf den Linien eingesetzten Busse alle voll ausgelastet und manchmal sogar überlastet sind. Das ist zum einen eine erfreuliche Sache, denn es zeigt sich, dass unsere regionalen Verkehrskonzepte wirken und wir mehr Fahrgäste gewinnen können. Die unerfreuliche Kehrseite dabei ist, dass es dabei einen Verlust an Komfort für die Fahrgäste gibt, wenn die Busse überfüllt sind. Insbesondere in den Ballungsräumen setzen an Schultagen die öffentlichen und privaten Busunternehmen nahezu alle ihre Busse im Auftrag des öffentlichen Verkehrs ein. Das macht betriebswirtschaftlich keinen Sinn, für den Bedarf in der Morgenspitze während der Schulzeit zusätzliche Busse und vor allem zusätzliches Fahrpersonal einzusetzen. Nachhaltige Lösungen können somit nur über die Erhöhung der Beförderungskapazität der einzelnen Fahrzeuge erfolgen.

Ich habe daher die Verkehrskoordination noch vor der Umsetzung des Regionalverkehrskonzepts für den Bezirk Freistadt im Jahr 2004 beauftragt, nach Lösungen zu suchen. Es sollten dabei drei Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Erstens die Bereitstellung von ausreichender Kapazität, eine Verbesserung bei der Zugänglichkeit zu den Bussen und eine Kürzung der Aufenthaltsdauer in den Haltestellen. Die Verkehrskoordination hat sich eingehend mit der Thematik befasst, sich über die absehbaren technischen Entwicklungen und die Planungen österreichischer und ausländischer Verkehrsunternehmen und Gebietskörperschaften informiert. Es wurde daraufhin vorgeschlagen, auf stark frequentierten Schnellbuslinien Stockbusse und auf normalen Taktstreckenlinien mit hoher Benutzerfrequenz Busgespanne oder wie es die Tiroler nennen Buszüge einzusetzen. Im Bundesland Tirol läuft seit zwei Jahren ein Probetrieb mit diesen Buszügen. Dieser Buszug ist zwischen Telfs und Innsbruck zum Einsatz gekommen. 195 Personen können bei einem solchen Buszug - das ist ein Bus und ein Anhänger - befördert werden. Nach den Berichten von Postbus Tirol verläuft der Probetrieb zur vollsten Zufriedenheit des Verkehrsunternehmens und auch zur vollsten Zufriedenheit der Fahrgäste. Der Fahrkomfort im Anhänger ist hoch. Es gibt keine Antriebsgeräusche. Das Platzangebot ist gut. Es gibt Vierersitzgruppen und im Vergleich zu einem 15-Meter-Bus verhält sich das Busgespann in Kurven mit engen Radien deutlich besser. Auch die Sicherheit der Fahrgäste ist gewährleistet. Eine Gegensprechanlage stellt die Verbindung zwischen Zugfahrzeug und Anhänger her. Über eine Kamera hat der Fahrer besseren Sichtkontakt auf den hinteren Ausgang. Bei der Kundenbefragung in Tirol Ende Oktober 2004, benoteten insgesamt 57 Prozent der Fahrgäste die Einführung des Buszuges mit sehr gut. 24 Prozent mit gut - zusammen also 81 Prozent. Und nur zwei Prozent mit nicht genügend. Auf die Frage, ob noch mehr Buszüge eingesetzt werden sollen, antworteten 85 Prozent mit Ja. Durch den Einsatz der Buszüge konnten außerdem die CO₂-Emission um jährlich 370 Tonnen gesenkt werden. Die Treibstoffersparnis beträgt etwa 23 Prozent.

Für den Einsatz dieser Buszüge hat der Postbus Tirol vom Herrn Umweltminister Josef Pröll heuer am 1. März 2006 eine Auszeichnung als Klimaaktivmobilprojektspartner erhalten. Ich muss an dieser Stelle vermerken, dass es sich bei diesen Busgespannen offenbar doch nicht um Steinzeit handelt, wie in verschiedenen Medien oder gegenüber verschiedenen Medien ausgesagt wurde, sonst wäre die Auszeichnung durch den Herrn Umweltminister wohl nicht möglich gewesen, weil er Steinzeit-Auszeichnungen ja nicht verleiht.

Da es sich in Tirol vorerst nur um einen Probetrieb handelt, werden die drei Niederfluranhänger zusammen für diesen Zweck umgerüsteten vorhandenen Zugfahrzeugen eingesetzt. In Österreich existieren überhaupt nur diese drei Gespanne. Es konnte daher für die Probefahrt in Oberösterreich nur mit einem dieser drei Tiroler Buszüge getestet werden. Die Probefahrt war notwendig, um zu Prüfen auch, ob auf den geplanten Strecken ein Einsatz von Gespannen möglich ist beziehungsweise welche baulichen Veränderungen für Haltestellen oder Busverkehren erforderlich sind. Getestet wurde die Strecke Linz-Enns-Steyr und Maut-

hausen-Linz. Die Strecken sind grundsätzlich für einen Buszug geeignet. Der Umbau einiger Haltestellen ist allerdings erforderlich. Bei erforderlichen Haltestellenumbauten werden natürlich heute zeitgemäßen Standards für Haltestellen berücksichtigt. Der Einsatz von Niederflurbusgespannen wäre insbesondere auf den Tagbuslinien im Zentralraum von Interesse. Wenn diese Fahrzeuge in Oberösterreich angeschafft werden sollten, dann werden selbstverständlich das Zugfahrzeug und der Anhänger in Niederflurtechnik bestellt und eingesetzt, das ist für uns überhaupt keine Frage.

Also, die kurze Antwort: Wir waren an diesem Test beteiligt, wir haben über Ersuchen der Postbus GesmbH diesen Test mit begleitet, haben die Haltestellen beobachtet, haben mögliche Strecken dafür in Aussicht genommen und würden allenfalls, wenn der Postbus dieses System einsetzt, natürlich Wert darauf legen, dass sowohl das Zugfahrzeug als auch der Anhänger in Niederflurtechnik ausgeführt sind.

Erste Präsidentin: Bitte eine Zusatzfrage.

Abg. Trübswasser: Dazu gibt es mehrere Zusatzfragen, zwei davon kann ich vorbringen. Die erste Zusatzfrage wäre oder ist, der Umweltminister ist meines Erachtens nicht mit dem Vollzug des Gleichstellungsgesetzes beauftragt, ich glaube, dass er aus einem anderen Gesichtspunkt beurteilt hat. Meine Frage ist nun die: Warum wurde bei diesem Einsatz offensichtlich nicht kommuniziert, dass es sich bei diesem Prototyp um einen Typ handelt, der jedenfalls in Oberösterreich so nicht zum Einsatz kommt? Sondern dass kommuniziert wurde, das wurde eben über dieses Medium Unterwegs so vermittelt, dass es quasi als Zusatznutzen nur gedacht ist, dass auch im Falle des Anhängens eines zusätzlichen Wagens die Barrierefreiheit im zweiten Fahrzeug gegeben sei. Warum wurde das so kommuniziert?

Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Haider: Herr Klubobmann, ich glaube, diese Frage müssen Sie an sich selber stellen, denn Sie haben ja gegenüber der Kronen Zeitung kommuniziert, dass es so kommen wird, Sie haben sich bei uns nicht erkundigt, Sie haben nicht Rücksprache oder Rückfrage gehalten, was hier überhaupt geplant ist oder möglich ist, sondern Sie haben das der Kronen Zeitung gleich so gegeben. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Es steht so in der Zeitung!") Der Postbus hat dann gleich dementiert, dass diese Vorgangsweise in Oberösterreich so gewählt werden würde und hat auch erklärt, dass es eben diese drei Probegelenkszüge in Tirol gibt, dass einer in Oberösterreich getestet wurde, dass der Einsatz sinnvoll wäre, aber dass selbstverständlich bei uns das Zugfahrzeug und der Anhänger in Niederflurtechnik ausgeführt werden. Wir haben das nicht kommuniziert, dass wir nur den Anhänger wollen und keinen Niederflurbus und keinen behindertengerechten Bus haben wollen. Sie wissen ganz genau, dass ich für das Gegenteil stehe, selbstverständlich muss der öffentliche Verkehr barrierefrei und behindertengerecht gestaltet werden. Dafür setze ich mich jetzt auch ganz besonders im Europarat ein, dieses Thema ist eines meiner beiden Themen im Sozialausschuss des Europarates. (Beifall)

Abg. Trübswasser: Das freut mich ganz außerordentlich, dennoch behaupte ich, dass die Linke nicht weiß, was die Rechte tut. Was Sie hier sagen stimmt nicht, weil in der Zeitschrift Unterwegs dezidiert drinnen steht, dass es als Zusatznutzen gesehen wird, dass der Anhänger barrierefrei ist. Meine zweite Zusatzfrage geht jetzt in die Richtung, dass ich wissen möchte, wie weit ist überhaupt die Redaktion der Zeitschrift Unterwegs, die ja doch ein Sprachrohr für den öffentlichen Verkehr in Oberösterreich ist und somit in Ihrer politischen Verantwortung steht, wie weit ist die Redaktion von Unterwegs auch angehalten, diese von Ihnen lobenswerter Weise getätigten Aktivitäten in Brüssel und in Oberösterreich zu unterstützen und nicht zu konterkarieren durch solche Berichte?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Wir haben bisher die Redaktion von Untenwegs noch nie angewiesen, etwas zu schreiben, aber wir werden das gerne tun, bisher wurde dieses Medium ohne politische Anleitung und ohne politische Vorgaben erstellt. Ich mache gerne diesen Hinweis, dass wir Wert darauf legen, dass Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit oberstes Prinzip im öffentlichen Verkehr in Oberösterreich ist, dementsprechend auch in der Berichterstattung dargestellt werden soll, notfalls auch muss.

Abg. **Trübswasser**: So etwas wie eine Blattlinie ist ja noch kein Eingriff.

Erste Präsidentin: Danke sehr. Gibt es dazu weitere Anfragen? Das ist nicht der Fall. Danke, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haider.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dipl.-Ing. Haider**: Sehr gerne, Frau Präsident.

Erste Präsidentin: Nächste Anfrage ist die der Frau Dritten Präsidentin Eisenriegler an die Frau Landesrätin Dr. Stöger.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Sehr geehrte Frau Landesrätin. Zur Beseitigung der bestehenden Benachteiligung von Frauen und zur Unterstützung von Maßnahmen zur Herbeiführung der Chancengleichheit von Frauen und Männern braucht es Netzwerke für Frauen. Frauenberatungsstellen, Fraueninitiativen und Frauenvereine, die neben dem Angebot an Aus- und Weiterbildung auch juristische und psychosoziale Beratung anbieten, sind wichtige Anlauf- und Auffangstellen für Frauen. Wichtig ist es, dass Frauen in den Regionen qualifizierte Beratungen vor Ort finden. Im Zentralraum ist das Angebot an Beratungsstellen bereits sehr gut ausgebaut, oberösterreichweit gibt es aber noch regionale Lücken insbesondere im Hausruck- und Mühlviertel. Meine Frage lautet: Gibt es ein Konzept für einen flächendeckenden Ausbau von Frauenberatungsstellen in Oberösterreich?

Erste Präsidentin: Bitte, Frau Landesrätin.

Landesrätin **Dr. Stöger**: Frau Präsidentin, geschätzte Landtagsabgeordnete, Frau Präsidentin! Selbstverständlich ist das eines der Ziele für mich und für das Büro für Frauenfragen. Ich möchte Ihnen den Stand Juli 2006, die Situation einmal umfangreich schildern: Die angesprochene Region Mühlviertel hat im Bezirk Rohrbach, Ort Rohrbach, den Verein "Frauentreff Rohrbach", die Angebote dieses Vereines sind Beratung und Qualifizierung. Der zweite Verein, der dort tätig ist, ist das Frauentrainingszentrum mit Weiterbildungsangeboten. In Freistadt der Verein "BABS" mit Beratung, in Perg wird heuer eine Frauenberatungsstelle eröffnet, Angebot ist Beratung, in Urfahr-Umgebung, in Gallneukirchen, der Verein "Spektrum" mit Beratung und Weiterbildung. Im Traunviertel sieht es so aus, dass in der Stadt Steyr die Frauenstiftung tätig ist mit Beratung und Qualifizierung, Steyr-Land durch die Frauenstiftung mit diesem Angebot mitbetreut wird. In Gmunden, in Ebensee haben wir das "Frauenforum Salzkammergut" mit Beratung, Bad Ischl "Frau Aktiv" mit Beratung, in Gmunden "Frauen in Bewegung" erste Beratungen, in Scharnstein den Verein "Insel" mit Mädchen- und Frauenberatung, in Gosau die "Quelle", ein Verein mit Beratung und Frauentreff Gosau als zweiten dortigen Verein. In Kirchdorf erfolgt das Qualifizierungsangebot durch die Frauenstiftung Steyr. Im Hausruckviertel haben wir in Wels-Stadt die Frauenberatungsstelle Wels mit eben dem Angebot der Beratung, hier wird Wels-Land mitbetreut. In Vöcklabruck haben wir den Verein "Nora" mit Weiterbildungsangeboten. Eferding ist der einzige Bezirk, wo uns noch etwas fehlt, aber hier ist wirklich die Frage, ob die Größe des Bezirkes es rechtfertigt, Grieskirchen wird durch das Frauennetzwerk3 mitbetreut. Braunau hat ein Infozentrum mit Bera-

tung und Qualifizierung, Ried wird betreut durch das Frauennetzwerk³ mit Beratung und Weiterbildung, Schärding wird ebenfalls durch das Frauennetzwerk³ mitbetreut. Im Zentralraum haben wir in Traun "BABS" mit dem zweiten lokalen Angebot Beratung und Weiterbildung, in Linz das "Autonome Frauenzentrum", das Sie sicher kennen, den Verein "Arge SIE", den Verein "MAIZ", den Verein "VFQ" und den Verein "VSG-woman".

Also, wir haben in zwölf Bezirken für Frauen Anlaufstellen, Schärding und Grieskirchen werden mitbetreut, das habe ich schon gesagt, Eferding, wie gesagt, steht zur Diskussion, Enns ist ebenfalls bestrebt, eine Frauenberatungsstelle ins Leben zu rufen. Perg wird im Herbst 2006 in Betrieb gehen. Für uns ist aber nicht allein die Anzahl der regionalen Beratungsstellen wichtig, sie wurden aber auch in die wirkungsorientierte Verwaltung als Zielsetzung aufgenommen, sondern vor allem die Qualität der Beratung. Da haben wir gerade eine zweitägige Arbeitssitzung eingerichtet und hier mit den Frauenvereinen einmal die inhaltliche Arbeit diskutiert, dann die Förderungen für diese Angebote, die für uns besonders wichtig sind. Mit einem Wort, der Schwerpunkt wird vor allem im qualitativen Ausbau liegen, wobei mir vor allem die juristische Beratung durch kompetente Juristinnen besonders am Herzen liegt. Das wurde von den Frauenvereinen auch so gesehen.

Abg. Präsidentin **Eisenriegler**: Noch eine Zusatzfrage, bitte. Mir ist bekannt, dass sich der Bund sehr stark von der Finanzierung der Frauenberatungsstellen zurückgezogen hat. Wie sichert das Frauenreferat eine langfristige Finanzierung der Frauenberatungsstellen?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Im Rahmen meiner budgetären Möglichkeiten habe ich aufgefangen, aber ich werde den Bund nicht zur Gänze ersetzen können, außer der Finanzreferent des Landes ist dazu bereit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Gibt es noch eine Zusatzfrage dazu? Frau Abgeordnete Schwarz, bitte.

Abg. **Schwarz**: Sie haben es angesprochen, es gibt ja Qualitätsvorgaben. Ist das jetzt schon ein Kriterium für die Finanzierung? Es gibt ja auch Abstufungen von den Finanzierungskonzepten, davon hängt ja sehr viel ab, wenn ich weiß, wie mache ich meine Analyse, ich habe es mir in Perg auch zeigen lassen, erste Gespräche geführt. Ich freue mich, dass Perg nach Ihren Angaben heuer im Herbst eröffnet wird. Gibt es da schon klare Vorgaben, was muss ein Frauenberatungszentrum anbieten, damit eben wirklich diese Förderung oder eine andere Förderung von der Höhe her bezahlt wird?

Landesrätin **Dr. Stöger**: Ich sehe die Schwerpunkte, aber ich möchte der endgültigen Diskussion nicht vorgreifen, weil wir ganz stark die Frauenvereine in diese Arbeitssitzung eingebunden haben, um auch ihre Möglichkeiten kennen zu lernen, die regional sind. Zum Beispiel bei der juristischen Beratung ist es so, dass wir durchaus denken, eine Juristin den Frauenvereinen zur Verfügung zu stellen, um das fachliche Know-how abzusichern, also sozusagen ein mobiles Angebot. Ganz stark für mich sind die Qualifizierungsmaßnahmen, weil wir das ja im Referat betont haben, dass wir Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt und zur Selbständigkeit begleiten wollen, unterstützen wollen. Natürlich das juristische Angebot, weil ich sehe, dass da sehr, sehr viel Bedarf ist, aber durchaus sind es auch psychosoziale Beratungen, die wir brauchen, die sind allerdings am besten bis jetzt abgedeckt. Während wir bei den anderen beiden noch mehr das AMS als Partnerin brauchen würden oder Partner, ich wollte das jetzt gendern, aber das AMS, also, in dem Fall hoffe ich, dass hier vielleicht ein bisschen eine Strategieänderung des AMS eintritt, dass, wenn Frauenvereine sich gut entwickeln, dass sie eher als Partnerinnen genommen werden.

Abg. **Schwarz:** Ich begrüße sehr, dass die Frauenvereine eingebunden werden, leider Gottes sind zukünftige Initiativen natürlich nicht die, die sie einbinden können, Regionalmanagement wäre zum Beispiel auch eine gute Idee, das einzubinden, weil sie auch vor Ort schon sehr viel geschaffen haben.

Erste Präsidentin: Danke, Frau Abgeordnete. Weitere Fragen gibt es tatsächlich nicht. Danke, Frau Landesrätin Stöger. Frau Abgeordnete Schwarz, Sie stellen die nächste Frage an den Herrn Landesrat Ackerl, bitte.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Im Jahr 2002 wurde eine Vollerhebung des Hilfe- und Unterstützungsbedarfs in Wohneinrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen in Zusammenarbeit mit der Uni Linz durchgeführt. Diese sehr zeit- und kostenintensive Befragung sollte als weitere Planungsgrundlage dienen und eine bedürfnisgerechte Begleitung der beeinträchtigten Frauen und Männer gewährleisten. Welche planungsrelevanten Ergebnisse hat diese Vollerhebung aus dem Jahr 2002 gebracht?

Landesrat **Ackerl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Abgeordnete, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ich möchte nur den Herrn Kollegen Trübswasser ersuchen, dass er bei der vorhergehenden Anfrage sich das noch einmal durchliest, was Sie gesagt haben Richtung Kollegen Haider, stimmt nämlich nicht, es ist auch Ihre Anfrage nicht richtig zitiert gewesen. Ich mache Sie nur darauf aufmerksam, Sie können das bei uns selbstverständlich einsehen oder ich bringe es Ihnen vorbei.

Liebe Frau Kollegin Schwarz, es ist so, dass das, was Sie gefragt haben mit dem Hilfebedarfsinstrumentarium im Jahr 2002 der Universität, in Auftrag gegeben wurde, dass Sie das gemeinsam mit den Trägerorganisationen der Behindertenhilfe zu entwickeln hatte. Es wurde ein Auswahlverfahren getroffen, das heißt, aus allen Wohngruppen der betroffenen Träger wurden Bewohnerinnen und Bewohner, wie es bei Stichproben üblich ist, gezogen, von 1.500 Bewohnerinnen waren das 400 Personen, die dabei ausgewählt wurden. Der Endbericht wurde den Trägerorganisationen noch im selben Jahr präsentiert, es wurde auch eine Vereinbarung getroffen, dass nach diesem Ergebnis eine Vollerhebung durchgeführt wurde, die auch im selben Jahr abgeschlossen wurde. Die Hilfebedarfseinstufung, die sich ergeben hat, musste nun mit den wirtschaftlichen Daten der Einrichtungen in Verbindung gebracht werden. Offensichtlich waren die Trägerorganisationen nicht in der Lage, die Daten in der erforderlichen Form an die Sozialabteilung zu übermitteln, so dass mit Leitner & Leitner eine Schulung für die Trägerorganisationen angeboten und durchgeführt wurde. Allerdings waren die Träger auch nach dieser Schulung, da stellt sich bei mir der Verdacht offensichtlich aus Unwilligkeit, nicht in der Lage, die Daten in der geforderten Form zu übermitteln. So wurde in Einzelberatungsgesprächen mit Leitner & Leitner im Jahr 2005 endgültig die Kalkulation der Hilfebedarfsstunden für den Wohnbereich vorgenommen. Selbstverständlich ist es in einem Abstand von vier Jahren, der sich in das Jahr 2006 ergeben hat so, dass ein Teil des Hilfebedarfs als nicht mehr aktuell angesehen werden kann, so dass neuerlich eine Vollerhebung durchgeführt werden soll. Am 1. August 2006 wird es aus diesem Zweck mit den Vertretern der Behindertenhilfeträger ein Gespräch über mögliche Adaptierungen des Instrumentariums und die zur Ergänzung notwendigen Daten geben, die für eine Kalkulation der Normkosten erforderlich sind. Die Kalkulation der Betreuungspauschale für den Wohnbereich wird im Anschluss an diese Vollerhebung gestartet. Es ist damit eine erneute Einstufung des Hilfebedarfs erforderlich. Eine gerechte und personenzentrierte Umverteilung der Hilfebedarfsstunden konnte deswegen noch nicht vorgenommen werden. Im Hinblick auf den auch von Ihnen zugestimmten Bericht des Landesrechnungshofes zur Budgetabwicklung, wo drinnen steht, die politischen Entscheidungsträger sind gefordert, im Sozialbereich das Leistungsan-

gebot zu überdenken, Prioritäten zu setzen und zusätzliche Einnahmen zu suchen, wird damit eigentlich dieser Aufforderung nachgekommen.

Ich mache auch darauf aufmerksam, dass die neuerlich notwendige Erhebung, die sich aus der nicht besonders freudigen Mittätigkeit der Trägerorganisationen ergeben hat, kostenmäßig nicht zu Lasten des Landes gehen wird, sondern diese Mittel werden den Trägern bei Aufwendungen, die nicht unmittelbar den Betroffenen zugute kommen, das sind in der Regel Overheadkosten, abgezogen werden. Das heißt, wir werden keine neuerliche Erhebung finanzieren, weil ich es nicht mehr einsehe, dass trägerbestimmte Interessen uns daran hindern, eine bessere wirtschaftliche Situation in den verschiedenen Aufgabenbereichen zu schaffen. Es ist ja nicht der einzige Bereich, bei dem wir daran gehindert werden, dass wir das in Erfahrung bringen, was wir brauchen, sondern das setzt sich ja in anderen Aufgabenbereichen auch fort. Wir haben daher seitens der Sozialabteilung die Absicht, doch, was die Bereitschaft betrifft, über die Betreuung der betroffenen Menschen hinaus noch Kosten für einen Aufwand bei Trägern anzuerkennen, uns zunehmend zurückhaltender zu verhalten. Unter anderem wird das die Öffentlichkeitsarbeit betreffen, die natürlich nicht mehr in dem Ausmaß von uns bewilligt werden wird.

Erste Präsidentin: Bitte eine Zusatzfrage.

Abg. **Schwarz:** Für mich ist der Aufwand, dieser zeitliche Aufwand, die vielen Fragen, es sind 28 Fragen, was ich so mitgekriegt habe, oder werden es vielleicht bei der nächsten ein bisschen weniger, zu hoch. Und der erhobene Unterstützungsbedarf ist immer eine Momentaufnahme, das ist ja immer gerade bei behinderten Menschen so: da sind kleine Veränderungen in der Gruppe, Gruppengröße, neue Leute kommen dazu, da braucht es vielleicht wieder oft mehr Unterstützung oder vielleicht auch weniger Unterstützung. Wie flexibel überlegt man dann auch von den Grundlagen her, wenn diese Vollerhebung eine Grundlage ist, da einen Rahmen festzusetzen?

Landesrat **Ackerl:** Es ist selbstverständlich, dass eine Normkostenerhebung dazu dient, eine Flexibilität zu schaffen, weil aus den Normkosten heraus sich die pauschale Bereitstellung von Mitteln ergibt, innerhalb derer sich der Träger der Erfüllung seiner Aufgaben, die die Menschen mit Beeinträchtigungen, für die der Träger zuständig ist, zu tätigen hat. Es ist keine Frage, dass wir besonders in den ersten Jahren der Umsetzung verschiedener Preis-, Leistungsmodelle auch bereit sind, die Erfahrungswerte, die es gibt, zu berücksichtigen und natürlich die Vorgangsweise zu überdenken. Unsere Vorgangsweise wird aber auch davon bestimmt sein, wie man mit uns umgeht, ich wiederhole mich, es ist schon so, dass dadurch, dass mit der jetzt seit einigen Jahren bestehenden Vorgangsweise, das Ganze mehr zu hinterfragen und doch mehr im Rahmen von Erkundigungen Detailwissen anzusammeln, um bessere Pauschalvoraussetzungen zu schaffen, wir als Träger nicht immer jenes Entgegenkommen finden, das wir uns eigentlich als Auftraggeber erwarten könnten. Die Vorgangsweise die da gewählt wird liegt eigentlich im Großen und Ganzen im Interesse vieler Betroffener, weil im Endeffekt auch die Möglichkeit besteht mehr Selbstständigkeit zu bekommen, weil man ja im Gegensatz zu anderen bisherigen Modellen selbst mitreden kann. Also jene, die in der Lage sind, selbst mitzureden, sind in dieses System der Ermittlung eingebunden und können eben ihren Hilfebedarf artikulieren. Selbstverständlich sind Assistentinnen und Assistenten beigezogen und haben die Möglichkeit, ihnen zur Seite zu stehen und sich jedenfalls einzubringen. Für uns steht im Vordergrund natürlich in erster Linie, dass der betroffene Mensch die Qualität und Quantität an Betreuung bekommt, die er benötigt, und in zweiter Linie natürlich auch eine finanzwirtschaftliche Nachvollziehbarkeit der Prüforgane.

Abg. **Schwarz**: Sie haben ja das Stichwort für die zweite Zusatzfrage geliefert: Weg von den Einrichtungen, von den Trägereinrichtungen hin zu den Betroffenen. Dieser Fragenkatalog hat ja nicht unbedingt ein sehr positives Echo in Betroffenenkreisen, sprich den Eltern, aber auch sehr vielen selbst vertretenen behinderten Menschen und hat da Wirbel ausgelöst. Für mich stellt sich da einfach nochmals die Frage, weil man einfach merkt, es kommen die Ergebnisse nicht raus, ob es nicht kontraproduktiv ist? Betroffene Menschen werden laufend irgendwo bewertet, ob das jetzt beim Pflegegeld ist, Familienbeihilfe, kann man nicht diese Daten heranziehen plus einige wenige Zusatzfragen, und hier dann eine bessere Planung, die weniger Aufwand für den Betroffenen auch macht. Weil eine Frage, wie reagiere ich, wenn mich jemand berührt, also das sind Sachen, wo ich mir denke, da verstehe ich die Angst und die Sorgen der betroffenen Menschen, dass sie da eine Antwort geben, ist also auch sehr schwierig, eine Antwort zu geben.

Landesrat **Ackerl**: Ich möchte ausdrücklich darauf aufmerksam machen, dass gerade auch der Fragebogen mit Vertretern der Betroffenen genauso mitdiskutiert und abgesprochen wurde. Sie sind in alle Bereiche einbezogen. Und diese Erhebung war kein Problem. Ein Problem war die Verknüpfung mit den wirtschaftlichen Daten der Träger. Das heißt, dort, wo es um das Eingemachte geht, wo es darum geht, die jeweiligen Kostenstellen aufzumachen, offen zu legen, zuordnen zu lassen, dort hat es die Probleme gegeben. Dort haben plötzlich an sich sonst sehr qualifizierte und redegewandte Leute nicht mehr gewusst, was sie beibringen können. Und das ist grundsätzlich nicht zu akzeptieren.

Wir sind bei den Modellen, die es da gibt, natürlich auf Mitarbeit und Zusammenarbeit angewiesen. Das findet auch dauernd statt. Nur Partizipation läuft nicht einbahnmäßig ab. Das heißt, wir laden ein zur Partizipation, und wenn wir etwas brauchen, dann teilt man uns mit, dass es uns eigentlich nichts angeht. Das ist ja eine Sprache, die Ihnen nicht unbekannt sein dürfte, Sie haben ja auch Trägerkontakte, wie oft Ihnen wahrscheinlich und mir auch mitgeteilt wird, wir sollen ihnen das Geld geben, sie wüssten schon, was sie damit zu tun haben. Und das ist halt etwas, was so nicht mehr geht, was ich auch so nicht akzeptieren kann, auch nicht unter dem Gesichtspunkt, dass ich sehr bestrebt bin, aus den vorhandenen budgetären Mitteln, die für die Gesamtaufgabenerfüllung sowieso ungenügend sind, das herauszuholen, was möglich ist, ohne dass der betroffene Mensch benachteiligt wird. Wir haben zahlreiche gute Modelle entwickelt. Sie selbst kennen das Modell der mobilen Begleitung, das dazu geführt hat, dass das selbstständige Leben in einem weitaus höheren Ausmaß ermöglicht werden kann als das früher der Fall war. Das ist alles nicht so ohne weiteres möglich, wenn man erstarrte Strukturen nicht aufbricht und nicht bereit ist, Veränderungsprozesse auch in den Einrichtungen selbst vorzunehmen.

Abg. **Schwarz**: Danke.

Erste Präsidentin: Weitere Zusatzfragen? Gibt es hier nicht. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Kollege Trübswasser!") Herr Trübswasser? Bitte. (Zwischenruf Landesrat Ackerl: "Er ist schwarz angezogen! Das sieht man so schlecht!") Nein, ich bitte nur, die Hand so in die Höhe zu strecken, das gilt für alle, dass ich das auch wahrnehmen kann. Bitte, Herr Klubobmann!

Abg. **Trübswasser**: Herr Landesrat! Die Frage Hilfebedarfserhebung begleitet unseren politischen Diskurs schon einige Jahre. Ich kann schon verstehen, dass das Interesse des Landes Oberösterreich es ist, auch Einfluss zu nehmen auf die Erfüllung der Aufgaben durch die Träger. Nur in diesem Konflikt zwischen Träger und Land Oberösterreich, muss ich ehrlich sagen, wo bleibt da die Vertretung der Interessen der Betroffenen, zumal ich weiß, dass die

betroffenen Organisationen, zumindest SLI, zeitweise ja ausgestiegen sind aus diesem Prozess. Die waren ja nicht bis zuletzt einverstanden mit den Formen der Hilfebedarfserhebung. Also so, wie Sie gesagt haben, dass sie immer eingebunden waren, stimmt das nicht. Das war nicht konfliktfrei. Ich frage jetzt nur, wie werden jetzt in der jetzigen Situation die betroffenen Vertreter eingebunden?

Landesrat **Ackerl**: Herr Kollege Trübswasser! Ich verwehre mich und verwahre mich dagegen, dass Sie schon wieder unterstellen, dass wir jemanden nicht einladen. Wenn Sie heute wo aussteigen, dann sind Sie halt nicht drinnen. Wir haben niemanden dazu eingeladen auszusteigen, sondern wir haben alle eingeladen dabei zu sein. Und wenn mir etwas nicht passt und ich stehe auf und gehe, dann wird das den anderen ziemlich wurscht sein, ob es mir passt. Ich kann mich nur mit meinen Argumenten nicht mehr einbringen, auch nicht darüber beschweren, dass ich nicht berücksichtigt werde. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Aber das muss doch zu denken geben!") In meiner Zeit, (Unverständlicher Zwischenruf Abg. Schwarz) es ist halt so Frau Kollegin, hat es überhaupt erst die Einbeziehung der Betroffenen im Rahmen der Partizipation gegeben. Dieses Modell ist aufgebaut. Wir haben eine sehr breite Mitbeteiligung. Wir beteiligen Leute mit, die nicht dabei waren, weil man es ihnen früher nicht zugetraut hat und sie nicht haben wollte. Wir haben das alles verändert. Wir führen in Oberösterreich zahlreiche Projekte durch zur Schulung der Vertreterinnen und Vertreter und der Betroffenen. Und ich möchte schon darauf aufmerksam machen, dass, egal welche Einrichtung es ist, es eine volle Zufriedenheit nicht geben kann, weil zwischen den Bedingungen, die wir ermöglichen können, und den Bedingungen, die sich Menschen natürlich wünschen, Unterschiede sein können und wahrscheinlich auch sein werden. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Es geht ja um die Hilfebedarfserhebung!")

Herr Kollege! Der Hilfebedarf ist deswegen umstritten, weil natürlich zwischen dem, was die Vertreter der Einrichtungen für sich in Anspruch nehmen zu sein, und dem was das Land sich jetzt einmischt, ein Unterschied in der Auffassung besteht über das, für was man zuständig ist und was wir uns erlauben dürfen. Dass man einen Menschen im Rahmen des Hilfebedarfes da fragen darf, welchen Zeitumfang erfordert beispielsweise die körperliche Pflege, welchen Zeitumfang brauchen Assistenzleistungen um das oder das oder das tun zu können, es gibt ja verschiedenste Aufgabenstellungen, die ablaufen, oder auch intimere Fragen, das ist doch etwas, was ich wirklich als etwas sehe, was sensibel abgewickelt werden muss, aber wenn heute wir versuchen, ein System umzugestalten und näher an die Betroffenen heran die Qualität der Hilfeleistungen zu bringen, indem sie selbst mitreden können, soll man nicht immer von dem ausgehen, dass wir das Schlechte wollen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Nein!") Nein, nicht Ihnen, Herr Kollege. Ich unterstelle den Trägerinteressen, (Zwischenruf Abg. Moser: "Manchen!") dass, um ihre Gestaltungsmöglichkeit beizubehalten, man sehr wohl auch die Betroffenen animiert dazu, dem Ganzen äußerst misstrauisch gegenüber zu stehen. Und wir haben harte Gespräche und Auseinandersetzungen gehabt, die auch bei mir gewesen sind, und wir haben zum Beispiel die erste Erörterung von Hilfebedarfsmodellen zurückgestellt, um im Vorfeld das Prozedere abzusprechen, um eben auf Einwendungen der Vertreter der betroffenen Menschen einzugehen und das alles auszudiskutieren, und haben dann nach mehreren Monaten nach einem zweiten Anlauf sehr wohl, zumindest ein Einvernehmen über die Vorgangsweise, die Entwicklung weiter treiben können.

Ich nehme schon für mich auch in Anspruch, dass die Einbeziehung externer Berater wie zum Beispiel der Universität Linz nicht a priori damit verbunden ist, dass das geschieht, was ihnen wir zum Beispiel mit auf dem Weg geben, das zu geschehen hat, sondern dass es

einen sehr beflissenen, wissenschaftlichen Zugang gibt, der möglicher Weise im Umgang mit Leuten auch manchmal mit den üblichen menschlichen Schwächen verbunden ist.

Also, wenn es da oder dort Unzufriedenheiten gibt oder Beschwerden gibt, nehme ich das natürlich zur Kenntnis. Das ändert aber an dem Versuch, neue Grundlagen für die Bereitstellung von Leistungen zu schaffen, die mit Angemessenheit, mit den Erfordernissen, mit den Notwendigkeiten zu tun haben, genau auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir den Leistungsumfang verbessern wollen, ändert das nichts, dass wir das tun sollten. Aber ich habe noch eine jede Kritik, die mit Umgangsformen zu tun hatte oder die zu Verletzungen führen konnte, zur Kenntnis genommen und auch versucht, positive Veränderungen innerhalb des Systems, der Vorgangsweisen, herbeizuführen.

Erste Präsidentin: Danke. Noch eine Wortmeldung? Gibt es jetzt nicht. Danke Herr Landesrat Ackerl. Die nächste Anfrage ist die es Herrn Abgeordneten Ing. Aspöck an den Herrn Landesrat Anschober.

Abg. Ing. Aspöck: Herr Landesrat Anschober! Welche neuen Vorhaben für die Entnahme von Mineralrohstoffen sind Ihnen in den einzelnen oberösterreichischen Bezirken bekannt?

Erste Präsidentin: Bitte, Herr Landesrat!

Landesrat **Anschober:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Aspöck! Sie haben eine sehr umfassende Frage gestellt, auch sehr offen formuliert. Ich werde mich bemühen, sie konkret zu beantworten. Einerseits in der Unterscheidung von aktuell vorliegenden Verfahren, die der Behörde bekannt sind, und zwar der Energie- und Rohstoffabteilung, den Bezirksbehörden und den Gewerbebehörden, jeweils nach meinem Informationsstand, und andererseits unterteilt in die Information über geplante Arbeiten, weil Sie haben ja gefragt, welche Informationen sind mir bekannt und der Behörde bekannt.

Ich beginne also im Folgenden mit den Bezirken und den konkreten Projekten, die in den Bezirken derzeit im Verfahren tätig sind. Ich werde aber nur kurz anführen, wenn Ihnen das Recht ist, (Zwischenruf Abg. Ing. Aspöck: "Ja!") den jeweiligen Bezirk, den Betrieb und die Ortschaft, um die es geht. (Zwischenruf Abg. Ing. Aspöck: "Es gibt eh Zusatzfragen!")

Also, wir haben im Bezirk Grieskirchen ein Verfahren derzeit laufen von der Firma Englmaier in Geboltskirchen.

Im Bezirk Freistadt drei Verfahren, von der Czernin-Kinsky Forstgut Rosenhof GmbH in Weitersfelden, von der Steinindustrie Friepess in Windhaag und von der Mühlviertler Schotterindustrie in Lasberg.

Im Bezirk Rohrbach gibt es drei konkrete Verfahren, die derzeit im Laufen sind: Einerseits von der Stütz Böhmerwald Granit GmbH in Schlägl, von der Poschacher Natursteinwerke GmbH in Kleinzell bzw. in St. Martin, das ist gemeindeübergreifend, und drittens von der Poschacher Natursteinwerke GmbH, noch einmal, diesmal in Schlägl.

Im Bezirk Braunau sind es vier konkrete Projekte, die im Verfahren sind: Einerseits die Neureiter, beantragt von der Neureiter GmbH im Gemeindegebiet von Hochburg-Ach, zweitens von der Firma Kies-Trans GmbH im Gemeindegebiet von Neukirchen, drittens von der Georg

Katzelberger GmbH beantragt in Aspach und viertens im Bezirk Braunau noch von der Burgstaller GmbH beantragt in Weng.

Im Bezirk Wels-Land haben wir ein Projekt derzeit im Verfahren, nämlich vom Buchinger Schotterwerk beantragt in der Gemeinde Stadl-Paura.

Im Bezirk Ried im Innkreis ist derzeit ein Projekt im Verfahren von der Georg Katzlberger GmbH beantragt im Ortsgebiet von Mettmach.

Im Bezirk Gmunden ist ein Projekt von der Mittendorfer GmbH im Ortsgebiet von Ebensee.

Im Bezirk Vöcklabruck ein Projekt von der Wolfsegger Kies GmbH im Gemeindegebiet von Wolfsegg selbst.

Im Gemeindegebiet von Schärding eine ganze Reihe von Projekten, nämlich neun Projekte, die derzeit im Verfahren sind. Es handelt sich dabei beantragt von der Asmanit-Dorfner Mineralaufbereitungs GmbH um ein Projekt im Gemeindegebiet von Münzkirchen, von der Feichtinger OHG in Esternberg, von der Schärddinger Granit Industrie AG in St. Florian am Inn, von der Schärddinger Granit Industrie AG noch einmal ein zweites Projekt in St. Florian am Inn und ein drittes Projekt ebenfalls in St. Florian am Inn und schließlich im Bezirk Schärding noch von der Steinbruch Hintersberg GmbH im Gemeindegebiet von Enzenkirchen.

Im Bezirk Eferding haben wir ein Projekt derzeit in Verhandlung, nämlich in Alkoven, und zwar in Bereich von Staudach.

In den Bezirken Kirchdorf, Perg, Steyr, Urfahr, Linz, Linz-Land, Steyr-Land sind mir derzeit keine konkreten Projekte, die im Verfahren sind, bekannt.

Was geplante Vorhaben, Überlegungen, Absichten betrifft, folgende Informationen. Sie sind kürzer, es sind weniger, keine Angst: Bezirkshauptmannschaft Eferding habe ich bereits gesagt.

Braunau am Inn: In den Gemeinden Auerbach und Burgkirchen gibt es Überlegungen.

In der Bezirkshauptmannschaft Wels-Land von der Fa. Felbermayr ein Abbauvorhaben in Kreisbichl Ost. Da haben wir bereits das Vorverfahren begonnen.

In der Bezirkshauptmannschaft Rohrbach von der Firma Asphalt & Beton GesmbH. beantragt die Bewilligung einer Erweiterung im bestehenden Steinbruch Haselbach, und zwar um eine Ausdehnung von ca. sechs Hektar.

Dann in der Bezirkshauptmannschaft Ried im Innkreis zwei Verfahren, also zwei Vorhaben nach unserem Informationsstand, einerseits die Firma Putzinger GMBH in Andorf und von der Firma Niederndorfer Kieswerke ein Antrag auf Abänderung der Wasserschutzgebietverordnung im Gemeindegebiet von Geiersberg.

Das wären die konkreten Projekte einerseits, die im Verfahren sind, und andererseits mein Informationsstand über geplante Vorhaben.

Erste Präsidentin: Danke. Bitte, Herr Ing. Aspöck!

Abg. **Ing. Aspöck**: Danke Herr Landesrat für die kurze Darstellung. Ja, es geht mir konkret um die Vorhaben in Hochburg-Ach. Da hat ja auch ein Gemeindeglieder auch ein Schreiben an Sie gerichtet, in dem er feststellt, dass dort die bestehende Schottergrube erweitert werden soll. Es gibt da massiven Widerstand seitens der Bevölkerung. Es wundert mich sehr, dass dort nicht einmal die Gemeinde informiert ist über diese Erweiterung der Schottergrube. Konkret möchte ich Sie fragen, wie stehen Sie zu diesen Ausbauplänen und in welchem Stadium befinden sich diese?

Landesrat **Anschober**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Im Bezirk Braunau ist ein Projekt tatsächlich angeführt, ich habe es vorhin aufgelistet, im Gemeindegebiet von Hochburg-Ach. Ich nehme jetzt einmal an, es ist das, das Sie meinen, beantragt von der Neureiter GmbH. Ich habe dazu folgende Details vorliegen. Die Art des Rohstoffes, der abgebaut werden soll, ist ein Kies-Sand-Gemisch. Flächenmäßig eine relativ starke Ausdehnung auf 50.400 Quadratmeter. Und insgesamt ist beantragt eine Abbaumenge von gut 620.000 Kubikmeter, also ein großes Projekt. Mir teilt die Behörde mit, dass sie von einer hohen Sensibilität ausgeht bei diesem Projekt. Die Einwendungen und Bedenken von Anrainern sind bekannt. Sie haben ja richtig formuliert, es hat dazu auch mit mir schon einen Schriftverkehr gegeben. Die Behörde rechnet derzeit mit einer Entscheidung Mitte 2007 plus/minus ein paar Monate, kann man nicht ganz präzise formulieren, auf jeden Fall im Jahr 2007. Und die Behörde teilt mir mit, und ich mische mich in das Verfahren nicht im Mindesten ein, dass derzeit keine Prognosen über den Ausgang möglich sind, weil das Verfahren noch in einem relativ frühen Stadium steht.

Abg. **Ing. Aspöck**: Danke.

Erste Präsidentin: Eine weitere Wortmeldung? Bitte, Herr Makor-Winkelbauer!

Abg. **Makor-Winkelbauer**: Herr Landesrat! Ich beziehe mich auf die von Ihnen genannte, geplante und nicht im Behördenverfahren befindliche Erweiterung Niederndorfer in Geiersberg. Dabei geht es ja darum, dass man dort ein bestehendes Wasserschongebiet, Haager Rücken ist das, sozusagen die Quellen für die Gemeinden, vor allem, Haag, aber auch Geiersberg, Eberschwang und Geboltskirchen, sichert. Können Sie zu diesem Verfahren schon irgendeine Auskunft geben und vor allem können Sie gewährleisten, dass sozusagen sehr vorsichtig mit den Wasserressourcen in diesem Gebiet umgegangen wird?

Landesrat **Anschober**: Danke für die Frage. Das gegenständliche Verfahren ist eines, das schon lange vorliegt. Richtig wurde formuliert von deiner Seite, dass es nicht um ein Genehmigungsverfahren im jetzigen Stadium geht, sondern um einen Antrag der Firma Niederndorfer, der schon vor Jahren bei der Behörde eingereicht wurde, die Schongebietsverordnung, die dort in der Region besteht, abzuändern in einem bestimmten Teilbereich des Schongebietes, weil die Erweiterung des Abbaus, sagt die betroffene Firma, nur zum Teil in diesem Bereich des Schongebietes möglich sei. Nun ist es so, dass die Behörde einen derartigen Antrag korrekt zu prüfen hat, das findet derzeit im Augenblick gerade statt. Die Wasserrechtsbehörde teilt mir mit, es gibt im Wesentlichen zwei Entscheidungskriterien. Einerseits die Frage, ob die Grundziele eines Schongebietes beeinträchtigt werden würden, und zweitens, das ist genauso wichtig aus meiner Sicht, die Frage der Akzeptanz durch die betroffene Region und die betroffenen Gemeinden, denn um deren Wasserversorgung geht es prioritär. Es liegt mittlerweile ein externes Gutachten des Instituts Seibersdorf zu dieser Frage vor. Das haben wir in Auftrag gegeben, um eine möglichst unabhängige Überprüfung auch sicherzustellen. Das sind die Topexperten in dem Zusammenhang. Das Prüfungser-

gebnis schaut im Wesentlichen so aus, dass eine wesentliche Quelle, in dem Fall die Kohlhüttelquelle im Falle eines Abbauprojektes in diesem Umfang nicht gehalten werden könnte, dass aber ein Ersatz möglich erscheint und auch von den Projektbetreibern vorgesehen wäre. Ansonsten sind großräumigere, längerfristige Gefährdungen laut diesem Gutachten des Grundwassers im gesamten Schongebiet nicht zu erwarten. Durch die Minderung der Deckschichten könnte aber ein etwas erhöhtes Gefahrenpotenzial eintreten etwa bei Unfällen. Auch ein wesentlicher Punkt. Für die Entscheidung, ich habe es schon gesagt, der Wasserrechtsbehörde über die Abänderung einer Schongebietsverordnung ist aber auch die Akzeptanz bei den betroffenen Gemeinden ganz wesentlich. Nach meinem Informationsstand bemüht sich die Firma derzeit um diese Akzeptanz. Und erst anschließend, falls es zu einer Abänderung der Schongebietsverordnung käme, kann ein entsprechender Genehmigungsantrag bei der Behörde gestellt werden.

Abg. Makor-Winkelbauer: Danke.

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Klubobmann Steinkellner!

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrter Herr Landesrat! Noch einmal zurückkommend auf die Schottergrube in Hochburg-Ach, wo ich davon ausgehe, dass auch die grüne Fraktion eine entsprechende Information von der dortigen Bürgerinitiative bekommen hat und die Anrainer sich schwer belastet sehen. Jetzt hast du ausgeführt, dass du dich in ein entsprechendes Verfahren nicht einmengst. Jetzt habe ich eine Frage zu deinem Amtsverständnis. Wenn du als Umweltlandesrat erkennst, dass also Anrainer durch ein Verfahren entsprechend schwer belastet werden, würde das dann natürlich erst nachher im Betrieb die Belastung bringen, bist du dann bereit, die Seite der Anrainer entsprechend im Verfahren zu vertreten oder wartest du ausschließlich bis Juristen diese Entscheidung getroffen haben?

Landesrat **Anschober:** Geschätzter Kollege Steinkellner! Wie du genau weißt, ist es nicht so, dass im Verfahren nur Juristen eine Entscheidung treffen, sondern dass es Fachexperten, Sachverständigengutachten etc. gibt. Mein Amtsverständnis ist nicht jenes, dass man per politischer Weisung die Sachverständigen und die Experten beeinflusst und in eine bestimmte Richtung bringt. Meine Aufgabe und mein Gesetzesauftrag ist es, die Gesetze der Republik Österreich und die Oberösterreichische Landesverfassung punktgenau einzuhalten, und das mache ich auch.

Tatsache ist, dass wir im Rahmen des Mineralrohstoffgesetzes als zuständiges Genehmigungsfeld größte Mängel hatten, was die Demokratiepoltik und die Bürgerbeteiligung betrifft und teilweise auch noch große Mängel haben. Auf meine Initiative hat sich deswegen in der letzten Legislaturperiode, damals war ich in einer anderen Funktion, wie du weißt, der Oberösterreichische Landtag an die Bundesregierung gewendet in Richtung einer umfassenden Demokratisierung des Mineralrohstoffgesetzes. Diese ist bis zum heutigen Tag nicht erfolgt.

Ich ersuche dich, durch deine Möglichkeiten mich zu unterstützen, dass es auf Bundesebene tatsächlich zu dieser Reform des Mineralrohstoffgesetzes kommt. (Beifall)

Abg. Mag. Steinkellner: Bist du Richter oder Politiker?

Erste Präsidentin: Danke. Weitere Wortmeldungen gibt es nicht mehr. Die Fragestunde ist geschlossen. Den Herrn Schriftführer bitte ich, uns den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Bernhofer**: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Eingang umfasst heute folgende Beilagen: Die Beilage 933/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Vertrag über Verkehrsdienste der Österreichischen Bundesbahnen im Bundesland Oberösterreich; 2. Anpassung des Vertrags mit Wirksamkeit im Jahr 2007. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Weiters die Beilage 937/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Standortabgabegesetz 2001 aufgehoben wird. Diese Beilage soll dem gemischten Ausschuss, Ausschuss für Umweltangelegenheiten und Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen werden.

Dann die Beilage 948/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Oö. Umweltbericht 2006. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 949/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Fördervereinbarung (Fassung vom 20.6.2006) zwischen der BMW Motoren GmbH in Steyr und dem Land Oberösterreich betreffend die finanzielle Unterstützung des weiteren Ausbaus (VIII. Ausbaustufe) des BMW Motorenwerkes in Steyr.

Die Beilage 950/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem Bestimmungen über die Kinderbetreuung in der Gruppe erlassen werden (Oö. Kinderbetreuungsgesetz 2007) und das Oö. Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 geändert wird, wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 951/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über die Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung (Oö. Grundversorgungsgesetz 2006), wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 952/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe, soll gemäß § 26 Abs. 5 der Landtagsgeschäftsordnung keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 953/2006, eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz über die Sicherheit bei Veranstaltungen (Oö. Veranstaltungssicherheitsgesetz 2007), wird dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 954/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Ebenso soll die Beilage 955/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr, keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Und auch die Beilage 956/2006, ein Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union, soll keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen werden.

Die Beilage 957/2006, ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend KöSt-Harmonisierung in der Europäischen Union, wird dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zugewiesen. Das war es.

Erste Präsidentin: Ich bedanke beim Herrn Schriftführer, bei Herrn Abgeordneten Bernhofer. Die Landesregierung hat im Rahmen ihres Antrages ersucht, die Beilage 93/2006 einem gemischtem Ausschuss, der sich aus dem Ausschuss für Umweltangelegenheiten und dem Ausschuss für allgemeine innere Angelegenheiten zusammensetzt, zuzuweisen. Es handelt sich bei dieser Beilage 937/2006 um die Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Standortabgabegesetz 2001 aufgehoben wird. Ich brauche dazu einen Geschäftsbeschluss des Landtags, eröffne über den Antrag, dass diese Beilage einem gemischten Ausschuss zugewiesen wird, die Wechselrede, zu der der Herr Klubobmann Mag. Steinkellner zu Wort gemeldet ist, bitte.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der hohe Landtag soll heute einen Beschluss fassen, dass ein Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe dringlich beschlossen wird.

Erste Präsidentin: Entschuldigung, Herr Klubobmann. Wir reden aber jetzt über den Antrag 937/2006. Das ist nur die Zuweisung an den gemischten Ausschuss. Für das Nächste werde ich Sie gleich vormerken, bitte.

Wenn es dazu keine weitere Wortmeldung gibt und wenn Sie damit einverstanden sind, diesen gemischten Ausschuss zu bilden und die Beilage 937/2006 hinzuweisen, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist auch einstimmig angenommen worden.

Jetzt behandeln wir die Beilage 952/2006, das ist ebenfalls eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe. Über die Zuerkennung der Dringlichkeit eröffne ich die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner das Wort.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich den Tourismusreferent sehe, dann rede ich über Tourismus, überhaupt kein Thema. Ich verstehe aber nicht, und bin froh, dass du jetzt hier bist, dass wir heute hier dieses Beteiligungsmodell dringlich beschließen sollen. Das Beteiligungsmodell sieht unter anderem vor, dass ein Bettenbedarf von tausend Zusatzbetten in der Vier- und Fünf-Sterne-Qualität als Leitbetriebe in Oberösterreich errichtet werden sollen und entsprechend durch Landesmittel unterstützt werden sollen. So weit ist der Grundgedanke in Ordnung.

Aber jetzt gibt es erstmals ein Kursbuch, das genau vorsieht, welche Investitionen in Oberösterreich vorgesehen werden sollen. In diesem Kursbuch ist vorgesehen, dass ein Upgrading von Drei-Stern- und Vier-Stern-Betten erfolgt von bestehenden Betrieben. Es soll ein Upgrading erfolgen, ja. Auf Grund dieses Upgradings, wo also keine Finanzierungsbeschlüsse für die nächsten Jahre bis jetzt vom Landtag gefasst wurden, ziehen wir einen Bereich vor, der bis dato nicht im Kursbuch detailliert verankert wird, wo wir als Abgeordnete nicht wissen, wo die entsprechenden maximal sieben Leitbetriebe entstehen sollen, wo wir nicht wissen, wel-

che vier Landesvertreter die Vergabe der entsprechenden Mittel überwachen, wo wir nicht wissen, welche Kontrollmöglichkeiten gegeben sind, wo wir aber wissen, dass das österreichische Vergaberecht ausgeschlossen ist. So, wir wissen alles mögliche, was nicht angewandt wird, zum Beispiel das österreichische Vergaberecht, wir wissen aber nicht, welche Möglichkeiten - Steuerungsmöglichkeit und Kontrollmöglichkeit der Oberösterreichische Landtag - tatsächlich hat.

Wenn man sich die Statuten und die Richtlinien der UBG bis dato ansieht, geht es dort um relativ kleine Summen, einen Beirat, der also das vergibt, wo die Transparenz durchaus auch zu hinterfragen wäre, ob die uns ausreicht. Wenn wir aber entsprechende Mittel langfristig bis in das Jahr 2010 durch den hohen Landtag genehmigen ohne dass wir die Kontrolle sichern, ohne dass wir wissen, wer entsandt wird, ohne dass wir genau auf das Vergaberecht hinweisen, glaube ich, ist eine intensivere Information an den Landtag notwendig. Ich glaube auch, deshalb sollte kein dringlicher Beschluss stattfinden, sondern eine umfassende Information im Ausschuss voran gehen. Erst dann könnte nach Aufklärung, wer die jeweiligen Betroffenen sind, um welche Religionen es sich handelt, sehr wohl hier dieser Bereich überlegt werden.

Punkt 2. möchte ich natürlich vom Tourismusreferenten wissen, wenn wir jetzt einen entsprechenden Schwerpunkt in der Vier- und Fünf-Sterne-Kategorie setzen, ob dann die Aufgabe des Kursbuches, wo eben das Upgrading von etwa 10.000 Betten im gleichen Zeitraum vorgesehen ist, erfolgen kann. Oder fehlt uns dann das Geld auf der anderen Seite? Weil eines kann ja nicht passieren, da ist ein bisschen Sensibilität notwendig. Es kann nicht einem Hotelier, der vielleicht jetzt in der Drei-Sterne-Kategorie sich befindet, mit oberösterreichischem Landesgeld ein Vier-Stern-Hotel vor die Nase gebaut werden, unter dem Motto, das ist der quasi touristische Leitbetrieb, ohne dass der sagt, ja, ich bemühe mich und bemühe mich, wir kennen alle die quasi Finanzierungsstrukturen der oberösterreichischen Tourismusbetriebe, wir werden später noch Gelegenheit haben darüber uns intensiv zu unterhalten, aber das kann nicht sein, dass wir mit öffentlichen Geldmitteln dann Konkurrenz in der Fünf-Sterne- oder Vier-Sterne-Kategorie gegenüber bestehenden Zwei- oder Drei-Sterne-Betrieben in der Region durchführen. Da bedarf es einer konkreten Information; deswegen in den Ausschuss und alle Daten für die Abgeordneten auf den Tisch. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schürrer.

Abg. Schürrer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Der Tourismus in Oberösterreich ist geprägt von zwei Schwerpunkten und auch danach ausgerichtet. Das ist zum einen der Tagestourismus und zum Zweiten der Nächtigungstourismus. Der Tagestourismus und Ausflugstourismus hat in Oberösterreich eine sehr lange und gute Tradition, und als Tourismusland Oberösterreich ist natürlich auf der anderen Seite auch der Nächtigungstourismus von besonderer Bedeutung, weil dort die Wertschöpfung für die gesamte Wirtschaft besonders hoch ist.

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass sich im Qualitätsbereich in der Nachfrage durch die Märkte sehr viel verändert hat. Wir haben, und Günther Steinkellner, du hast es angesprochen, was auch im Kursbuch drinnen steht, immer darauf hingewiesen, und gerade das Kursbuch setzt das genau fest, dass wir in der Qualitätsfrage Verbesserungen brauchen. Wir haben derzeit ein ganz besonderes Phänomen, dass die Betriebe, die in einer gewissen Unterqualität sind, derzeit auch nicht mehr zur Vermietung neigen, aber auch nicht geeignet sind. Alle bestehenden Betriebe, und dafür möchte ich mich besonders auch stark machen, sind in den Förderprogrammen unseres Bundeslandes sehr wohl ganz stark eingebunden.

Nur für Leitbetriebe und für große Investitionen haben wir keine Mittel. Daher haben wir seit Jahren eigentlich zusammen mit dem jeweiligen Tourismusreferenten und mit dem Landeshauptmann und mit der Finanzabteilung des Landes nach einem Modell gesucht, das uns ermöglicht, Leitbetriebe in einer Vier- und Fünf-Stern-Kategorie zu forcieren und zu unterstützen. Und genau der Punkt wird mit diesem Modell jetzt so weit einmal sicher gestellt, dass die Signale an mögliche Investoren auch ausgesendet werden, weil ich kann nicht sagen, ich möchte zwar Leitbetriebe, aber das Land weiß nicht, wie man denn solche Großprojekte unterstützen soll.

Wir können auch heute noch nicht genau feststellen, wo diese Betriebe entstehen. Sie sind im ganzen Land notwendig, im ganzen Land Oberösterreich, und wir werden natürlich darauf hinweisen, dass diese Voraussetzungen, die auch festgeschrieben sind in diesem Papier, eingehalten werden. Da gibt es verschiedene Kriterien, die da eingehalten werden müssen. Günther Steinkellner, das ist konform mit dem Kursbuch, absolut konform mit dem Kursbuch, auch wenn es nicht im Detail vielleicht so drinnen stehen. Wir haben einfach Handlungsbedarf.

Ich habe auch mit vielen Kollegen aus der Hotelbranche gesprochen. Da gibt es kein Problem, Günther, wenn du glaubst, dass ein Drei-Stern-Betrieb oder Zwei-Stern-Betrieb mit einem Fünf-Stern-Betrieb ein Problem hat. Das ist nämlich gar keine Konkurrenz, sondern umgekehrt, wir brauchen diese Leitbetriebe, damit wir österreichweit, aber weit darüber hinaus am ganzen Markt konkurrenzfähig bleiben. Es ist enorm wichtig, dass man das schnell umsetzt. Jetzt kann man noch diskutieren, kann man da noch mehr darüber ausreden, kriegen mir noch mehr Informationen, dafür bin ich. Das hat auch der Landesrat ganz klar zugesagt, dass wir da Informationen kriegen. Wie schauen die ganzen Voraussetzungen aus? Darüber kann man alles diskutieren.

Nur, wenn wir nicht jetzt das machen, verlieren wir so viel Zeit, dass die Konkurrenzfähigkeit wieder weiter sinkt. Daher bin ich enorm dafür, dass dieses Projekt jetzt einmal begonnen wird. Wir brauchen eh noch eine Vorlaufzeit. Das geht eh nicht, wenn wir es heute beschließen, ist das nicht morgen in der Umsetzung, sondern es bedarf da sicher noch einiger konkreter Besprechungen, sowohl mit den Banken als auch mit der Finanzabteilung. Ich bin auch dafür, dass wir immer da gut informiert sind im Landtag, was mit dem Geld, das man da quasi vorweg beschließt, auch passiert. Ich bin aber überzeugt davon, dass sowohl unsere Banken als auch unsere Fachmitarbeiter im Land und im Haus dementsprechend darauf schauen, dass das wirklich so eingesetzt wird, dass es auch sinnvoll dann eine Wirkung in Oberösterreich hat.

Wir sind auf einem guten Weg. Ich kann allen da hier wirklich nur ans Herz legen, dieser Dringlichkeit auch zuzustimmen, damit wir den Weg im Oberösterreich-Tourismus in die richtige Richtung gehen. In dem Sinn bitte ich auch um die Zustimmung zur Dringlichkeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ja bereits angesprochen worden, wir werden ja heute noch einmal unter einem anderen Tagesordnungspunkt den oberösterreichischen Tourismusbericht diskutieren und behandeln. Ich möchte aber jetzt auf Grund des unmittelbaren Zusammenhanges mit dem Tourismusbe-

richt diesen auch heran ziehen, um einige Argumente für diesen vorliegenden Antrag der Landesregierung mit einzubringen.

Wenn man den Tourismusbericht sehr intensiv sich anschaut, dann wird einem auffallen, wenn man die Nächtigungszahlen vergleicht, dass wir gerade bei der Anzahl der Nächtigungen in den Vier- und Fünf-Stern-Häusern eine enorme Zunahme haben. Wir haben dort im Tourismusjahr 2004/2005 fast 1,5 Millionen Nächtigungen verzeichnen können. Das ist immerhin eine Steigerung zum Tourismusjahr 2003 auf 2004 von über 25.000 Nächtigungen, die wir in diesen hochqualitativen Häusern erreichen konnten. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wie viele Fünf-Stern-Häuser haben wir überhaupt in Oberösterreich?") Das heißt also, Kollege Steinkellner, wenn du ihn gelesen hast, dass gerade in diesem Bereich der Vier- und Fünf-Stern-Häuser, die enorm gefragt sind von ausländischen, aber auch von inländischen Kunden, die ja unsere Gäste sind und zu uns nach Oberösterreich kommen. Hier liegen auch unsere Chancen. Wir haben das auch sehr viel diskutiert.

Wenn wir über die Tourismusentwicklung reden, dann müssen wir auch über die Chancen im Tourismus reden und sie auch ansprechen. Denn gerade hier sind diese Häuser dazu geeignet, dass wir erstens mehr Gäste nach Oberösterreich bringen. Das ist ein Ziel, das wir uns vornehmen müssen und auch uns vorgenommen haben, und zweitens eine sehr wichtige Voraussetzung, dass die Gäste auch bei uns in Oberösterreich länger bleiben. Wir wissen, dass die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Oberösterreich 3,1 Tage beträgt, und es ist notwendig, wenn wir die Wertschöpfung erhöhen, dass wir auch dafür sorgen, dass die Gäste länger bei uns in Oberösterreich bleiben.

Da brauchen wir unter anderem weitere Qualitätsbetten. Wir können die Touristen, die zu uns kommen, die Gäste nicht alle unterbringen in diesem Bereich, den sie gerne hätten, weil wir das Angebot nicht haben. Die Qualitätsbetten fallen natürlich nicht vom Himmel, sondern die müssen geschaffen werden. In den meisten Fällen sind es natürlich die großen Betriebe, die hier tätig werden und Initiativen setzen. Diese großen Betriebe haben natürlich einerseits eine sehr wichtige Aufgabe, nämlich die Aufgabe, auch Leitbetrieb für eine Region zu sein. Und sie haben andererseits natürlich auch "das Pech", dass sie nach dem geltenden EU-Recht keine Förderung in Anspruch nehmen können. Genau das ist der Punkt, warum dieses Beteiligungsmodell entwickelt worden ist, damit wir zusätzlich mehr Vier- und Fünf-Stern-Betriebe in Oberösterreich bekommen.

Ich erachte das als sehr, sehr wichtig, dass wir darüber diskutieren, wo werden diese Tourismusprojekte benötigt. Und ich habe dem Herrn Landesrat schon gesagt und ich mache auch kein Geheimnis daraus, ich bin zutiefst davon überzeugt bin, dass wir in jeder Tourismusregion in Oberösterreich einen derartigen Leitbetrieb brauchen. Und es wird sicherlich auch Regionen geben, wenn ich zum Beispiel an das Salzkammergut denke, wo man mit einem Leitbetrieb nicht auskommen wird, sondern wo man darüber entscheiden muss und wo man sagen muss, jawohl wir entschließen uns in jeder Region ein derartiges Haus zu fördern und dort dafür sorgen, dass es errichtet wird.

Und meine sehr verehrten Damen und Herren! Weil wir über die Drei- und Vier-Stern-Häuser reden und über Leitbetriebe. Diese Leitbetriebe haben ja nicht nur das Angebot an hohen Qualitätszimmern und -betten, sondern sie haben natürlich auch eine Funktion für die anderen Betriebe in einer Region. Und sie strahlen natürlich auch positiv auf die anderen Beherbergungsbetriebe aus. Und da rede ich noch gar nicht von jenen Betrieben, die Zulieferer sind für diese Drei- und Vier-Stern-Häuser.

Was ganz wichtig ist und wo wir auch dafür sorgen müssen Herr Landesrat ist, dass natürlich auch die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dass man auch dafür sorgt, dass die ganzen Zulieferer zu diesen Häusern aus der unmittelbaren Region kommen. Und ich glaube, dass auch gerade diese Leitbetriebe dafür sorgen können, dass wir zu einer positiven Nüchternungsbilanz kommen. Wir werden ja heute noch einmal Gelegenheit haben, gerade auch über diese Thematik noch einmal zu diskutieren.

Ich glaube auch abschließend, dass es gerade jene Häuser sind, die im Drei- und Vier-Sternbereich, sowie im Fünf-Sternbereich tätig sind, die auch hochqualitative Arbeitsplätze schaffen. Dort finden ja Menschen die hoch ausgebildet sind auch eine Beschäftigung und daher schließt sich für mich der Kreis, dass ich sage, wir sind dafür, dass wir eine Förderung im Bereich der Vier- und Fünf-Sternhäuser andenken, durchsetzen und realisieren.

Daher werden wir nicht nur der Dringlichkeit, sondern auch dem Antrag die Zustimmung geben, obwohl ich natürlich meine, dass wir nicht nur die Vier- und Fünf-Stern-Häuser sehen dürfen, (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wir haben ein Fünf-Stern-Haus in Oberösterreich!") ja das ist ja genau der Punkt, dass wir mehr brauchen. Das ist ja genau der Punkt, dass wir hier den Hebel ansetzen wollen, Kollege Steinkellner. Und wir dürfen nicht vergessen und das wollte ich gerade hier in deine Richtung sagen, wir dürfen natürlich nicht vergessen, dass es auch andere Häuser gibt, und die haben genauso ihre Berechtigung wie die Drei, die Vier- und die Fünf-Stern-Häuser. Wir müssen die Gesamtheit sehen. Wir müssen aber natürlich auch den Mangel sehen und den haben wir konkret in den Vier- und Fünf-Stern-Häusern. Und daher ist es notwendig, dass wir hier den Hebel ansetzen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ganz besonders möchte ich heute zwei junge Damen begrüßen, die hier bei dem Projekt Stellenwert mitmachen und diesen Landtag auch einmal besuchen, um sich hier ein Bild machen von der politischen Arbeit. Also bitte haltet euch ein bisschen zurück, dass die nicht eine ganz schlechte Meinung haben. Ich werde mich auch zurückhalten.

Wir haben also einen Antrag vor uns, wo es um Beteiligungsmodelle geht für touristische Leitbetriebe. Wenn man schaut bei der Ausgangssituation, was wir laufend diskutieren, ob das jetzt im Mühlviertel ist oder im Aufsichtsrat der Seilbahnholding. Wir wollen die Kontinuität, die Auslastung von Tourismusinfrastruktureinrichtungen erhalten und fördern. Und da brauchen wir Qualitätsbetten dazu. Qualitätsbetten kriegen wir, wenn wir eine gute Tourismusinfrastruktur haben, die auch gewartet ist, die einfach voll funktionsfähig und modern ist.

Und ich möchte mir da einen Bonuspunkt wieder beim Kollegen Winterauer einholen. Ich habe das gerade wieder in der Diskussion in Ebensee gesehen, ich war ja da oben am Feuerkogel, und ich denke da sieht man, wie eng das zusammenhängt. Wie kann ich ein Kongresshaus in Gmunden, wie kann ich in Ebensee den Feuerkogel gut nutzen und aufwerten, wenn ich kein dementsprechendes Hotel habe? Also da beißt sich, wie wir im Mühlviertel sagen, immer die Katze in den Schweif. Also was mache ich zuerst?

Und weil mir das ganz wichtig ist und wir werden das Beteiligungsmodell, das bei dem Vorschlag, der im Gesetz ist und der hinten dranhängt, unterstützen. Es ist ja nur ein Faktum, dass eine geringe Zahl, und das hat ja der Kollege Steinkellner immer bestätigt, dass es ganz wenige Vier- und Fünf-Stern-Hotels gibt. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "118

Vier-Stern-Hotels und ein Fünf-Stern-Hotel!") Also warum soll ich da das nicht vorantreiben? Also ich verstehe da die Argumentation nicht. Aber ich habe öfter schon etwas nicht verstanden, was der Kollege Steinkellner sagt. Also ich werde mir deswegen keine grauen Haare wachsen lassen.

Wichtig ist uns an dem Beteiligungsmodell - und ich möchte das einfach gar nicht mehr erwähnen müssen - aber ich glaube es ist ganz einfach wichtig, dass in den Voraussetzungen drinnen steht, dass natürlich alle Maßnahmen, alle Planungen und die Ausführungen barrierefrei sein müssen. Dass insbesondere der Paragraph 27 vom Bautechnikgesetz eingehalten wird. Das ist normalerweise gar nicht mehr erwähnenswert. Aber es ist wichtig, dass es immer drinnen steht, weil dann vergisst man nicht so leicht drauf.

Was uns auch noch ganz speziell an diesem Vorschlag fehlt und warum wir auch das weiter forcieren und weiter treiben wollen, dass es Sonderkonditionen bzw. einen Bonus gibt, auch für eine ökologische Betriebsführung. Dass genau diese Investitionen auch in Energieeffizienz der Häuser, einerseits für die Betriebskosten, dass die weniger werden und andererseits ist das eine ganz klare Klimaschutzmaßnahme. Dass regionale Voraussetzungen viel besser sind und auch das ein Image, eine Marke, eine Werbung ist. Dass wir auch im Tourismusbereich bei der Qualität, nicht nur das schöne Bett mit der Damastbettwäsche, sondern wirklich auch in die Investitionen, in die Umwelt und was die Regionalität anbelangt vermarkten.

Hier glaube ich braucht es ganz, ganz wichtige Parameter und das befürworten wir sehr, dass es hier ein Entscheidungsgremium gibt, das genau paritätisch besetzt ist. Paritätisch in dem Fall nicht Frauen und Männer, wie wir das so erwarten, sondern es natürlich auch Vertreter/innen aus den Bereichen Land, den Tourismusbetrieben bzw. aus der Kreditwirtschaft gibt. Damit man wirklich gemeinsam schauen kann und auch die Erfahrungen aus der Region mit einfließen können. Und hier appelliere ich an die Landesvertreter, hier auch wirklich die Interessen gesamt gesehen einfließen zu lassen und wir werden diesem Beteiligungsmodell, das wir als ersten wichtigen Schritt sehen, um hier Bewegung in den Tourismus zu bringen, in den Ausbau der Qualitätsbetten, inhaltlich und auch der Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen und bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die der Dringlichkeit zur Beilage 952/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 954/2006, das ist ein Initiativantrag betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß dem Bundesbehindertengleichstellungsgesetz. Und auch hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtages erforderlich. Und darüber eröffne ich die Wechselrede. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Trübswasser das Wort.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Selbstverständlich ist dieser Antrag der Beachtung der Etappenpläne einer für mich, der ganz wichtig ist, weil er aus meinen langjährigen Erfahrungen geboren wurde.

Ich bin nicht umsonst seit vielen Jahren in diesem Bereich aktiv, wo es darum geht den öffentlichen Verkehr barrierefrei zu machen. Wir haben in der Zwischenzeit, seit meinem Ein-

tritt in den Landtag einige Verbesserungen erreicht und es wurde auch dank Ihrer Mithilfe, der Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag, auch einiges vorangebracht. Was mich aber immer wieder noch sozusagen erstaunt, ist, dass gelegentlich die Rückschläge oder das Unverständnis oder auch teilweise, muss ich ehrlich sagen, die Ignoranz mancher für mich bedeuten, dass wir noch lange nicht am Ziel sind.

Ein ganz wichtiger Punkt ist, dass das Land Oberösterreich über die Verkehrsdienstverträge ein Mittel in der Hand hat, steuernd einzuwirken, Qualität einzufordern und auch flächendeckend, und genau um das geht es, flächendeckend barrierefreie Angebote zu haben.

Wir sind von diesem Ziel noch sehr, sehr weit entfernt. Und ich darf ganz kurz auf diesen berühmten Zeitungsartikel zurückkommen. Und ich darf Ihnen, falls Sie diese Zeitung nicht gelesen haben, nur einen Satz vorlesen. Wollen viele Fahrgäste, und ich wiederhole noch einmal, der erste Wagen ist Hochflur, bei Bedarf Niederflur im Anhänger, wollen viele Fahrgäste mit, rückt der Bus mit Anhänger aus. Und das ist der Punkt, dass man nicht weiß, wo und wann und wohin dieser Bus unterwegs ist. Und genau diese Verlässlichkeit eines ständigen Angebots ist das Ziel dieses Antrages.

Ich darf vielleicht ganz kurz auf dieses Gleichstellungsgesetz zurückkommen, das im Bund beschlossen wurde. Das Gleichstellungsgesetz sagt aus, dass die Verkehrsdiensteanbieter, die Verkehrsbetriebe, egal ob es sich um ÖBB, Postbus oder die ganzen privaten Betreiber handelt, längstens bis 31. 12. 2006 Etappenpläne vorlegen müssen, wo sie den Umbau auf barrierefreien Verkehr darlegen. Diese Etappenpläne müssen mit der österreichischen Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation vereinbart werden. Und es ist unumgänglich, dass darüber gesprochen wird, wenn wir heute Bereiche haben, die sehr schwierig sind, die ausschließlich mit Normalflurfahrzeugen benützt werden oder betrieben werden, die endlich umzustellen. Das ist nicht einfach. Das wird große Anstrengungen erfordern und unser Antrag geht in diese Richtung und ich freue mich, dass er, so hoffe ich, weitgehend auch von Ihnen mitgetragen wird.

Dass dieser Antrag so wichtig ist, ist dieses konsequente Umsetzen. Es bringt mir nichts und ich wiederhole es noch einmal, wenn fallweise ein Fahrzeug zur Verfügung steht, wenn der Betroffene nicht weiß, wann und wohin. Und dieses Verlässlichsein, dieses durchgehende Angebot wurde bereits im Bundesland Vorarlberg weitgehend erreicht. Weitgehend sage ich mit Ausnahme der sehr schwierigen Seitentäler, aber im Unterland zu 100 Prozent umgesetzt. Das muss man sich vorstellen, Vorarlberg ist da wirklich führend. Ich kenne auch Beispiele im Burgenland im Regionalverkehr im Bezirk Güssing, wo dies gelungen ist. Heervorragende Kooperation auch von den Gemeinden mit dem Bezirk. Also es gibt Beispiele, wo es möglich ist und es gibt die Notwendigkeit, und das ist das Ziel dieses Antrages, auch in Oberösterreich diese konsequente Umsetzung schrittweise Umsetzung in Gang zu setzen. Sie ist noch nicht da.

Und warum mich dieser Artikel in der Zeitschrift "Unterwegs" so verärgert hat, sage ich wirklich emotional betroffen gemacht hat, wo ich mir gedacht habe, stehen wir jetzt wieder am Anfang? Sind wir jetzt wieder keinen Schritt weiter gekommen? Ist diese unreflektierte Wiedergabe, dass man ein System in Gang setzen will oder zumindest ausprobiert hat, wo diese Zufälligkeit wieder da ist. Wenn Bedarf, dann dieser Anhänger. Und das ist das, was mich veranlasst hat heute die Frage zu stellen, ich nehme zur Kenntnis, dass eine hohe Bereitschaft seitens des Verkehrsreferenten da ist, hier an einem Strang mit zu ziehen und auch etwas weiter zu bringen, aber es braucht volle Anstrengung und es braucht auch die Gewissheit der Betroffenen, dass sich schrittweise in den kommenden Jahren etwas ändern

wird. Für Ihre Zustimmung danke ich jetzt schon und hoffe, dass sie sich demnächst auch in der Praxis, nämlich in den Verkehrsdienstverträgen niederschlagen wird. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Eisenrauch.

Abg. **Eisenrauch:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es, wie wir schon gehört haben, um den Abbau von Barrieren in den Verkehrsmitteln, und zwar im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesbehindertengleichstellungsgesetzes. Dieser Antrag ist deshalb dringlich, weil bei der Vergabe von Verkehrsdienstverträgen besonders auf die Umsetzung dieses Gesetzes zu achten ist, und zwar insofern, als im Vertragstext auf dieses Gesetz hingewiesen werden muss und zweitens, dass sich die Verkehrsunternehmen auch an diese Umsetzung halten. Und wie der Kollege Trübwasser schon gesagt hat, dass bis Ende des Jahres 2006 Etappenpläne hierfür vorzulegen sind.

Als Benützerin öffentlicher Verkehrsmittel weiß ich, dass nicht nur Rollstuhlfahrer gehandicapt sind, sondern dass es viele andere Gruppen gibt, die Schwierigkeiten haben öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Ich denke da nur an Mütter mit Kinderwägen zum Beispiel oder nach Operationen oder einem Unfall, wenn ich mit Krücken gehe oder einen Gipsfuß habe. Da bin auch ich selbst das erste Mal draufgekommen, wie schwierig es ist in einen Zug einzusteigen oder einen Autobus zu erklimmen, der also keine Niederflurvorrichtung hat. Da weiß man dann das, wie schwierig das ist.

In den größeren Städten wie Linz, Wels und Steyr gibt es ja schon einige auf dieses Gesetz hin geänderte Verkehrsmittel. Aber auch, wie Sie schon gesagt haben, in ganz Oberösterreich regional aufgeschlossen gibt es diese natürlich nicht. Und ich denke in den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Forschung und die Industrie ja schon einiges dazu einfallen lassen. Es gibt vorbildliche und hervorragende technische Lösungen.

Ein Ziel der europäischen Verkehrspolitik ist es auch, den Personenverkehr in naher Zukunft eben regional wie aber auch international für alle Menschen, ob mit Mobilitätsbeeinschränkung oder nicht, gleichermaßen nutzbar zu machen. Der Gedanke der Nichtdiskriminierung steht dabei an oberster Stelle. Und aus den von mir jetzt genannten Gründen ist dieser Antrag dringlich und wir von der ÖVP geben dazu unsere Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pilsner.

Abg. **Pilsner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Wir glauben grundsätzlich, dass sowieso Gesetze einzuhalten sind und dieses Bundesgesetz, das beschlossen wurde, ist einzuhalten und es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass Gesetze einzuhalten sind. Daher hätte es dieser Initiative nicht bedurft, denn ich glaube ganz einfach und man muss wissen, dass auf Bundesebene Schwarz und Blau zwar dieses Gesetz beschlossen haben, aber an sich dieses Gesetz sehr zahnlos ist, Grün und Rot dem Gesetz ja nicht zugestimmt haben, und ich glaube, wir können heute und wir werden auch dieser Initiative zustimmen, weil wir jegliche Unterstützung natürlich unterstützen.

Aber ich glaube, grundsätzlich wäre diese Dringlichkeit nicht notwendig gewesen. Wir wissen, dass Verkehrsreferent Erich Haider sehr engagiert ist und sich sehr dafür einsetzt und sehr viele der Dinge, die du ja bereits angesprochen hast, auch umsetzt. Und es gibt ein Gesetz, das umzusetzen ist. Und es hat sich auch jeder daran zu halten.

Und ich möchte nur auf eines verweisen, es gibt ja bereits auch einen Brief vom Verkehrsreferenten an die Verkehrsunternehmen, der auch genau auf dieses Gesetz Bezug nimmt und dass dieses Gesetz einzuhalten ist. Und daher sind diese Maßnahmen einfach umzusetzen und es ist nicht zu dulden, dass hier einfach diese Maßnahmen nicht passieren. Und ich glaube ganz einfach, dass wir mit diesen Maßnahmen, die jetzt bereits getroffen sind, die jetzt anstehen, durchaus den richtigen Weg beschreiten und ich halte es einfach für korrekt, und das sage ich dir noch einmal lieber Kollege Gunther Trübswasser, dass wir mit unserem Verkehrsreferenten, dem ja auch du sehr viele Beiträge lieferst, und ich kann mich noch erinnern, du warst vor kurzem in Aschach, hast auch dazu wieder einen Beitrag geliefert, um sich engagiert für Barrierefreiheit einzusetzen und wir werden das auch aufnehmen und es wird aufgenommen und es wird daran gearbeitet und es wird umgesetzt. Also wir brauchen eigentlich heute diesen Antrag nicht, weil es gibt ein Gesetz, das beschlossen wurde. Aber wir werden dieser Initiative zustimmen, weil wir natürlich alle Maßnahmen, alle Initiativen, die in diese Richtung gehen, unterstützen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir werden diesem Antrag der Regierungskoalition auf Landesebene, nämlich Volkspartei und Grüne, sowohl in der Dringlichkeit aber auch inhaltlich zustimmen. Wir werden deswegen zustimmen, weil die Grundlage für diesen Antrag heute das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz ist. Und ich muss meinem Vorredner widersprechen, das ist ein großartiger und guter Schritt dieser Bundesregierung gewesen, dieses Behindertengleichstellungsgesetz mit 1.1.2006 zu beschließen und umzusetzen. Und ich danke an dieser Stelle den Sozialministern, die das vorbereitet und umgesetzt haben, Sozialminister Haupt und Haubner. Und ich möchte vielleicht noch einen Gedanken anbringen, dass diese Umsetzung dieses Behindertengleichstellungsgesetzes ja nicht nur den Menschen mit Behinderungen, wenn wir diesen Ausdruck überhaupt noch allzu oft gebrauchen wollen, hilft und diese gleichstellt, sondern nennen wir es vielleicht besser, dass Menschen mit besonderen Bedürfnissen von diesem Gesetz auf Bundesebene und von dem Willensentschluss jetzt auf Landesebene sozusagen mit einem Plan, das auch tatsächlich umzusetzen, dass diese davon profitieren. Denn auch eine Mutter mit einem Kleinkind, mit einem Baby, mit dem Kinderwagen tut sich leichter, wenn die Barrieren abgebaut werden, und auch ältere Menschen, die irgendwann einmal in ihrer Mobilität, in ihrer Beweglichkeit oder sagen wir einfach im Gehen und im Überwinden von Barrieren allmählich eingeschränkt werden. Das sind ja keine Menschen mit Behinderungen im strengen Sinne, aber sie tun sich leichter, wenn die Barrieren so gering wie möglich sind.

Ich glaube, dieser Gedanke, dass wir ja vielen Menschen helfen, vor allem jenen, die es wirklich benötigen, weil sie körperlich behindert sind und nicht so mobil sind, aber auch vielen anderen, die sich schwer tun und wo es also nicht mehr selbstverständlich ist, über Stufen zu gehen oder eben geänderte Bodenbedingungen vorzufinden, dass also das vielen Menschen hilft, vor allem auch der älteren Generation, den Menschen, die 75, 80, 85 Jahre alt werden dank der Entwicklung der Generationen und dank der Entwicklung, dass wir alle älter werden können und dass wir möglichst gesund und auch möglichst mobil älter werden können. Das ist ja ganz was Positives, wo wir uns sozusagen in unserer Gesellschaft hinentwickeln und dass wir die Voraussetzungen schaffen, dass diese Menschen, diese vielen Menschen auch mobil bleiben. In diesem Sinne ist diese Willenserklärung des Landes auf Grundlage dieses hervorragenden Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes ein richtiger Weg und daher werden wir zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede, ich lasse über den Antrag zur Dringlichkeit abstimmen. Wenn Sie mit der Dringlichkeit zur Beilage 954/2006 einverstanden sind, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand (Alle Abgeordneten heben die Hand.) und dazu stelle ich die Einstimmigkeit fest.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 955/2006. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr. Ich eröffne darüber die Wechselrede, erteile dem Herrn Abgeordneten Frauscher das Wort.

Abg. Frauscher: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns ja im Ausschuss am 22.6. mit diesem Thema schon beschäftigt. Wir haben ja im Jänner schon eine Resolution an den Bund abgesandt und haben auch jetzt die Antwort vom Bundeskanzleramt bekommen, die war auch durchaus umfangreich in den Bereichen lärmarme Reifen, geräuscharme Fahrbahndecken und auch Initiativen im Bereich der Lärmverminderung bei den Bahnstrecken. Das wurde auch durchaus vom Landtag anerkannt, welche Initiativen hier gesetzt werden. Man war aber auch der Meinung im Ausschuss, dass man noch eine Resolution nachschicken sollte, um diesen Druck zu verstärken, um die Bundesregierung aufzufordern, auch auf europäischer Ebene tätig zu werden, diese Maßnahmen weiter umzusetzen und auch noch zu erweitern, speziell im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, der Kennzeichnung auch von lärmarmen Reifen und Projekten im Bereich der Lärmverminderung bei Straßen- und Bahnprojekten. Nachdem es mit diesen Projekten möglich sein wird, die lärmgeplagten Anrainer wesentlich zu entlasten und vielleicht auch durch die Lärminderungen im Bereich des Landschaftsbildes wieder etwas mehr die Sicht hineinzubringen, indem wir weniger Lärmschutzwände aufbauen müssen, ist es eine gute Sache und es ist wichtig, diesen Bereich zu forcieren und schnell voranzutreiben, und deshalb werden wir als ÖVP dieser Dringlichkeit zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Makor-Winkelbauer.

Abg. Makor-Winkelbauer: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zu allererst mich bei allen Fraktionen dafür bedanken, dass es ein weiteres Mal kann man sagen gelungen ist, eine gemeinsame Initiative zu setzen, die zum Inhalt hat, dass die Lärmvermeidung im Straßen- und Schienenverkehr vorangetrieben wird. Der Landtag zeigt damit Kontinuität und unterstreicht damit auch, dass ihm dieses Anliegen ein wichtiges Anliegen ist und unterstreicht auch die Bedeutung dieses Anliegens. Ich darf darauf verweisen, dass der Ursprung dieses heute gemeinsamen dringlichen Antrages die Beilagenummer 721 - es war damals ein Initiativantrag der SPÖ - war, der in den zuständigen Ausschüssen mehrmals diskutiert, zurückgestellt wurde, bis dann Antwortschreiben, es hat der Kollege Frauscher bereits gesagt, auf den mit der Beilagenummer 810 eingebrachten Antrag von der Bundesregierung gekommen sind, die in der Tat sehr umfangreich waren, sowohl vom Bundeskanzleramt als auch vom Umweltministerium als auch von der Europäischen Union, nur wir gemeinsam im Ausschuss, und dafür möchte ich mich wirklich bedanken, zu der Überzeugung gekommen sind, dass wir diesen Druck, den wir durch diese Anträge bereits aufgebaut haben, doch aufrecht erhalten, weil nur mit den Feststellungen, was alles möglich wäre, hat man ja noch nicht wirklich was erreicht, sondern es geht darum, tatsächlich Schritte in die richtige Richtung zu setzen.

Es geht dabei um ein sehr, sehr wichtiges Thema. Sie wissen es, dass der Lärm die Lebensqualität sehr stark beeinträchtigen kann gerade in städtischen Bereichen, wo naturgemäß auch viel Verkehr ist und wo naturgemäß auch die Wohnsituation so ist, dass sie eher

nah an den jeweiligen Straßen ist, dass in diesen Bereichen die Lebensqualität tatsächlich eingeschränkt werden kann und das wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern auch zu einem großen Teil als die Beeinträchtigung gesehen, die sie am meisten beunruhigt. Und der Lärm selbst kann gesundheitsschädlich sein, das ergeben alle Untersuchungen. Es kommt dabei nicht nur darauf an, wie stark der Lärm ist, sondern wie die Dauerbeschallung ist und welche Art des Lärms es ist. Und darum die Wichtigkeit dieses Themas.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei diesem heutigen Antrag geht es darum, den Druck Richtung Bundesregierung aufrecht zu erhalten, es geht darum, auch die Bundesregierung dazu aufzufordern und zu bitten, öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu setzen, um genau dieses Verständnis, dass der Lärm eine Gefahr ist, zu verbreiten und dafür zu sorgen, dass Verständnis dafür in der Bevölkerung auch da ist. Ich darf vor allem auch darauf hinweisen, dass es ein großes Anliegen ist, dass jene Grenzwerte und Richtlinien, die für die Qualität der Reifen im Zusammenhang mit dem erzeugten Schall, dass diese überarbeitet werden. Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass der verursachte Lärm von den Reifen teils deutlich unter den Grenzwerten, unter den vorgegebenen Grenzwerten sich bereits befindet. Das heißt, man könnte diese Grenzwerte durchaus herabsetzen, um auch weiterhin Druck auf die erzeugende Industrie zu machen, dass sie weiter forscht und diesen Lärm noch weiter reduziert. Und was ganz, ganz wesentlich ist, es gibt keine Kennzeichnung dafür, ob es jetzt ein sehr lärmarmes oder ein bisschen lärmarmes Reifen ist, das wäre sehr wichtig, weil wie gesagt teilweise hat man mit dem jetzigen Stand der Technik, kann man schon Qualitäten in der Lärmvermeidung bei den Reifen erzielen, die deutlich unter den Grenzwerten sind, die von der EU vorgegeben werden.

Genau um das geht es bei diesem Antrag in Richtung Bundesregierung, auch auf europäischer Ebene die Forschungsinitiativen weiterhin zu unterstützen, weil es uns gemeinsam sage ich, weil es ein gemeinsamer Antrag ist, ein großes Anliegen ist, die Lärmquelle dort zu packen, wo sie als erstes entsteht, nämlich zwischen Reifen und Belag und da wirklich Maßnahmen zu setzen, eine Lärmverminderung zu erreichen. Danke sehr. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Hirz.

Abg. Hirz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Verkehrslärm beschäftigt sich der Oberösterreichische Landtag wenn ich richtig rechne jetzt schon fast ein Jahr, und das zeigt auch, wie wichtig dieses Thema ist. Verkehr ist nun einmal der größte Lärmerreger und die Bekämpfung des Verkehrslärms ist sicherlich eine der wichtigsten Maßnahmen zur Lebensqualitätsverbesserung der Anrainer und Anrainerinnen von stark befahrenen Straßen. Drei Viertel der österreichischen Bevölkerung sagen, sie fühlen sich durch Verkehrslärm belästigt. Verkehrslärm ist ein gesundheitliches Risiko, ich habe im letzten Landtag schon darüber gesprochen, ich möchte das nicht wiederholen. Verkehrslärm vernichtet auch Immobilienwerte, das heißt, wir müssen trachten, die Belastungen durch den Verkehrslärm deutlich zu senken. Derzeit wird sehr viel Geld ausgegeben für Lärmschutzwände und Lärmschutzfenster. Ich halte diese Maßnahmen sicherlich für wichtig, auch wenn ich zugestehe, dass auch ich manchmal die Auswahl der Lärmschutzstrecken nicht ganz nachvollziehen kann.

Aber man muss auf alle Fälle sagen, es ist sicherlich die zweitbeste Lösung, denn die beste Lösung ist, den Verkehrslärm an der Quelle zu verringern und da gibt es drei Möglichkeiten. Erste Möglichkeit ist, und ich werde nicht müde, das immer wieder zu sagen, die Verringerung der Geschwindigkeit. Die Geschwindigkeitsreduktion bei einem LKW um 20 km/h bewirkt eine Verringerung von drei Dezibel. (Zwischenruf Abg. Makor-Winkelbauer: "Gar nicht

fahren!") Oder gar nicht fahren, richtig. Beim PKW haben wir zum Beispiel von 50 auf 30 sogar fünf Dezibel. Das heißt, das entspricht vom Lärmempfinden der Halbierung des Verkehrsaufkommens.

Zweite Maßnahme sind die lärmarmen Fahrbahnbeläge, und die dritte Maßnahme, über die reden wir hauptsächlich heute, sind lärmarmen Reifen, wobei bei PKW ab 25 km/h und bei LKW ab 35 km/h sozusagen das Rollgeräusch das Antriebsgeräusch übertönt und es gibt daher diese EU-Richtlinie, die für PKW 74 Dezibel und für LKW und Busse und Motorräder 80 Dezibel vorschreibt. Es ist richtig, dass die Reifen, die angeboten werden, enorme Unterschiede in den Rollgeräuschen aufweisen: Bei den PKW nach einem TÜV-Test 2003 an 82 Reifentypen zwischen 69 und 64 Dezibel, nach einem TÜV-Test 2002, 32 LKW- und Busreifen wurden da getestet, sogar zwischen 69 und 76 Dezibel. Sie merken schon, dass sich die Zahl 69 und 70 Dezibel sozusagen im guten Bereich befindet, der anzustreben ist und es ist sicherlich sinnvoll, hier lärmarme Reifen zu verwenden insbesondere auch deswegen, weil die lärmarmen Reifen auch die kraftstoffsparenden Reifen sind. Und dazu ist es notwendig, dass man erstens einmal eine Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit bewirkt. Ich hoffe, dass diese Resolution heute hier auch dazu ein Stück beitragen wird. Dass es zweitens eine Information der Konsumenten und Konsumentinnen gibt, damit man auch weiß, wenn man schon lärmarme Reifen kaufen will, welche man nehmen soll, das ist nämlich momentan gar nicht möglich. Das heißt, wir brauchen eine Kennzeichnung der Schallemissionen der einzelnen Reifen.

Ich glaube auch, dass es sinnvoll wäre, ein Gütesiegel von Seiten des Bundes einzuführen und wofür sich diese Resolution auch ausspricht, dass wir an die EU als Österreich herantreten, die Richtlinien zu senken, denn alle Reifen, die bis jetzt angeboten werden, sind schon unter diesen Normwerten. Das heißt, der Stand der Technik ist weiter als diese Richtlinie und insofern halte ich es für wichtig, dass wir heute diese Resolution verabschieden. Ich gebe zu, dass ich am Anfang überlegt habe, ob es denn einen Sinn macht, eine Resolution einer Resolution nachzuschieben, weil die Antwort eigentlich eine sehr offene war von Seiten des Bundes. Ich glaube aber, dass die Fakten dafür sprechen, dass wir das tun. Wir werden daher der Dringlichkeit zustimmen und wir werden auch dem Inhalt dieser Resolution zustimmen. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist gut, dass der Oberösterreichische Landtag in einem Vier-Parteien-Antrag, also einstimmig und durchdiskutiert diese Resolution verfasst und eben diese Resolution an den Bund weitergibt. Ich glaube, der Sinn dieses Antrages oder dieser Resolution ist ganz klar, es geht um Lärmvermeidung anstelle nur Lärmschutz würde ich sagen. Und ich schließe an diese Bemerkung vielleicht gleich den Satz an, dass Lärmvermeidung natürlich und grundsätzlich besser ist als Lärmschutz und dass die kausale Behandlung, um das jetzt sozusagen allgemein zu fassen, eines Problems immer die bessere Behandlung eines Problems ist als die symptomatische Behandlung. Aber es ist auch eines klar, dass die kausale Behandlung meist um vieles schwieriger und auch meist aufwändiger und nachhaltiger im Arbeitseinsatz ist als die symptomatische Behandlung. Es ist wie im Gesundheitswesen, ein Symptom mit einem Medikament behandeln ist einfach, geht schnell, aber die Ursachen beseitigen bedeutet meist ein Vieles an Mehrarbeit und auch ein Vieles an Problemlösung gemeinsam, ob das jetzt Patient, Pharmazie, Arzt oder wie auch immer, wie dieser Beziehungskreis besteht.

Und ähnlich glaube ich ist es auch hier, wenn wir tatsächlich Lärm vermeiden wollen, und das beschließen wir ja heute, dann müssen die Ebenen der Umweltpolitik Land, Bund, aber auch die Europäische Union zusammenarbeiten, dann muss die Wissenschaft eingebunden werden und wir haben ja teilweise die sachlichen Grundlagen für diesen Antrag heute bereits gehört und ich möchte da nicht nochmals auf Details eingehen, aber es ist eine ich würde sagen, eine Absichtserklärung des Landes, die wir an den Bund weitergeben, dass wir in Zukunft die Lärmvermeidung kausal angehen wollen, an der Ursache, das Problem an der Wurzel packen wollen und die Ursache bekämpfen wollen, denn es geht immerhin um ein riesiges Gesundheitsproblem und so werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt dieses Antrages natürlich zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke sehr. Ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen und wenn Sie der Dringlichkeit zur Beilage 955/2006 beitreten, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist eine einstimmige Annahme.

Wir behandeln die Dringlichkeit zur Beilage 956/2006, das ist ein Initiativantrag betreffend Finanztransaktionssteuer in der Europäischen Union. Ich eröffne darüber die Wechselrede und erteile dem Herrn Klubobmann Dr. Frais das Wort.

Abg. Dr. Frais: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Anlass war der Rechnungsabschluss 2005, weil genau das eingetreten ist, was ich in den letzten Jahren der zahlreichen Budgetdebatten immer wieder gesagt habe. Ein neoliberales System, bei dem sich die Wirtschaft immer mehr von allen sonstigen staatlichen Einrichtungen entfernt, und nur mehr Umsatzsteuer und Lohnsteuer die Grundlage darstellen für staatliches Finanzaufkommen, wird auf Dauer letztendlich an seine Grenzen stoßen. Und genau das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist eigentlich das Ergebnis dieses vorliegenden Rechnungsabschlusses. Man kann mit Rücklagen so lange leben, so lange man Rücklagen hat. Man kann etwas verkaufen, so lange man etwas hat, und wenn man nichts mehr hat, dann gibt es zwei Auswege: Entweder man reduziert die Leistungen oder man erhöht Steuern oder Gebühren und Tarife.

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren ist genau jene Schnittstelle, vor der wir jetzt stehen, und das war der Grund, warum wir zwei bzw. drei Anträge eingebracht haben. Ich bedanke mich vor allem bei den Grünen, die sich bereit erklärt hätten, alle drei zu unterstützen, und bei der FPÖ, dass sie den KöSt-Antrag mit unterzeichnet haben, ebenso wie die Grünen. Die Körperschaftssteuer, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein wesentlicher Teil unserer staatlichen Finanzierung. Und wenn in Europa ein Wettbewerb, ein Wettlauf einsetzt, wer weniger Körperschaftssteuer einhebt, dann ist das der völlig verkehrte Weg. Auf zwei Ebenen nämlich. Nicht nur in der Höhe des Steuersatzes als solches, sondern auch bei der Höhe der Bemessungsgrundlagen. Denn ich habe nichts davon, wenn ich 25 Prozent Steuersatz habe und letztendlich nur ein oder zwei Prozent eingenommen werden. Das ist unser Antrag, und ich hoffe, dass wir darüber im dementsprechenden Ausschuss zu einer Einigung kommen.

Der zweite Antrag bezieht sich auf die Finanztransaktionssteuer. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es hat auf Bundesebene eine gemeinsame Form gegeben, das ist richtig, doch wer den Antrag liest, der weiß, dass es weder Fisch noch Fleisch ist. Es wird nur die Bundesregierung ersucht, zu prüfen, an einigen Beispielen, wie Devisensteuer, Schifffahrts-, Flugverkehrssteuer und ähnliches. Wir wollen, meine Damen und Herren, viel klarer und deutlicher die Finanztransaktionssteuer, dass sie umgesetzt wird auf europäischer Ebene. Wir wollen nämlich mehrere Dinge auf diese Art und Weise erreichen, dass letztendlich die-

ser spekulative Wettbewerb bis in die kleinsten Bereiche, in die 0,01 Prozent-Bereiche hinein, wo nur das Tages- und das Sekundengeschäft heute bereits entscheidend ist, reduziert wird.

Wir wollen keinesfalls, und ich sage das mit aller Deutlichkeit, weil ich das einer Pressemitteilung entnommen habe, alles besteuern. Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, eine Finanztransaktionssteuer belastet nicht die internationalen Leistungstransaktionen, also nicht die Entgeltzahlungen bei grenzüberschreitend erbrachten Leistungen oder Waren. Um das klar und deutlich festzuhalten. Der Welthandel wird somit nicht beeinträchtigt. Von einer Besteuerung erfasst werden sollen aber Transaktionen von Finanzvermögen, das sind Umwandlungen von einem Finanzaktivum in ein anderes Finanzaktivum. Der Zweck der Finanztransaktionssteuer ist es, die Häufigkeit und somit auch die Volumina von Finanztransaktionen zu reduzieren, aber sicherlich nicht die Vermögensbestände. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine Finanztransaktionssteuer wird also seriöse Finanzanlegerinnen nicht beeinträchtigen, denen es um eine Veranlagung geht, wo sie im Zeitablauf ihre Zins- und Dividendeneinkommen erwirtschaften können. Es geht also darum, jene Spekulationen zu besteuern, die nicht auf seriöse Zins- und Dividendenerzielung, sondern auf ein stetes, kurzfristiges und hektisches Jonglieren mit Finanzen abzielen.

Der Vorteil, meine Damen und Herren, einer Finanztransaktionssteuer ist der, dass im Grund eigentlich bei einem sehr geringen Steuersatz diese von der Häufigkeit abhängt: Wenn jemand nur einmal im Jahr eine Transaktion vornimmt, wird er nur einmal steuerlich belastet. Jene die es häufig machen, werden halt 365-mal, wenn sie es täglich machen, mit dieser Steuer belastet. Also auch das bedeutet Sicherung und Absicherung von Wechselkursen und ähnlichem, ein absolut sinnvoller Vorgang.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mir ein Beispiel sagen. Allein an der Frankfurter Börse, es ist dies die Derivatbörsen Nummer 1 weltweit, und ich meine unter Derivate erst die Optionen und die Futures, ist allein der Umsatz der Finanzderivate 40 mal höher als das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands. Und das hat 2005 2.247 Milliarden Euro betragen. Würde ich nur, und jetzt sage ich einen sehr geringen steuerlichen Satz, 0,1 Prozent Finanztransaktionssteuer einsetzen, so würde das alleine nur für Frankfurt - wenn ich nicht von Mailand rede, nicht von London rede, von Paris, und nicht von Amsterdam - nur in Frankfurt, nur auf die Derivate gerechnet würde es ein Steueraufkommen von 90 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Möglichkeit einer Finanztransaktionssteuer ist jedenfalls gegeben, das ist von Wissenschaftern eindeutig erhoben, auch wenn wir sie nur in Europa umsetzen. Der Euro ist bereits 50 Prozent der Welthandelswährung, also da sind wir eine Macht, es gibt keine Ausrede dafür, und alle seriösen Finanzwissenschaftler sind heute bereits der Meinung, dass ein solches Steuerungsinstrument zur Sicherung, auch was das Anlagevermögen und so weiter betrifft, notwendig ist, und gleichzeitig wir der Meinung sind, dass in Zeiten der globalisierten Welt sich das Kapital entfernt. Nur noch drei Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist im Antrag zitiert laut Deutsche Investmentbank, werden für Waren umgesetzt, 97 Prozent dienen nur noch der finanzwirtschaftlichen Anlage oder sonstiger Spekulationen oder Suche nach Anlagemöglichkeiten. Wir glauben, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass es notwendig ist, ein klares Bekenntnis in diesem Landtag dafür abzugeben.

Ich hoffe, dass wir wenigstens mit diesem Landeskrückenantrag einer Studie im Ausschuss zu einem konkreten Ergebnis kommen. Denn eines wollen wir vermeiden, und das ist mein Schlusssatz: Wir wollen nicht unsere Bürger belasten, ihnen Leistungen wegnehmen als einzige Konsequenz unseres Denkens und unseres politischen Handelns, und dafür Speku-

lationsgewinne in ungeahntem Ausmaß übrig lassen. Das ist eine falsche, eine ungerechte Verteilungspolitik, und dagegen wollen wir die Finanztransaktionssteuer einsetzen. Ich bitte und ersuche Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Rednet ist der Herr Klubobmann Mag. Strugl.

Abg. Mag. Strugl: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorausschicken möchte ich, dass wir grundsätzlich bereit sind, über eine Bundesresolution zu verhandeln und eine solche mit zu tragen, allerdings sehen wir einen gewissen Korrekturbedarf in der Formulierung des Antrages, und darüber möchten wir gerne verhandeln. Nicht ganz verstehen wir die Dringlichkeit, warum der Antrag dringlich eingebracht wurde, weil der Herr Klubobmann Frais hat das schon erwähnt, es gibt ja schon einen Nationalratsbeschluss, das heißt eigentlich läuft dieser Antrag einem bereits gefassten Beschluss der eigentlich zuständigen Körperschaft hinterher, insofern ist es für uns nicht ganz verständlich, aber noch einmal, in der Sache sind wir bereit, das mit zu tragen und mit zu verhandeln. Und im Übrigen ist ja die Idee nicht neu, auch der Bundeskanzler hat sie ja bei seiner Antrittsrede zur Präsidentschaft in die Diskussion eingebracht.

Was mich wundert, ist, dass man hier wesentlich abweichen will vom einstimmigen Beschluss im Nationalrat, das ist etwas, was wir nicht ganz verstehen, denn hier hätte man eine gute Grundlage, wenn man unbedingt will, auch für einen Landtagsbeschluss. Und ich muss meinem Vorredner insofern widersprechen, so wie der Antrag formuliert ist in dieser globalen allgemeinen Form, dass also Finanzströme besteuert werden sollen, glauben wir, ist es redaktionell nicht richtig. Deswegen hat auch der Nationalrat von einer Devisentransaktionsbesteuerung - (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Nur zum Beispiel!") - auch ja, aber auch andere Punkte wurden hier erwähnt, aber er hat ja auch ganz bewusst die Formulierung gewählt, denn auch in den einschlägigen Definitionen ist eigentlich klar ersichtlich, dass Finanztransaktionen sämtliche Zahlungsströme sind, und somit auch jene im Dienstleistungs-, im Warenverkehr bis hin auch letztlich Löhne, Gehälter, Pensionen und so weiter. Das ist unserer Meinung nach unsauber formuliert, und daher müsste das korrigiert werden. Denn ich unterstelle ja der SPÖ nicht, dass sie gemeint hat, dass alle diese Transaktionen dieser Besteuerung unterworfen werden sollten. Denn damit würden wir ja ganz massiv ehrlich gesagt Produkte verteuern, Standortnachteile generieren, die Lissabonner Ziele gefährden. Ich gehe einmal davon aus, das wollten Sie nicht, diesen Antrag. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ich habe es aber sehr deutlich gesagt, Kollege Strugl!") Ja, aber geschrieben habt ihr es nicht, und deswegen wollen wir, dass das korrigiert wird, und deswegen können wir heute der Dringlichkeit auch nicht zustimmen. Aber wenn hier die Hausaufgaben erledigt werden, dann würden wir es mittragen.

Eines ist politisch interessant, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Klubobmann Frais spricht heute an diesem Rednerpult von einem spekulativen Wettbewerb mit diesen ganzen Produkten, Swaps, Futures, Options, alle Derivate, also alle diese Dinge. Das finde ich bemerkenswert in einer Zeit, wo man jeden Tag in der Zeitung neue Details liest im Zuge der ganzen Diskussion über die Geschäfte der BAWAG. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Wir reden über das System!") Ja, aber ich rede über das, was ich will. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ist das euer System?") Nein, aber eures, ganz offensichtlich, das ist ja das Interessante. (Beifall) Also, ich habe mich schon gewundert, dass ausgerechnet die SPÖ heute diesen Antrag einbringt, aber es soll uns ja eh recht sein, wir sind ja dafür, dass diese Dinge abgestellt werden.

Wissen Sie, gestern haben Sie - (Unverständliche Zwischenrufe) – meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, gestern haben Sie ein kleines Fest veranstaltet. (Zwischenruf Abg. Schenner: "Ein großes Fest!") Ja, groß? Also, ich entnehme den Zeitungen, 400 Leute sind dort gewesen, das ist bei uns ein halber Bezirksparteitag, also so groß ist das auch wieder nicht. Aber, Freundschaft, wir sagen heute Bürgerschaft, kennen Sie den Witz, Herr Klubobmann Frais? Der Punkt ist einfach der, Ihr Parteivorsitzender ruft gestern dort den Teilnehmern zu, damit ich korrekt zitiere, SPÖ und Gewerkschaft sind eine Familie und Ihr seid das Herz der Bewegung. Ja, meine Damen und Herren, da haben einige Familienmitglieder schweren Schaden der Gewerkschaft zugefügt, indem sie das Familiensilber ein bisschen verspekuliert haben. Also, darüber, glaube ich, sollten Sie einmal grundsätzlich nachdenken, anstatt hier den Landtag mit einem Antrag zu beschäftigen, der eigentlich eh im Nationalrat korrekt schon beschlossen worden ist. Und deswegen, es gibt ja Stiftungen und Sondergesellschaften in der Karibik, in Liechtenstein, da kann man ja überall nachschauen, vielleicht kann man sich in der Familie damit ein bisschen beschäftigen, dann würden wir uns auch Zeit sparen. Also, ich schlage vor, man soll hier diese inhaltlichen Fehler korrigieren, dann können wir in Gottes Namen eine gemeinsame Bundesresolution beschließen, um genau solche Dinge in der Zukunft zu verhindern. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Trübswasser.

Abg. **Trübswasser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Ich darf um ein bisschen Aufmerksamkeit bitten, wenn auch die Wogen etwas hoch gegangen sind. Die Sache, um die wir uns heute kümmern, ist tatsächlich sehr ernst, und ich glaube, es gibt genug Argumente, dass wir uns nicht nur auf Bundesebene und europäischer Ebene, sondern auch in den Landtagen damit beschäftigen, wie künftig die Verteilung der Mittel sein wird, wie künftig das Steueraufkommen stattfinden wird. Wie Sie wissen, ist Oberösterreich das erste Bundesland gewesen dank der Initiative von Landesrat Anschöber, dass sich dem Global-Marshall-Plan verpflichtet hat, und hier nicht nur am Papier gewillt ist, eine Bekundung zu leisten, sondern tatsächlich auch umzusetzen und Taten zu setzen.

Wir haben Probleme, internationale Probleme, wir haben natürlich auch regionale und lokale Probleme, und wir müssen uns sehr wohl überlegen, wie wir ein Finanzsystem in den Griff bekommen können, das derzeit sehr stark an der Wirtschaft, an der Ökonomie eines Landes, einer Region vorbeigeht. Ich bin mir bewusst, dass wir mit den Anträgen, die wir beschlossen hätten als Resolutionen, die nicht zustande gekommen sind, dass wir mit einem Antrag, den wir heute beschließen, mit einem Behelfsantrag, wenn ich ihn so bezeichnen kann, natürlich nur schwache Rauchsignale geben in die Richtung. Warum wir dennoch, und ich wiederhole dieses dennoch - wir sind mit diesem Antrag keineswegs glücklich, sind nicht glücklich, dass es sich um eine Studie handelt, wo wir eine klare Botschaft haben. Wir haben eine Meinung und fragen erst, zuerst eine Studie. Wir haben diese Meinung schon.

Zweitens, ich würde mir eine Resolution an den Bund wünschen zur Verstärkung, nicht gegangen, ich würde mir wünschen auch dass dieser Antrag präziser ist. Kollege Frais, präziser insofern, dass wir nicht herumstreiten müssen, ist jetzt der Warenverkehr drinnen oder nicht. Das geht wirklich aus dem Antrag nicht hervor. Und ich bedaure sehr, dass wir sehr spät von dieser Initiative erfahren haben, dass es keine Bemühungen gegeben hat, dass es zu einem gemeinsamen Antrag, zu einer gemeinsamen Resolution gekommen ist. Ich glaube, es wäre möglich gewesen.

Ich glaube nicht, dass es Sinn macht, dass eine Partei für sich in Anspruch nimmt, sozusagen die bessere zu sein, ich glaube, es ist ein gemeinsames Wollen dieses Landtags, das spüre ich, und wir hätten es erreichen können, dass wir eine klare Botschaft nach Wien und nach Brüssel schicken. Ich bedaure wirklich, dass es nicht dieses aufeinander Zugehen gegeben hat, wie es schon oft stattgefunden hat und wie es wahrscheinlich auch im Ausschuss stattfinden wird. Ich war sehr darum bemüht, dass es noch eine gemeinsame Erklärung geben wird, die die nötigen 29 Unterschriften bekommt, aber leider ist es nicht dazu gekommen. Abgesehen davon, und ich stelle hier klar und deutlich fest, wir wollen als Grüne keinen Deut, keinen Zweifel daran lassen, dass wir die Tobin-Tax unterstützen, dass wir alle Bemühungen, die in diese Richtung gehen, auch unterstützen, auch wenn sie fehlerhaft sind, auch wenn sie Behelfsanträge sind, auch wenn es Krückenanträge sind. Und das falsche Instrument, wie wir meinen. Aber wir wollen nach außen signalisieren, und das ist der Grund, warum wir der Dringlichkeit auch zustimmen heute, das ist der Grund, warum wir nach außen signalisieren wollen, dass der einzige Weg, wenn wir wirklich eine gerechte Steuerverteilung, eine Umsetzung des Global-Marshall-Plans wollen, die Einführung dieser Steuern sind.

Wir werden uns weiterhin bemühen, auch wenn es dazu kommen sollte, dass dieser Antrag nicht die Dringlichkeit erhält, dass wir im Ausschuss dann eine Formulierung finden, die nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern ein deutliches, klares Signal nach Wien. Und ich denke als gute Grundlage dient für mich auf jeden Fall der Entschließungsantrag des Parlaments, aber aus meiner Sicht, aus unserer Sicht schadet es überhaupt nicht, dass auch ein Landtag und vielleicht auch andere in diesem Land ein klares Bekenntnis dazu ablegen, dass wir eine gemeinsame Welt haben wollen, die eine gemeinsame Verantwortung voraussetzt, und dass wir dort besteuern wollen, wo wirklich die Finanzströme fließen, und nicht die Warenströme, die meinen wir selbstverständlich auch nicht. In diesem Sinn werden wir der Dringlichkeit zustimmen und falls die Dringlichkeit gegeben wird auch noch im folgenden Antrag, wobei, wie ich jetzt schon sage, dass wir im Falle einer Dringlichkeit auch einen Änderungsantrag einbringen werden, weil wir noch einige Ergänzungen, gerade in Richtung Global-Marschall-Plan, gerade in Richtung Ressourcenbesteuerung, gerade in Richtung Flugverkehr und Schiffsverkehr noch einige Änderungen abzubringen haben. Der Dringlichkeit werden wir zustimmen. Ich Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Bitte noch ein paar Qualifikationen von der SPÖ. Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe SPÖ! Ich bin gegen eine Anlassgesetzgebung, auch wenn es von Betroffenen beantragt wird. Wenn man die Probleme schon jetzt erkennt, die mit entsprechenden Geschäften in der Karibik und sonst wo auf der Welt eine Bank, eine gesamte Interessensorganisation in Schwierigkeiten gebracht hat, da bringt es gar nichts, wenn man eine alte Idee aus dem Jahr 1972 aufgreift und dann per Dringlichkeitsantrag in den Oberösterreichischen Landtag bringt.

Die Idee des James Tobin aus dem Jahr 1972 ist schon so alt, dass einzelne Abgeordnete noch gar nicht auf der Welt waren als diese Idee aufgetaucht ist. Deswegen verstehe ich die heutige Dringlichkeit überhaupt nicht. Das ist ja ... (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Das verstehst du nicht!") aber ich weiß, Herr Kollege, man könnte ja zum Beispiel auch zuhören, wenn der Nationalbankgouverneur Liebscher plant was eine Tobinsteuer bringen würde. Man könnte darüber nachdenken, dass irgendwann jede Steuer von einem Konsumenten bezahlt werden muss. Man könnte darüber nachdenken als Wohnbaureferent, dass etwa Fremdwährungskredite entsprechend belastet werden, da die Tobinsteuer auf jede Fremdwährungstransaktion sehr wohl eine Gebühr darstellen würde und diese verteuern

würde. Man könnte darüber nachdenken, dass dann entsprechende Geschäfte von jemanden anderen oder von den gleichen woanders gemacht werden würden und auch die Arbeitsplätze dann dementsprechend verlagert werden würden. Das sind lauter Probleme, die damit verbunden sind und deswegen ist seit 1972 die Idee von ursprünglich ein Prozent ja bereits gewaltig reduziert worden. Heute steht es plötzlich als Dringlichkeitsantrag im Oberösterreichischen Landtag zur Debatte und findet nicht unsere Zustimmung. Denn wenn man sich überlegt, was man mit Eingriffen in die Finanzpolitik tatsächlich alles verursachen kann, so ist es wichtiger die Kontrollmechanismen, die also Verspekulationen ausschließen sollten, zu stärken als neue Steuern einzuführen, die letztlich natürlich den Konsumenten belasten.

Ich glaube nicht, dass man mit einer Tobinsteuer genau diese so genannten ideologischen Probleme der 70er Jahre jetzt neu wieder aufrollen kann. Man sollte sich vielmehr mit einem Ehrenkodex der österreichischen Banken auseinandersetzen, inwieweit spekuliert werden darf und inwieweit nicht. Jedenfalls ist ganz klar, dass eine weitere Belastung von Konsumenten, Häuselbauern, all das was mit Fremdwährungsgeschäften zu tun hat, und ich erinnere nur an Öl und Gas, dass diese Geschäfte natürlich alle in der Dollarwährung abgewickelt werden und damit natürlich auch belastet werden würden und damit unmittelbar wieder alle jene, die heizen, Auto fahren und sonst wie belasten würden, eine falsche Entwicklung ist, ein falsches Signal ist. Man sollte lieber an Entlastungen denken als an neue Belastungen für Konsumenten. (Zwischenruf Landesrat Dr. Kepplinger: "Du hast nichts verstanden!" Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Es gibt keine weitere Wortmeldung und ich schließe somit die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die der Dringlichkeit zur Beilage 956/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden und weise die Beilage 956/2006 dem Ausschuss für Finanzen zur Vorberatung zu.

Ich darf Ihnen weiter mitteilen, dass wir Ihnen Kopien der schriftlichen Anfragen und die zwischenzeitig eingelangten Beantwortungen auf Ihren Plätzen aufgelegt haben bzw. wurden diese bereits auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt.

Wir kommen zu den Verhandlungsgegenständen und beginnen mit den beiden Beilagen 938/2006 und 939/2006. Es sind dies die Berichte des Ausschusses für Finanzen betreffend den Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 und den Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich". Aufgrund des sachlichen Zusammenhanges werden wir über beide Beilage eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Die anschließende Abstimmung erfolgt natürlich getrennt. Ich darf zunächst Kollegen Weixelbaumer um die Berichterstattung über die beiden Beilagen bitten.

Abg. **Weixelbaumer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren. Zu den Berichten des Finanzausschusses Beilage 938/2006, Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005.

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der hohe Landtag möge beschließen: Der vorstehende Bericht wird gemeinsam mit dem Rechnungsabschluss des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 zur Kenntnis genommen.

Beilage 939/2006, Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich" wird Folgendes beantragt.

Der Ausschuss für Finanzen beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen:

1. Der Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes OÖ" wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.
3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Ausschuss für Finanzen festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass zu der Beilage 939/2006 zwei Abänderungsanträge vorliegen. Sie liegen beide auf Ihren Plätzen auf und tragen die Beilagennummern 958/2006 und 963/2006. Gemäß den Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung werden wir diese Abänderungsanträge in die Wechselrede miteinbeziehen, die ich hiermit eröffne und Kollegen Weixelbaumer das Wort erteile.

Abg. **Weixelbaumer:** Verehrte Damen und Herren! Wir geben heute, und von dem gehe ich aus, die Zustimmung zum Rechnungsabschluss 2005. Dieser Abschluss ist im Zusammenhang mit dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes zu beurteilen und zu diskutieren. Wir beschließen heute kein Budget, wir beschließen heute keine Formalitäten, wir beschließen einen Rechnungsabschluss, der den Budgetvollzug 2005 ein äußerst gutes Zeugnis ausstellt und dem wir unsere Zustimmung geben.

Der Rechnungshof überprüfte den Abschluss 2005 und analysierte dabei die Haushalts- und Finanzsituation des Großbetriebes Land Oberösterreich und die Entwicklung des Sozialbudgets. Die Haushaltsrechnung ist bei Einnahmen und Ausgaben von jeweils 4.132,4 Millionen Euro ausgeglichen, wobei 244,5 Millionen Euro aus der Haushaltsrücklage dazu beitrugen, die bereits im Vor- und Nachtragsvoranschlag eingeplant waren. Und dazu stellt der Landesrechnungshof fest, dass seiner Meinung nach aus Liquiditätsgründen im Jahr 2007 neue Rücklagen durch Vermögensveräußerungen aufzubauen sind, Darlehen aufgenommen werden müssten oder die Ausgaben zu reduzieren sind.

Im Sozialbudget wird festgestellt, dass das Land Oberösterreich in den letzten drei Jahren Ausgaben von zusammen knapp einer Milliarde Euro tätigte, vorwiegend für den Behindertenbereich und der allgemeinen Sozialhilfe. So stiegen diese Ausgaben seit 2003 um durchschnittlich 10,7 Prozent. Berücksichtigt man die 45 Prozent Umlagen der Sozialhilfeverbände und der Statutarstädte wurde der Landeshaushalt in den Jahren 2003 bis 2005 mit insgesamt 550 Millionen Euro belastet. Dazu stellt der Landesrechnungshof fest, dass seiner Meinung nach der zunehmenden Belastung des Landeshaushaltes im Sozialbereich entgegen gewirkt werden muss. Um die Grenzen der Finanzierbarkeit nicht zu überschreiten, sollten Ausgabensteigerungen soweit wie möglich reduziert werden. Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert im Sozialbereich das Leistungsangebot zu überdenken, Prioritäten zu setzen und nach zusätzlichen Einnahmen zu suchen.

Bezüglich des Nichterreichens des Beitrages zum österreichischen Stabilitätspakt verwies selbst der Landesrechnungshof darauf, dass sich die Aufwendungen für die Flutkatastrophe 2002 mit 27,3 Millionen Euro für das Land belastend zu Buche schlugen. Der Landesrechnungshof stellt unter anderem weiters fest, dass das Land Oberösterreich über eine solide Finanzsituation verfügt und dass es gelungen ist, die Ausgaben des Landes gegenüber dem Vorjahr zu vermindern.

Werte Damen und Herren, es ist erfreulich, dass der Landesrechnungshof die Finanzpolitik von Landeshauptmann Dr. Pühringer erneut bestätigt und in Zeiten, in denen so manches europäische Land die Steigerungsraten der Neuverschuldung nicht in den Griff bekommt, ist die vorausschauende und nachhaltige Budgetpolitik des Landes Oberösterreich keine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus gibt es im oberösterreichischen Landesbudget eine Rekordinvestitionsquote von 22 Prozent oder 850 Millionen Euro, ein nichtunerheblicher Beitrag zur weiteren Belebung der Beschäftigungssituation. Zum Beispiel Bildungsoffensive, Vorfinanzierungen von HTL-Bauten und zusätzliches Sanierungsprogramm für Pflichtschulen, Spitalsoffensive wurde im Jahr 2005 fortgesetzt, die Verkehrsinfrastrukturoffensive, Generalsanierung des Tunnels Hallstatt, Umfahrungen Nettingsdorf, St. Georgen, Enns, Grünburg, Traunkirchen, Altheim, Dietachdorf, Nahverkehrsdrehscheibe Linz, Einbindung der LILLO in den Hauptbahnhof und so weiter und natürlich der Weiterbau der dezentralen Forschungs- und Technologieinfrastruktur, um nur einige zu nennen.

Mit diesen Berichten setzen sich der Finanz- und Kontrollausschuss in den letzten Sitzungen auseinander. Dabei wurden Empfehlungen des Landesrechnungshofes diskutiert und größtenteils zur Kenntnis genommen. Verehrte Damen und Herren, Prüfungsfeststellungen kann man immer diskutieren, akzeptieren oder in Frage stellen, aber eines muss entschieden zurückgewiesen werden, dass in Presseberichten der Eindruck erweckt wird, das Land Oberösterreich geht mit seinen Mitteln nicht sparsam und wirkungsorientiert um. Dass die kommenden Jahre eine finanzpolitische Herausforderung bzw. eine Gradwanderung werden, ist uns bewusst. Die ÖVP wird den Berichten zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Mag. Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und werte Kollegen des Landtags! Wenn wir wollen, dass Gemeinden, Land und Bund, weiterhin investieren können, wenn wir wollen, dass unsere Kinder die bestmögliche Ausbildung haben und wenn wir wollen, dass alle sich die bestmögliche Versorgung leisten können ohne auf die Geldtasche schauen zu müssen, dann muss die Steuerbasis gesichert sein und ich hoffe, da haben wir hier herinnen ein gleiches Bild. Dazu muss es aber auch so sein, dass internationale Konzerne, die horrenden Gewinne haben, wieder Steuern zahlen, und dazu muss es auch so sein, dass diese unglaublichen Massen, die an Spekulationsgeldern täglich hin- und hergeschoben werden, endlich wenigstens einer geringen Besteuerung unterzogen werden.

Und im Übrigen Herr Klubobmann Steinkellner, man könnte diese Gelder zum Beispiel dazu verwenden, andererseits die Lohnsteuer zu senken, denn die Forderungen nach Senkung der Lohnsteuer sind absolut berechtigt.

Und Herr Klubobmann Strugl, Sie haben vollkommen Recht, die Spekulationsgeschäfte, die in der BAWAG betrieben wurden, haben unglaubliche Konsequenzen gehabt. Und es ist hoch an der Zeit, dass hier endlich einmal die Handschellen klicken bei denen, die das zum Teil unter krimineller Absicht offensichtlich verursacht haben. Aber sehen Sie nicht, dass wir auf einem Spekulationspulverfass sitzen, dass es halt jetzt die BAWAG erwischt hat, und zwar in erster Linie öffentlich erwischt hat, denn Sie können ruhig einmal nachfragen wie es denn in der Raiffeisenbank ausschaut, was da an Verlustgeschäft gemacht wurde. Und Sie sollten vielleicht auch nicht, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das ist aber ungeheuerlich, was Sie da sagen, eine Generalisierung und Pauschalisierung. Es sind ja nicht alle Gauner in Österreich. Wo sind wir denn?") ich habe gesagt, fragen Sie nach. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Das ist ja ungeheuerlich!" Zwischenruf Abg. Prä-

sidentin Orthner: "Da ist ein Unterschied, ob ich es ..!") Fragen Sie trotzdem nach. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Beweise!") Fragen Sie nach in der Raiffeisenbank, Herr Landeshauptmann. Nein, ich habe überhaupt nicht das Ziel, jetzt eine heftige Auseinandersetzung zu führen, sondern ich (Unverständliche Zwischenrufe) möchte darauf hinweisen, (Zwischenruf Abg. Weinberger: "In der Gemeinderatssitzung sagt man: Zur Sache!") genau, zur Sache, ich möchte darauf hinweisen, dass wir auf einem Spekulationspulverfass sitzen und dass es hoch an der Zeit ist, dass gegen diese Spekulationsgeschäfte etwas unternommen wird auf mehreren Ebenen, unter anderem auf der Ebene der Finanztransaktionssteuer.

Und im Übrigen, dass man nicht über die Kärntner Landesbank, die ebenfalls im Vergleich zur Größe der Bank im selben Ausmaß Spekulationsverluste gemacht hat, ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass in der Muttergesellschaft dieser Bank die Frau des Herrn Wirtschaftsministers sitzt und der Herr Bauernbunddirektor und der Herr Ex-ÖVP, (Zwischenruf Landesrat Abg. Steinkogler: "Da ist aber nichts gestohlen worden!") in der Muttergesellschaft, wenn Sie es genau wissen wollen, Herr Landeshauptmann. In der Muttergesellschaft der Hypo-Alpe-Adria sitzt in der Grazer Wechelseitigen nämlich, sitzt die Frau des Herrn Wirtschaftsministers, sitzt der Herr Bauernbundpräsident Grillitsch und (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Aufsichtsrat oder was?") im Aufsichtsrat der Muttergesellschaft und der Herr Ex-ÖVP Riegler und wenn Sie mich nicht unterbrechen, rede ich kürzer. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Die waren aber nicht in der Karibik mit die Milliarden!") Zwischenruf Abg. Präsidentin Orthner: "Wohnen auch nicht in Penthäuser!") Es wurde verspekuliert im selben Ausmaß. Was ich nur damit sagen will, ist, es ist höchst an der Zeit, dass hier entsprechend gehandelt wird.

Und zurück zu unserem Rechnungsabschluss, und wir wissen alle, wenn die Steuereinnahmen gering sind, dann schränkt die öffentliche Hand Leistungen ein. Was heißt einschränken öffentlicher Leistungen? Beispielsweise heißt das dann eben öffentliche Schulen haben immer weniger Geld letztendlich zur Verfügung, die Menschen müssen sich Privatschulen leisten, heißt letztendlich immer mehr Selbstbehalte im Gesundheitssystem anstatt bestmögliche öffentliche Versorgung für alle. Und diese Privatisierung öffentlicher Leistungen, meine Damen und Herren, wird nur dazu führen, dass sich Reiche alles leisten können und jene, die weniger verdienen für ihre Kinder, (Zwischenruf Abg. Dr. Brunmair: "Beispiele?") die Beispiele, die gebe ich Ihnen gerne. Es wird nur noch länger dauern, wenn Sie das möchten. Eines nach dem anderen kann ich Ihnen zeigen. Zum Beispiel wird auf der medizinischen Privatuniversität in Salzburg bereits eine Studiengebühr von 8.500 Euro im Jahr verrechnet. Wissen Sie wer dort sitzt? Keine Kinder von Arbeitern, keine Kinder von mittleren Angestellten, nur die Kinder von den Gutbetuchten. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "BAWAG-Kinder!")

Es gibt in dieser Richtung der Beispiele genug. Wir stehen für so eine Art von Politik sicherlich nicht zur Verfügung, wir werden nicht müde werden, das aufzuzeigen. Wenn Sie wieder ruhig sind, wird es kürzer, ich verspreche es. Ich habe keine Redezeitbeschränkung. (Zweite Präsidentin: "Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte der Rednerin zuzuhören!") Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Wenn Sie zur Sache spricht, horchen wir zu!") Es ist nicht so, dass die Steuereinnahmen dann generell zurückgehen, es werden schon noch Steuern bezahlt, nur schauen Sie sich die heutigen Pressemeldungen an, wer die Steuern bezahlt. Es sind die Arbeitnehmer und die kleinen Selbständigen. Die bezahlen die Steuern, die großen Konzerne bezahlen kaum mehr Steuern. Und wir haben mittlerweile eine geringere effektive Körperschaftssteuerbelastung, also Gewinnsteuerbelastung wie das in der Slowakei der Fall

ist, weil die österreichische Bundesregierung die Körperschaftssteuer noch einmal drastisch gesenkt hat.

Und es muss Schluss sein, meine Damen und Herren, es muss Schluss sein mit dem internationalen Steuerwettbewerb, wo sich die Länder untereinander unterbieten, wie sie denn noch günstiger bei ihren Steuersätzen internationale Konzerne locken. Und so kommt ein Ringelspiel in Gange. Wenn damit nicht Schluss ist, wird unsere Steuerbasis absolut ausgehöhlt.

Und auch an die Adresse der Unternehmen: Ich weiß nicht, ob sie mehr davon haben unsere kleinen und mittleren Unternehmen, dass ihnen die Körperschaftssteuer gesenkt wurde oder ob sie nicht mehr davon hätten, wenn die öffentliche Hand mehr investieren könnte. Denn dann haben sie Aufträge und leben tun die Unternehmen von den Aufträgen und Gewinne machen sie von den Aufträgen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir beschließen heute den Rechnungsabschluss und wir wissen, dass die Rücklagen wahrscheinlich im Jahr 2007 aufgebraucht sein werden. Im Rechnungshofbericht wird verlangt, dass entweder Ausgabenkürzungen oder Mehreinnahmen gemacht werden. Da verstehe ich nicht, dass die ÖVP es ablehnt, dass mit dem Steuerwettbewerb Schluss sein soll.

Alle drei Initiativen, die wir eingebracht haben, Körperschaftssteuervereinheitlichung auf EU-Ebene, Finanztransaktionssteuer und Herausnahme öffentlicher Investitionen aus der Defizitberechnung hat die ÖVP grundsätzlich abgelehnt. Sie sagen jetzt, Herr Mag. Strugl, bei den Finanztransaktionen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Das ist völlig falsch! Wann haben wir das abgelehnt?") Abgelehnt, mit uns einen Antrag einzubringen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Wir haben es nicht unterschrieben, weil wir inhaltlich... Sind Sie nicht unkorrekt!") Sage ich ja gerade, nur bei den Finanztransaktionen. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Auch bei den anderen beiden!") Auch bei den anderen beiden. Also, das heißt, wir können davon ausgehen, dass die anderen beiden Anträge, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Diskutieren!") wenn man sich bei Verhandlungen trifft, entsprechend einreicht. (Zwischenruf Abg. Mag. Strugl: "Selbstverständlich!")

Denn ich würde nicht verstehen, Herr Landeshauptmann, ich würde nicht verstehen, (Zwischenruf Abg. Dr. Fraiss: "Wäre gar nicht in den Ausschuss gekommen, wenn nicht von uns und der FPÖ unterschrieben worden wäre!") Zwischenruf Landesrätin Dr. Stöger: "Zu tief ist das einer Frau gegenüber!" Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Wissen Sie, was sie mit Raiffeisen aufgeführt hat, da vor Publikum? Das ist tief, Frau Kollegin!") Fragen Sie nach. (Zweite Präsidentin: "Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Kollegin Jahn ist am Wort!")

Herr Landeshauptmann, was sind denn die Kampagnen der ÖVP mit den roten Bossen und mit dem, wir können nicht wirtschaften? Wo sind denn da die Untergriffe? Wenn wir von Untergriffen reden, dann schauen Sie einmal, welche Sie da machen.

(Zwischenruf Abg. Mag. Stelzer: "Konsum, BAWAG!") Aber zurück zur Sache. 7.200 Konkurse pro Jahr. Das sind üblicherweise Wirtschaftsbundmitglieder. (Zwischenruf Erste Präsidentin Orthner: "Das ist ungeheuerlich!") Wir können, wenn der Herr Stelzer... (Unverständliche Zwischenrufe) Sehen Sie. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Da können 10.000 Kleine in Konkurs gehen, was ein Konsum veranlasst hat!") Ja, aber dann hören Sie doch auf damit, ständig herzugehen und zu sagen, Konsum und BAWAG. Schauen Sie doch an, was auch im privaten Bereich passiert. Da passiert sehr viel. Also, wenn Sie angreifen,

dann erwarten Sie, dass ich hier stehe und sage, danke. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Konkurse sind Privateigentum und das war Eigentum einer ...!") Und was ist da für ein Unterschied, ob da oder dort schlecht gewirtschaftet wird, frage ich. Das kostet alles Arbeitsplatzplätze.

Aber zurück, meine Damen und Herren, zu unserem Rechnungsabschluss. Was ich nicht verstehen würde und ich hoffe, es kommt wirklich dazu, dass es hier eine gemeinsame Vorgangsweise gibt, wenn der Antrag auf Herausnahme langfristiger Investitionen aus der EU-Defizitberechnung auch abgelehnt würde oder dem nicht näher getreten würde, Herr Landeshauptmann. Denn Sie sind es ja selber, der immer wieder sagt, dass das eine zweckmäßige Maßnahme wäre. Und auch wenn der Herr Finanzminister sagt, das macht er nicht so gerne, weil das dann den Defizitländern, den notorischen, so genannten notorischen Schuldner alle Möglichkeiten eröffnen würde, ja dann kann ich nur sagen, die Deutschen haben zum Beispiel nicht so notorisch alle Maßnahmen der Bilanzgestaltung ausgenützt, wie das etwa in Österreich der Fall ist.

Ich glaube, es ist wirtschaftlich unsinnig, herzugehen und zu sagen, o. k. wir nehmen zwar die Investitionen nicht aus der Defizitberechnung heraus und dafür verstecken wir das aber, nämlich indem Kredite von anderen aufgenommen werden, indem man Betriebe ausgliedert und die nehmen dann die Kredite auf, indem man immer mehr PPP-Modelle, also Public-Private-Partnerschafts-Modelle macht, wo die Privaten die Kredite aufnehmen und dann dem Land und den anderen öffentlichen Körperschaften sehr hohe Zinsen verrechnen, weil ein privater Betrieb üblicherweise mehr Zinsen zahlt als das ein Land zahlen würde.

Das kann doch nicht der Preis sein nur dafür, dass man sagen kann, wir haben als Land keine Finanzschulden. Das ist auch teurer für den Steuerzahler und für die Steuerzahlerin, meine sehr geehrten Damen und Herren. Teurer, das stellt sogar der Bundesrechnungshof fest. Und ich glaube, es ist hoch an der Zeit, dass diese Goldene Regel der Herausnahme der Investitionsmaßnahmen aus der Defizitberechnung endlich umgesetzt wird und es weiß auch jeder und jede in Österreich, dass ein Kanal, der 30 Jahre hält, nicht von den Einnahmen aus einem Jahr bezahlt werden kann.

Ich bitte Sie, setzen Sie sich dafür endlich ein und unterstützen Sie daher auch unseren Abänderungsantrag zum Finanzausschussbericht. Wir wollen, dass die Punkte Ausgabenkürzungen bei konsumtiven Maßnahmen und Ausgabenkürzungen beim Sozialbereich herausgenommen werden, weil wir uns nicht vorstellen können, dass in Zeiten wachsender Armut und wachsender Arbeitslosigkeit zunehmend Leistungen gekürzt werden, und hohe Arbeitslosigkeit, (Unverständlicher Zwischenruf) na vorgestern ist das erste Mal ein effektiver kleiner Rückgang herausgekommen, aber hohe Arbeitslosigkeit werden Sie gelten lassen, Herr Landeshauptmann, nicht? (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Aber sicher nicht in Oberösterreich! 3,3 %!") Auch in Oberösterreich haben wir eine 50%ige Zunahme seit 2002, auch wenn das niedriger ist als woanders. Naja, dann schauen wir uns das nachher an. Wir machen das, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Schaut, dass ihr euren Bereich in Ordnung habt!") Wir machen das, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Gewerkschaft ist Saustall! Alle gefährdet, wo ihr die Hand drinnen habt!") Machen Sie sich um uns die wenigeren Sorgen, Ihnen kann es ja nur recht sein, wenn wir geschwächt werden. (Unverständlicher Zwischenruf)

Ich ersuche Sie, dem Abänderungsantrag zuzustimmen. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Kann man das wiederholen?") Ich hab es nicht gehört. (Zweite Präsidentin: "Ich darf bitten, dass

die Kollegin Jahn jetzt fertig spricht.") Ich hätte es gerne wiederholt, weil ich habe es nämlich nicht gehört. (Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ich ersuche unmittelbar, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, ich ersuche, entweder von dieser Aussage unverzüglich Abstand zu nehmen mit dem Bedauern, sonst ersuche ich um Unterbrechung!") Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Ich habe von der Gewerkschaft geredet und was dort in der BAWAG und Gewerkschaft und in der Umgebung passiert und sage Saustall dazu, was in der BAWAG und Gewerkschaft passiert ist!", Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Überall, wo die die Hand drinnen haben!" Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl: "Dazu bekenne ich mich!" Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Dann ersuche ich um Unterbrechung. Ich möchte bitte das Protokoll haben, eine wortgetreue, was der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hier gesagt hat!")

Zweite Präsidentin: Gemäß unseren Gepflogenheiten werde ich, so wie wir das auch in der Vergangenheit immer gemacht haben, jetzt die Sitzung unterbrechen und ich bitte, die entsprechende Passage des Protokolls zur Verfügung zu stellen.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.48 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 14.05 Uhr)

Zweite Präsidentin: Ich darf als Erste Frau Kollegin Mag. Jahn um ihre Wortmeldung bitten.

Abg. **Mag. Jahn:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich werde nicht mehr viel dazu sagen. Mein Ersuchen war, unserem Abänderungsantrag zuzustimmen. Was die Sitzungsunterbrechung anbelangt, ziehe ich die Aussage, das sind üblicherweise Wirtschaftsbundmitglieder, hiermit zurück.

Zweite Präsidentin: Danke. Als Nächstem darf ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl das Wort erteilen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Daraufhin ziehe ich meinen Zwischenruf zurück. (Unverständliche Zwischenrufe links. Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Darf ich das schon sagen, zur Geschäftsordnung!")

Zweite Präsidentin: Zur Geschäftsordnung, bitte Herr Klubobmann.

Abg. **Dr. Frais:** (von seinem Sitzplatz aus) Ich darf dich bitten, genau zu sagen, was du zurückziehst. Nach der Landtagsgeschäftsordnung ist die Aussage zurückzuziehen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Meine Formulierung mache ich mir noch selber; die habe ich auch selber gemacht.

Abg. **Dr. Frais:** Aber was ziehst du dann zurück, bitte?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Den Zwischenruf, so wie ich es da gesagt habe.

Abg. **Dr. Frais:** Den hat ja niemand gehört.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Dann ist es eh kein Problem.

Zweite Präsidentin: Wir setzen in der Rednerliste fort und ich darf als Nächstem Herrn Klubobmann Trübswasser um seine Wortmeldung bitten.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit wieder auf den Rechnungsabschluss des Jahres 2005 und auf die Initiativprüfung des Rechnungshofs lenken. Ich denke, wir haben sehr ausgiebig über den Rechnungsabschluss 2005 gesprochen, und ich verhehle nicht, dass es nicht ganz so einfach war, mit den vorhandenen Mitteln ein Budget zustande zu bringen, das nicht nur die breite Mehrheit dieses Landtags gefunden hat, was ja auch nicht so selbstverständlich ist, sondern auch ein Budget, das ganz deutliche Akzente setzt.

Wir haben deutliche Akzente gesetzt im Bereich der Beschäftigungspolitik. Wir haben deutliche Akzente gesetzt im Bereich der Umweltpolitik. Wir haben wichtige Projekte in Angriff genommen, was die Ökonomie betrifft, und nicht zuletzt eigentlich das größte Vorhaben in dieser Legislaturperiode, das Sozialbudget wiederum auf eine Höhe gebracht um zu ermöglichen, dass in diesem Land Projekte realisiert werden, von denen andere Bundesländer tatsächlich nur träumen können. Wir sind im Bereich der Behinderten- und Altenpolitik in einer Art und Weise voran gekommen und haben es ermöglicht, dass hier Maßnahmen gesetzt werden, die tatsächlich in ihrer Bedeutung von anderen Bundesländern und anderen Ländern auch wahrgenommen werden.

Wir haben angesichts der schwierigen Budgetsituation ich darf erinnern, dass wir nicht nur Einnahmeherausfälle gehabt haben, die jetzt hauptsächlich durch Bundessteuern hervorgerufen wurden und nicht durch Landesabgaben. Ich darf zur Kollegin Jahn sagen, dass natürlich die steuerliche Hoheit des Landes eine sehr begrenzte ist und wir nicht die Einnahmeherausfälle, die durch verringerte Bundesabgaben entstehen, nicht ausgleichen. Das, glaube ich, muss man auch an der Stelle sagen. Wir diskutieren auch hier das Landbudget in erster Linie, aber wir haben mit Sicherheit mit dem vorhandenen Geld ein Optimum erreicht. Das kann man getrost sagen.

Jetzt gibt es eine Prüfung des Rechnungshofs, wo ich natürlich anerkenne, dass der Rechnungshof, und das ist auch seine Aufgabe, alles ausloten muss, was zu einer Budgetausgeglichenheit führt. Ich erwarte mir aber desgleichen vom Rechnungshof und von der breiten Öffentlichkeit, dass gleichermaßen anerkannt wird, dass es in diesem Land einen politischen Willen gibt. Einen politischen Willen, der sagt, wir wollen überproportional dort finanzieren und Geld einsetzen, wo wir es für wichtig erachten. Das sind eben die Bereiche Ökonomie, Soziales, Beschäftigungspolitik. Das sind die drei großen Bereiche, wo wir Geld verwendet haben, das uns natürlich, und das gebe ich zu, a la longue im Budget Schwierigkeiten bereiten wird. Schwierigkeiten insofern, als dass wir diese Investitionen in dieser Höhe einzusetzen uns doch zwingt Gedanken zu machen, wie wir langfristig das Budget sichern werden.

Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass wir erstmals in diesem Land, und das ist auch kein, wie soll ich sagen, kein Versäumnis der derzeitigen Regierung, sondern das ist etwas, was in diesem Land noch nie Platz gegriffen hat, auch eine mittelfristige Budgetplanung in Angriff nehmen werden, weil wir uns auch Gedanken machen, wie es in den Folgejahren weiter geht, um diese Politik, wie ich gesagt habe, sozial, ökologisch, beschäftigungspolitisch, auch weiterhin in der Form offensiv weiterführen zu können.

Es gibt dann einige Empfehlungen im Rechnungshofbericht, die wir in der Form nicht mittragen können oder mittragen konnten. Ich sage vorweg, dass wir ja, und das jetzt im Hinblick auf die Abänderungsanträge, sowohl bei der FPÖ in die eine Richtung und von der SPÖ in

die konträr andere Richtung nicht näher treten werden aus dem Grund, weil wir ja uns sehr ausgiebig mit den Empfehlungen des Rechnungshofs im Ausschuss für Finanzen auseinandergesetzt haben. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Ich stehe dazu, dass wir im Bereich der Ausgaben uns Gedanken machen. Es geht nicht um das Sparen, es geht im Bereich des Sozialen nicht darum, dass wir Kürzungen wollen, sondern es geht darum, dass wir den Bedarf stets neu orientieren müssen. Es gibt immer neue Bedarfslagen; wir haben ja auch in den letzten Jahren immer wieder die Wortmeldungen gehört, wir müssen den Umbau von stationär in mobil schaffen, wir müssen mehr individuell, mobil betreuen und nicht in Einrichtungen. Das ist für mich ein Überdenken des Leistungsangebots, was ja sowieso stets Platz gegriffen hat. Wir tragen nicht mit einer Reduzierung der Steigerungsraten im Sozialbudget, weil wir politisch dazu stehen. Diese Formulierung haben wir aus den Empfehlungen herausgenommen. Ich denke, das reicht und ist ein deutliches Signal eines politischen Willens. Zu dem stehe ich.

Was den konsumtiven Bereich betrifft, so stehe ich auch dazu, dass es hier zu einem Überdenken kommt, aber ich habe ausdrücklich für die grüne Fraktion in Anspruch genommen, dass wir in einer Anmerkung zum Protokoll dargelegt haben, dass es auf keinen Fall zu Einschränkungen der Programme im sozialen und im ökologischen Bereich kommen wird. Das ist angemerkt, zu dem stehe ich. Deshalb können wir dieses ausgabenseitige Sparen in diesem Bereich vertreten. Ich wiederhole noch einmal, wir haben durch diese Protokollanmerkung klargelegt, dass für uns eine Kürzung in den Bereichen Ökologie und Soziales jedenfalls auch im konsumtiven Bereich nicht in Frage kommt. Der konsumtive Bereich ist halt ein großer Bereich des Budget, weit über 30 Prozent, wo wir den ganzen Förderbereich haben und wo sicherlich auch von sparsam im Sinne von sinnvollem Einsatz der Geldmittel gesprochen werden kann.

Ich kann mich auf keinen Fall mit dem Antrag der Freiheitlichen identifizieren, die, würde ich sagen, politisch in eine andere Richtung gehen, und ich kann mir auch nicht vorstellen, dass wir - also wir werden auch nicht dem Abänderungsantrag der SPÖ näher treten, der quasi genau das Gegenteil der Rechnungshofempfehlungen will. Ich will sehr wohl, und das sage ich ganz dezidiert, auch im Sozialbereich die Bedürfnislage prüfen dürfen. Die Bedürfnislage ist, glaube ich, eine ständige, nicht nur eine einmalige, sondern eine ständige Voraussetzung. Wir haben schon mehrfach hier an dieser Stelle auch gefordert einen mehrjährigen Finanzierungsplan im Sozialbereich, ähnlich wie es zum Beispiel im Hochwasserschutzprogramm geschehen ist, wo wir über viele, viele Jahre diesen hohen Investitionsbedarf vorausschauend kalkuliert haben, um ihn eben abzusichern.

Ich erwarte mir das Gleiche auch im Sozialbereich, weil die großen Aufgaben, die auf uns zukommen, die können wir nur bewältigen, wenn wir vorausschauend, nämlich mehrere Jahre vorausschauend sie in Angriff nehmen. Es ist kein Bereich, außer vielleicht im Wohnbau, wo wir eine stabile vorausschauende Wohnbaupolitik beschlossen haben, es gibt sonst keinen Bereich, der so abgesichert ist, sich so kontinuierlich erhöht. Wenn ich daran erinnere, dass wir in dieser Legislaturperiode zusätzlich 150 Millionen Euro im Sozialbereich einsetzen werden, dann ist es wohl nur recht und billig, dass die Mehrheit im Landtag erfahren darf, wo diese Geldmittel eingesetzt werden. Das ist das Ziel einer vorausschauenden Planung. Das hat mit Kürzung, Kollegin Jahn, überhaupt nichts zu tun.

Wir haben, glaube ich, in Oberösterreich in diesem Punkt, wir können nicht alles wett machen, aber in diesem Punkt, Kollegin Jahn, haben wir wirklich die Quadratur des Kreises geschafft. In einer finanziell schwierigen, budgetär schwierigen Lage den Sozialbereich so

auszubauen, ist tatsächlich eine Jahrhundertleistung. Das haben wir auch durch unsere Regierungsbeteiligung, auch durch die Regierungsbeteiligung der Grünen geschafft, ich stehe dazu. Und deswegen haben wir den Vorschlag oder die Empfehlung des Rechnungshofs auf eine Kürzung im Sozialbereich, eine Kürzung der Steigerungsraten nicht zugestimmt.

Wir werden sicherlich in einem angemessenen Zeitabstand auch darüber sprechen, aber in dieser Legislaturperiode ist es politisches Ziel, dazu stehe ich. Deswegen konnten wir dieser Empfehlung nicht beitreten. Im Übrigen, denke ich, gibt der Rechnungshof ein gutes Bild, auch was den Sozialbereich betrifft, wieder. Es ist immer schwierig, gerade den Sozialbereich auch zu analysieren. Es ist ein so weites Feld und es gibt so viele Player in diesem Sozialbereich. Ich erinnere daran, dass wir ja nicht nur den Behinderten- und den Altenbereich haben, sondern wir haben auch die Jugendwohlfahrt, und wir haben auch die Flüchtlingshilfe. Alle diese Aufgaben sind in einer Zeit wie heute enorm wichtig. Ich denke, Transparenz im Budgetvollzug, Transparenz in den Budgetplanung ist etwas, was dieses Haus wirklich einfordern muss, zumal diese Steigerungsraten, diese enormen Steigerungsraten dem Sozialbudget vorausgesagt werden, versprochen wurden und von der Politik durch die Wegnahme dieses Zusatzes in den Empfehlungen des Rechnungshofberichtes garantiert werden.

Ich darf noch die Protokollanmerkung in Erinnerung rufen, was jetzt die konsumtiven Ausgaben, das Sparen im konsumtiven Bereich betrifft. Hier wurde auf Grund meiner Intervention protokolliert, die Zustimmung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass Vorhaben im Umwelt- und Sozialbereich nicht betroffen sind von dem Sparen. Ich denke, das ist etwas, was durchaus vertretbar ist, was wir politisch vertreten und wo wir in dem einen Punkt dem Rechnungshof widersprechen. Ich danke im Übrigen für die Kooperationsbereitschaft des Rechnungshofs, der selbstverständlich seiner Aufgabe auch gerecht wird, immer wieder den Finger mahnend zu erheben, aber ersuche den Rechnungshof auch um Verständnis dafür, dass wir politisch eine Richtung eingeschlagen haben, die wir für diese Legislaturperiode zumindest vertreten und hinter der wir stehen. Ich danke schön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Kepplinger.

Landesrat **Dr. Kepplinger:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer dem Kollegen Weixelbaumer zugehört hat bei seiner Wortmeldung zum Rechnungsabschluss und seiner Qualifizierung, dass der Rechnungshof der Finanzpolitik des Landes ein äußerst gutes Zeugnis ausgestellt hat, der muss ihm eine Fähigkeit bescheinigen, nämlich die Fähigkeit zu einem Vermögen einer sehr selektiven Wahrnehmung.

Der Bericht des Rechnungshofes hat 25 Textseiten und einige Seiten Anlage. Und wenn jetzt diese kritischen Anmerkungen auf der letzten Seite oder auf den letzten Seiten gewesen wären, hätte man sagen können, er hat nicht so weit gelesen. Aber diese Berichte und diese kritischen Anmerkungen, die sind ja in der Kurzfassung auf der ersten Seite. Und ich darf nur ein paar wenige zitieren. 2005 wurde das Maastrichtziel nicht erreicht. In Hinkunft wird es noch schwieriger die vereinbarten Maastrichtüberschüsse zu erzielen. Zum Haushaltsausgleich trugen hauptsächlich Einnahmen aus der Haushaltsrücklage bei. Die Finanz- und Haushaltsreserven waren rückläufig. 2007 wird es aus Liquiditätsgründen zu Vermögensveräußerungen kommen müssen. Die Überschüsse in der laufenden Gebarung gehen zurück. Das Land hätte 335 Millionen Euro mehr Überschüsse erwirtschaften müssen, um den innerösterreichischen Stabilitätspakt zu erbringen. Also nur ein paar Beispiele von realistischerweise kritischen Anmerkungen. Rechnungshöfe sind ja eh üblicherweise nicht dazu da, dass sie Lob verbreiten. Aber die Wahrnehmung, Herr Kollege Weixelbaumer von dir, die

geht dann doch sehr am Sinn des Geschriebenen, am Inhalt des Berichtes des Rechnungshofes vorbei.

Der Rechnungshof sagt aber auch zusammenfassend, das Land verfügt über eine solide Finanzsituation. Das ist ein wörtliches Zitat. Ich möchte diese Qualifizierung des Landesrechnungshofes etwas präzisieren und ich sage, das Land verfügt noch über eine solide Vermögenssituation, aber die Solidität der Ergebnissituation geht immer mehr verloren, jedenfalls dann, wenn man die Kriterien, die der Landeshauptmann als Finanzreferent in nimmer müder Weise in der Öffentlichkeit kommuniziert, wenn man diese Kriterien als Referenz heranzieht.

Und ich möchte das mit ein paar Punkten begründen. Der erste Punkt ist meines Erachtens der wesentliche Punkt. Wir haben auch letztes Jahr schon darüber diskutiert, dass der Saldo der laufenden Gebarung im Landeshaushalt sehr stark zurückgeht. Von über 700 Millionen noch vor wenigen Jahren, auf jetzt unter 300 Millionen mit sinkender Tendenz. Der zweite Punkt, die Ausgaben der Vermögensgebarung, also die Investitionsfinanzierung im Haushalt, ist in den letzten Jahren auch sehr stark zurückgegangen, von über 650 Millionen auf unter 400 Millionen im laufenden Jahr.

Herr Weixelbaumer! Du hast gesagt, im Haushalt würden 850 Millionen Euro Investitionen finanziert. Ich würde dich bitten, dass du mir das erklärst, wie du hier zusammengerechnet hast. Ich komme auf das nicht. Wenn man sich den Querschnitt anschaut, die Ausgaben der Vermögensgebarung, das sind jene investive Ausgaben, die über den Haushalt finanziert werden, sind auf unter 400 Millionen Euro zurückgegangen. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "23 Prozent!") Diese 23 Prozent Herr Landeshauptmann, die sind ein Phantom, die so überhaupt nicht nachvollzogen werden können. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Investquote nach der VRV!") Na die Investquote nach der VRV ist 10 oder 12 Prozent. Um Ihnen das wirklich ganz klar darzustellen, das sind die Ausgaben der Vermögensgebarung, das sind die Investitionen, die über den Haushalt finanziert werden. Es gibt noch andere Investitionen, die außerbudgetär finanziert werden. Aber die können Sie nicht zur Investitionsquote des Landeshaushalts rechnen. Denn wenn Sie bei einer Quote im Zähler etwas dazu rechnen, dann müssten Sie das auch im Nenner tun.

Der nächste Punkt ist natürlich das Stabilitätsziel, das vereinbart wurde. Das wurde um über 360 Millionen Euro verfehlt und wir haben auch einen rasanten Abbau des Saldos Verwaltungsforderungen minus Verbindlichkeiten. Da gab es im Jahr 2005 einen Abbau von 250 Millionen Euro. Wenn man das längerfristig sieht, dann ist das ein Betrag der noch viel größer ist. Wir hatten noch vor fünf, sechs Jahren, bevor die Wohnbauförderungsgelder verkauft wurden, einen Saldo von plus 2,4 Milliarden Euro. Und jetzt haben wir noch 577 Millionen Euro, ebenfalls mit stark sinkender Tendenz.

Soviel zur generellen Beurteilung. Man muss auch ein paar Worte sagen zur Darstellung der Krankenanstalten in Bezug auf die Maastrichtkriterien. Es gab österreichweit im heurigen Frühjahr massive Konsequenzen, die die Europäische Union vorgegeben hat. Es mussten die Haushaltsergebnisse national wieder aufgemacht werden, weil das Verstecken von Verlusten aus den Krankenanstalten über Kredite nicht EU-konform ist. Es mussten um über 1,5 Milliarden Euro die Haushaltsergebnisse nach unten korrigiert werden. Davon war Oberösterreich nicht betroffen, weil zu dieser Maßnahme erst im Voranschlag 2006 gegriffen wurde. Das heißt, wir haben heuer das Problem beim Budgetvollzug, dass wir eine Finanztransaktion in den Haushalt eingestellt haben, über 191,6 Millionen Euro, die so nicht akzeptiert werden kann, weil es eben jetzt diese Entscheidung der Europäischen Union gibt und diese

Kreditvariante herausgekürzt werden muss und als ergebniswirksame Ausgabe im Landeshaushalt darzustellen ist.

Der Rechnungshof weist ja auch darauf hin, dass wir noch ein weiteres Problem haben in der Darstellung, was die Krankenanstaltenfinanzierung betrifft. Das Land Oberösterreich macht schon seit Jahren die Darstellung des Trägerselbstbehaltes auch über eine Finanztransaktion und der Rechnungshof merkt auch zu Recht an, dass er sich fragt, ob diese Form der Darstellung tatsächlich den Kriterien des Systems der europäischen Rechnungslegung entspricht.

Vielleicht ein dritter Punkt, noch einmal zu den Finanz- und Verwaltungsschulden, weil ich die Diskussion, die da schon im Ausschuss geführt wurde, noch einmal anziehen möchte. Herr Landeshauptmann! Sie schreiben in der Unterlage, die Sie uns übergeben haben, dass Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass die langfristigen Verbindlichkeiten, Verwaltungsschulden in Klammer, keine Finanzschulden darstellen, da sie keine Zinszahlungen nach sich ziehen. Ich halte diese Aussage fachlich und sachlich für nicht haltbar, denn es kommt ja letztlich darauf an, wer trägt wirtschaftlich die Zinsen. Und die Zinsen von vielen Maßnahmen, die jetzt in Verwaltungsschulden geparkt sind, trägt auf Euro und Cent das Land Oberösterreich. Und es ist ja nicht entscheidend, wo eine Zinszahlung verbucht wird, auf welcher Finanzposition, sondern entscheidend ist, wer die Zinsen zu tragen hat. Und die Zinsen hat bei vielen dieser Maßnahmen das Land Oberösterreich zu tragen. Und daher ist das so, meiner Meinung nach, fachlich und sachlich nicht haltbar und es muss uns auch bewusst sein, dass wir bei den Verwaltungsschulden ein relativ hohes Risiko einer Zinsänderung haben.

Es wurde heute ja diskutiert über einen Antrag in Bezug auf die Besteuerung von Finanztransaktionen. Und ich glaube, dass es ganz notwendig ist diese Diskussion intensiv zu führen, auf die Bundesebene zu tragen, auf die Ebene der Europäischen Union zu tragen, denn ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es ohne Beitrag von Kapitalvermögen und von Finanzspekulation auf Dauer nicht möglich sein wird, einen soliden Sozialstaat, das europäische Sozialmodell, das glaube ich uns nicht trennt, sondern eher verbindet, dass es auf Dauer nicht möglich sein wird dieses konstitutive Merkmal von Europa, dass wir im Großen und Ganzen im Vergleich zu Amerika oder auch zu asiatischen Ländern haben, dass wir das finanzieren können, ohne dass hier entsprechende Beiträge von Kapitalvermögen und Transaktionen, die ausschließlich der Finanzspekulation dienen, kommen. Das ist glaube ich eine unverzichtbare Forderung, die wir aufstellen müssen.

Und wenn man heute in den Zeitungen liest, dass die Einnahmensituation des Finanzministers günstiger ist als er erwartet hat, dass bis zu Jahresmitte ungefähr 500 Millionen Euro höhere Steuern eingegangen sind und man sich anschaut, wer sind denn die Zahler, die mehr bezahlt haben als budgetiert war, dann sind das die Massensteuern. Wir haben 400 Millionen Euro mehr Lohnsteuereinnahmen, wir haben 400 Millionen Euro mehr Umsatzsteuereinnahmen, macht 800 Millionen Euro. Und weniger erbracht hat die Einkommenssteuer und stagnieren tut auch die Körperschaftssteuer. Und meiner Prognose nach wird die Körperschaftssteuer sogar noch zurückgehen, wenn jetzt die ganzen Jahresabschlüsse fertig sind und dann letztlich wieder neue Vorschriften gemacht werden, die aufgrund der Änderung des Steuersatzes niedriger sein werden.

Ich verstehe daher überhaupt nicht, Herr Kollege Strugl, dass du letztlich im oberösterreichischen Parlament bei diesem Antrag Wahlkampföne angeschlagen hast, denn du weißt ganz genau, dass niemand der SPÖ-Oberösterreich oder des ÖGB in Oberösterreich auch nur

ansatzweise irgend etwas mit der BAWAG zu tun hat. Und es ist daher einfach nicht fair und nicht richtig, wenn wir hier sachlich diskutieren wollen, wir können auch Wahlkampf machen, wenn wir hier sachlich diskutieren wollen, dass du dann in dieser doch sehr polemischen Weise das BAWAG-Thema hier angezogen hast, denn es gäbe ja auch andere Möglichkeiten. Ich werde der Versuchung widerstehen das zu tun. Aber es gäbe auch viele Beispiele, die Ihre Partei betreffen, die man hier anführen könnte. Ich tue das nicht. Ich widerstehe dieser Versuchung. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Jetzt haben Sie es eh schon getan!") Ich habe es nicht getan. Ich habe nur gesagt, man könnte so reagieren. Das tue ich nicht.

Und Herr Landeshauptmann! Abschließend, damit ich nicht falsch verstanden werde. Ich bin da wirklich der Überzeugung, dass es richtig ist, dass wir dynamisch investieren. Ich weiß und ich bin auch der festen Überzeugung, dass diese Investitionstätigkeit in den letzten Jahren auch einen Beitrag dafür geleistet hat, dass die Beschäftigungssituation in Oberösterreich relativ besser ist als in anderen Bundesländern. Das ist überhaupt keine Frage. Was ich glaube und wo ich einfach auch den Appell richte, dass es eine realitätsbezogene und richtige Darstellung gibt. Es muss jede wirtschaftliche Einheit bilanzieren, muss Auskunft geben über die korrekte Finanzsituation. Und es hat keinen Sinn, wenn man Luftschlösser baut, wenn man irgend welchen Phantomen nachjagt. Die werden früher oder später von der Realität zerstört werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nur mit einer Bemerkung auf die Steuersituation eingehen, die die Frau Kollegin Jahn hier angesprochen hat. Ich bin mit Ihrer Meinung, dass Steuerdumping in Europa ein Unsinn ist. Wir brauchen das nicht und wir brauchen das vor allem auch von den Ländern nicht, die in Brüssel 80 Prozent ihres Landesgebietes auf Ziel 1 haben, sich dort in den Fördertöpfen bedienen können und dann womöglich eine Flat Tax mit 15 oder 18 Prozent beschließen und anderen Ländern, die Nettozahler sind, hier Wettbewerbskonkurrenz machen. Da sind wir sicher einer Meinung, dass wir das nicht wollen. Steuerdumping macht keinen Sinn.

Aber man muss auf der anderen Seite auch ehrlich sein und sagen, hätten wir nicht etwa im Bereich der Körperschaftssteuer etwas getan, was uns auch weh tut im Haushalt, das ist keine Frage, hätten wir nicht etwas getan, ich kann Ihnen vertraulich, nicht öffentlich, zwei oder drei große Industriebetriebe in Oberösterreich nennen, die ihr Ausbauprojekt, das sie jetzt in Oberösterreich machen, unter der alten Steuersituation nicht in diesem Lande gemacht hätten. Das ändert nichts daran, dass es uns im Budget weh tut. Aber auf der anderen Seite war es eine Standortnotwendigkeit, war es eine Notwendigkeit, damit wir im Wettbewerb um die Arbeitsplätze in Europa bestehen können. Denn wir sehen ja rund um uns was getan wird.

Und wenn zum Beispiel die Slowakei eine Flat Tax mit glaube ich 16 oder 15 Prozent macht, dann ist das für ein österreichisches Unternehmen ein ungeheurer Anreiz dort zu investieren. Das darf man nicht übersehen. Wir stehen ja nicht in einem wettbewerbsfreien Raum, sondern wir müssen uns dem Wettbewerb in Europa stellen. Daher ist diese Steuerdiskussion nicht eindimensional zu führen, nur aus der nationalen Sicht der Haushalte von Gemeinden, Ländern und Bund, sondern auch im Lichte der europäischen Wettbewerbssituation. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt. Herr Kollege Kepplinger! Ich habe es im Finanzausschuss schon ganz eindeutig gesagt. Wo liegt denn das Finanzproblem der letzten Jahre für die öffentlichen Haushalte? Wobei man bei Oberösterreich, beim Landeshaushalt, wahrscheinlich nicht von einem Problem sprechen wird, sondern von einer Situation. Das Problem liegt darin, dass wir in den Jahren 2002, 2003, 2004 unter dem Strich, wenn Sie es aufsummieren und durch drei Jahre dividieren, auf der Einnahmenseite keinen Zuwachs gehabt haben. Das heißt, dort liegt das Problem. Denn in den selben Jahren haben wir auf der Ausgabenseite Verpflichtungen, die können Sie bei der Einnahmenseite nicht bedienen. Das heißt, Sie kriegen ein Delta. Diese Delta ist unabdingbar. Denn jeder weiß, wenn ich nicht mindestens 2,5 Prozent kontinuierlich Zuwachs auf der Einnahmenseite habe, kann ich den Istzustand nicht fort-schreiben. Das ist ein ganz einfaches mathematisches Beispiel.

Und verschärft hat sich bei uns in Oberösterreich die Dreijahresetappe 2002 bis 2004 durch das Hochwasser, wo wir bis zur Stunde 320 Millionen aus dem Landeshaushalt hineinzahlen mussten. Das Hochwasser war nicht vorhersehbar, da sind wir einer Meinung. Die Einnahmenentwicklung war hinzunehmen und von uns, wo wir auf die Einnahmen keinen Einfluss haben, nicht beeinflussbar. Das ist in Wahrheit die entscheidende Frage.

Wir haben uns dann da gemeinsam entschieden, trotzdem eine investive Ausgabenpolitik zu machen. Da hat Konsens geherrscht. Denn eines sage ich schon, wenn man nicht verteidigt, auch gegenüber dem Rechnungshof oder sonst wo, was die frei verfügbaren Mittel und deren Anwachsen und die Investitionsmittel anlangt, sondern wenn man dann in Frage stellt, ob die Feststellung des Rechnungshofes seriös ist, wenn er sagt, wir haben eine solide Finanz-situation und das interpretiert, dann stelle ich die Frage, meine Damen und Herren Regie-rungsmitglieder, dann müssen wir halt dem Rechnungshof Rechnung tragen und müssen dementsprechend die Ansätze reduzieren. Das ist die Alternative.

Aber dazu sind Sie nicht bereit und sind vor allem die Mitglieder Ihrer Fraktion, Herr Kollege Kepplinger, wenig bereit. Sie haben mir Briefe geschrieben in der letzten Zeit, der jüngste Brief ist vom Kollegen Ackerl, er kommt nicht einmal mit der zugesagten siebenprozentigen Erhöhung aus, begründet, ich stehe da gar nicht da und mache Vorwürfe, er kommt nicht aus. Man kann das nicht tun. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, für das, für das und für das alles brauchen wir mehr, und auf der anderen Seite sagt man, na ja, dass die noch schreiben, das ist solide, so geht das nicht. Man muss sich für einen Weg entscheiden, und diese Frage wird bei der Budgeterstellung zu stellen sein.

Und dann sage ich Ihnen ganz offen. Man darf Feststellungen auch aus den Vergleichen ziehen. Ich habe es schon im Finanzausschuss gesagt. Wenn das Land Oberösterreich sich nur in dem Ausmaß verschulden würde, wie die österreichischen Gemeinden im Durch-schnitt, nicht die schwer verschuldeten oder die großen Städte oder sonst irgendwer, nur die Gemeinden im Schnitt, dann dürften wir 2,4 Milliarden Euro Schulden haben, dann würden wir mit den Gemeinden auf einer Ebene, was die Verschuldenslage anlangt, stehen. Sie kennen das Bild, ich brauche es nicht länger ausführen, ich glaube, die Feststellung des Rechnungshofes, dass wir solide Finanzen haben, ist eine berechtigte und richtige Feststel-lung. (Beifall) Dass wir natürlich was tun müssen, um die hohe Investquote fortzusetzen - am Ende des Jahres werden wir noch ungefähr 250 Millionen Rücklagen haben, aber ab dem Jahr 2008 wird diese Investquote aus dem Budget nicht bedienbar sein - da ist ganz klar eine Entscheidung zu treffen, eine Richtungsentscheidung, die wird uns nicht erspart blei-ben. Sie kennen da meine Meinung, ich brauche die einzelnen Details nicht darlegen. Für mich, Herr Kollege und sehr geehrte Damen und Herren des hohen Hauses, ist eines ganz entscheidend: Welche Effekte erzielen wir im Land?

Und wenn wir heute vor uns liegend die Arbeitsmarktdaten des Juni 2006 haben mit einer Arbeitslosigkeit von nur 3,3 Prozent und 10.700 zusätzlich neuen Arbeitsplätzen gegenüber dem Juni 2005, dann kann unsere Politik nur richtig gewesen sein. (Beifall) Und da tragen wir mit unserer Investitionspolitik im Land und auch in den Landesbetrieben bei, denn die Landesbetriebe investieren heuer aus eigener Kraft weitere 400 Millionen Euro. Da kommen nur 10 Prozent aus dem Landesbudget, 90 Prozent aus eigener Kraft oder aus Drittmittelaufnahme. Das ist auch ein ganz wesentlicher Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze in Oberösterreich. Ich bin gerne bereit, jede vernünftige, solid geführte Finanzdebatte und Wirtschaftsdebatte abzuwickeln. Ich glaube, dass wir an Seriosität nichts missen lassen. Über Darstellungsfragen, Herr Kollege, da gebe ich Ihnen Recht, da kann man immer reden. Aber ich unterstelle meiner Finanzabteilung nicht, die die Darstellung letztlich verantwortet, weil sie sie gemacht hat, dass sie das unseriös tut.

Und zur Frage Verwaltungsschulden kontra Finanzschulden, das bringen Sie ja schon bei jedem Budget vor, daher habe ich ein Gutachten der Statistik Austria eingefordert und die haben das ganz eindeutig belegt, dass diese Definition, die wir in den Rechnungsabschluss aufgenommen haben, korrekt ist. Wissen Sie, das wird Ihnen der Herr Dr. Krenner gerne vorlegen. Nehmen Sie das LDZ her, da zahlen wir jetzt glaube ich 30 Jahre oder 26 Jahre noch Zinsen, alle Jahre knapp unter zehn Millionen Euro. Die haben wir im Haushalt drinnen. Aber zu sagen, das ist eine Verwaltungsschuld von 600 Millionen Euro, der Terminologie kann ich nicht folgen. Die deutschen Voranschlagsverordnungen zum Beispiel haben das nicht, kennen den Begriff der Verwaltungsschuld nicht, sondern die haben die mehrjährige Verpflichtung, die aber nicht schuldenbegründend ist. Wenn Sie sich eine Wohnung nehmen und einen Zehnjahresvertrag abschließen und Sie zahlen monatlich Ihre Miete oder Ihre Annuitäten, wenn es eine Eigentumswohnung ist, dann werden Sie auch nicht sagen, sie sind auf 800.000 Euro verschuldet, sondern werden sagen, ich muss die nächsten zehn Jahre alle Monate 370 Euro bezahlen. Aber zu sagen, dass Sie schwer verschuldet sind deswegen, weil Sie eine Mietverpflichtung auf zehn Jahre eingegangen sind, das wird Ihnen wahrscheinlich nicht in den Sinn kommen. Und genau so unsinnig ist es, wenn wir sagen, weil wir den LDZ-Vertrag haben, haben wir Schulden von ein paar hundert Millionen Euro, weil wir das zurückzahlen müssen, ich glaube, da sollten wir schon seriös bleiben.

Meine Damen und Herren! Wir legen einen Rechnungsabschluss vor, der sich sehen lassen kann. Wir haben das, was andere getan haben, nämlich cashmäßig zu verkaufen und wieder zurückzumieten, nie gemacht. Ich weiß sofort, wie man zu viel Geld kommt. Wenn ich die Krankenhäuser sofort der gespag verkaufe, die Landesimmobilien der LIG verkaufe und so weiter, und das cashmäßig mache, wir haben es nur buchmäßig gemacht, wenn wir das cashmäßig machen, haben wir sofort Geld, die müssen sich das Geld besorgen, wie es zum Teil andere Länder getan haben. Darauf haben wir verzichtet, das wissen Sie ganz genau. Ich bin der Überzeugung, dass wir durch die neu aufgebauten Rücklagen, die ja verkauft werden können, durchaus in der Lage sind, den hohen Investkurs auch in der nächsten Zeit fortzuschreiben. Wo ich Ihnen Recht gebe, Maastricht ist nicht erfüllbar, weder für uns noch für die anderen Länder in dieser Form, wie es derzeit ist. Ich glaube aber, dass der Bund trotzdem durch den Beitrag der Länder und Gemeinden, auch wenn er nicht im vollen Ausmaß fließen kann, die Maastricht-Forderungen, die Brüssel aufstellt, sind ja wesentlich geringer als die, die uns weitergegeben worden sind, erfüllen kann. Wir haben eine solide Finanzgebarung, wir müssen aber schauen, dass wir die in der nächsten Zeit behalten können. Selbstverständlich ist bei den Finanzen immer Vorsicht angebracht, und ich bin der Letzte, der nicht zu einem sehr sorgfältigen Umgang mit dem Steuergeld warnt und motiviert. Ich bitte alle, das zu tun. Ich bekomme nur jeden Tag anders lautende Briefe. Ich bitte, das zu

tun, äußerst sparsam mit den Ausgaben umzugehen und seriös weiterzudiskutieren, wie wir diesen erfolgreichen Kurs der Investitionen und damit der Arbeitsplatzschaffung in Oberösterreich weitergehen können, denn der bedeutet Arbeit und der bedeutet Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesrechnungshof hat festgestellt, dass die Finanzlage in Oberösterreich in Ordnung ist, das ist so, grundsätzlich ist alles in Ordnung. Und jetzt wurde einmal berichtet, was alles gut ist und man sollte aber, wenn man nur den Bericht anschaut, sich auch die andere Seite genauer ansehen. Zum Herrn Landeshauptmann: Anno dazumals, als der Maastricht-Vertrag hier in diesem Haus diskutiert wurde, haben wir dagegen gestimmt und gewarnt, weil damals bereits klar war, dass dieser Vertrag nicht einzuhalten sein wird. Jetzt geht der Finanzreferent heraus, sagt, der war nicht einzuhalten. Was ist das für eine Seriosität, wenn wir Verträge unterzeichnen, mit Beschluss des Landtages sanktionieren und wir wissen, dieser Vertrag ist nicht zu halten? Das ist eine Vorgehensweise, die ist nicht in Ordnung und da erwarte ich mir an und für sich gerade auch vom hohen Landtag Vorbildwirkung, dass Verträge, die wir beschließen, natürlich grundsätzlich auch eingehalten werden sollten. Pacta sunt servanda. Das gilt in jedem Einzelgeschäft, das sollte auch in den großen Finanzgeschäften dieses Landes, in der Republik Gültigkeit haben. Wenn man sich den Bericht genau anschaut, dann warnt der Rechnungshof in zahlreichen Bereichen. Die Überprüfung von Gebarung und Nachweisen zeigte aber, dass einzelne mehrjährige Verpflichtungen des Landes im Rechnungsabschluss 2005 nicht enthalten waren. Also er bemängelt unter anderem die Vollständigkeit des Rechnungsabschlusses. Ich sage, das ist etwas, da kann man jetzt einmal ein bisschen wegschauen, aber grundsätzlich darf es kein Wegschauen geben, ein Rechnungsabschluss hat alle Positionen zu beinhalten.

Zweitens: Von den finanzpolitischen Vorgaben und Zielen wurde im Jahr 2005 das von mir bereits angesprochene Maastricht-Ziel nicht erreicht. Ein Vertrag, den wir beschlossen haben, wo wir offensichtlich jetzt auch zugeben, dass wir gewusst haben, dass wir ihn nicht einhalten konnten, wurde nicht eingehalten. Gleichzeitig wissen wir, und der Rechnungshof weist wieder darauf hin, dass es in Zukunft noch schwieriger sein wird, Maastricht-Überschüsse so wie vereinbart zu erreichen. Die Haushalts- und Finanzreserven waren rückläufig und neue Rücklagen durch Vermögensveräußerungen sind aufzubauen oder man wird Darlehen aufnehmen müssen. Steht alles in dem jetzt von uns zu beschließenden Bericht. Das Land Oberösterreich verfügt über eine solide Finanzsituation. Weiter lautet es, dennoch hat sich in den letzten Jahren der Überschuss aus der laufenden Gebarung durch eher stagnierende Einnahmen und steigende Ausgaben stetig verringert. Und es geht weiter so, und ein Trend verstärkt sich und wird nicht intensiv bekämpft. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass im Nachweis des Jahres 2005 Vorfinanzierungen von drei Straßen- und Brückenprojekten fehlten. Das ist nicht in Ordnung. Und nach Meinung des Landesrechnungshofes muss der zunehmenden Belastung des Landeshaushalts im Sozialbereich entgegengewirkt werden.

Um die Grenzen der Finanzierbarkeit nicht zu überschreiten, sollen die Ausgabensteigerungen so weit wie möglich reduziert werden. Die politischen Entscheidungsträger sind gefordert, im Sozialbereich das Leistungsangebot zu überdenken, Prioritäten zu setzen und nach zusätzlichen Einnahmen zu suchen. Der Landesrechnungshof gibt uns auch eine Anleitung dazu. Diese Anleitung wird dann zerzaust und jede Fraktion sucht sich dann irgendwelche Rosinen. Ausgabenseitiges Sparen im konsumtiven Bereich wird von einer Fraktion abge-

lehnt, ausgabenseitiges Sparen im investiven Bereich wird mehrheitlich abgelehnt, Ausschöpfen von Einnahmemöglichkeiten findet wiederum einen Mehrheitsbeschluss, eine Fraktion lehnt es ab und gleichzeitig wird der Vorschlag des Landesrechnungshofs noch einmal überlegt.

Wenn wir uns ernsthaft mit der zukünftigen Finanzierung aller Bereiche, konsumtiv, investiv, auseinandersetzen wollen, dann haben wir selbstverständlich alle Empfehlungen des Landesrechnungshofes kritisch zu überdenken, anzunehmen und zu überlegen, dass wir nicht eine Schuldenpolitik für die nächsten Generationen hier beschließen und hier zu verantworten haben. Deswegen stellen wir auch den Abänderungsantrag 939, dass, wenn schon der Landesrechnungshof auch gute Aspekte der Finanzpolitik erkennt, aber auch warnt und konkrete Warnungen abgegeben hat, dass alle Empfehlungen aufgenommen werden und von uns wirklich umgesetzt werden. Wir sind nicht in der Lage und in einer Budgetsituation, uns Rosinen herauszuklauben. Wir wissen, dass die Rücklagen verbraucht sind, dass nur durch neuen Verkauf von Wohnbaudarlehen oder anderem Tafelsilber, das noch vorhanden sein wird, die Budgetbedeckung der nächsten Jahre möglich sein wird. Wenn wir hier glauben, den Empfehlungen des Rechnungshofes nicht Folge leisten zu können, dann machen wir eine Politik auf Kosten der nächsten Generation und dafür stehen wir nicht zur Verfügung. Ich ersuche um Annahme unseres Abänderungsantrages, dass alle Empfehlungen des Landesrechnungshofes auch durch den Landtag umgesetzt werden. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Ackerl.

Landesrat **Ackerl:** Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Also wann wer in Österreich und in Europa Politik auf Kosten der nächsten Generation macht, dann sind es die europäischen und der österreichische Finanzminister, die mit ihrer unverantwortlichen Finanzpolitik angesichts der europäischen Wirtschaftsmacht es verabsäumen, dafür Sorge zu tragen, dass für die notwendigen gesellschaftlichen Aufgaben auch die erforderlichen finanziellen Mittel vorhanden sind. (Beifall) Ich habe das Verständnis dafür, dass der Ehegatte von Fiona Swarovski, der in Österreich von Gnaden der ÖVP Finanzminister sein darf, die Interessen der Wirtschaft und der großen Konzerne besonders kennt. Was er nämlich schon weniger kennt, sind die Notwendigkeiten, die die Klein- und Mittelbetriebe haben und besonders die Kleinstbetriebe, von denen wir alle miteinander wissen, dass es ihnen oft nicht besser geht als schlecht verdienenden Arbeitnehmer/innen-Haushalten und wir daher, was Einnahmenfragen betrifft, darüber nachdenken müssen, ob nicht die Einnahmenstruktur der Republik Österreich eine falsche ist und nicht die Ausgabenstruktur des Landes Oberösterreich falsch ist.

Die Ausgabenstruktur ist richtig und ich bin dem Kollegen Trübswasser dankbar für die Erneuerung des Schwurs, ich muss also annehmen, dass es auf jeden Fall in diesem Raum solide Abstimmungsergebnisse für sozialpolitische Aufgabenstellungen gibt, dass die Sozialpolitik des Landes Oberösterreich, die ja bekanntlich seit vielen Jahren, ich bin seit 13 Jahren Sozialreferent, äußerst erfolgreich und anerkannt ist und an der ja viele mitgewirkt haben, Sie selbst beteiligen sich ja auch mit der Schaltung von Inseraten und mit positiven Artikeln daran, in Erfolg versprechender Weise fortgesetzt werden kann.

Selbstverständlich haben wir einen großen Erneuerungsbedarf und dieser Erneuerungsbedarf, der kann nicht so locker damit weggetan werden, dass man sagt, überprüfen wir die Ausgaben und die Leistungen im Budget. Der Herausforderung stellen wir uns ja tagtäglich und wir machen das auch mit der nötigen Verantwortung. Aber ich habe einen sehr strikten Haushaltsvollzug, die Sozialabteilung und die Jugendwohlfahrt arbeiten auf dem Gebiet sehr

gut. Die Problemlagen, die wir allerdings zu bewältigen haben und die Aufgabenstellungen nehmen zu. Die Demografie ist nicht wegzuleugnen und die damit verbundenen Steigerungsraten ergeben sich natürlich aus dem heraus, was an Menschen leben und Bedarfe haben. Und Sie selbst wissen ganz genau, dass Gehaltssteigerungen, die Sie als Abgeordnete haben und die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes bekommen, selbstverständlich auch denen zustehen, die in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen arbeiten. Und alleine die Strukturkosten in den öffentlichen und öffentlich finanzierten Bereichen übersteigen das, was das Land an Einnahmen erzielt hat. Der Herr Landeshauptmann hat richtigerweise es ja gebracht. Wenn die durchschnittlichen Einnahmen die Hälfte dessen maximal betragen, was strukturelle Steigerungen für Lohnaufwände sind, kann man sich also vorstellen, wie in einem Budget, das sehr stark von fixen Ausgaben geprägt wird, für Auswirkungen vorhanden sind.

Und die Diskussion darüber brauchen wir doch nicht führen, wo alles weg gestrichen werden kann, sonst wäre sie ja schon begonnen worden, wenn wir wollen, dass es einen gesellschaftlichen Zusammenhalt gibt. Bis jetzt habe ich aus den Äußerungen der Kolleginnen und Kollegen aller Parteien dieses Landtags in der Regel entnommen, ob hier im Hause oder bei öffentlichen Veranstaltungen, bei Konferenzen und sonstigem, dass Sie am gesellschaftlichen Zusammenhalt interessiert sind und daran arbeiten. Und ob ich mir jetzt die Martina Pühringer anschau oder den Karl Frais, zumindest bei diesen beiden, die führe ich namentlich an, sie sind bei gesellschaftlichen Organisationen führend tätig, die für diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen, und Sie wissen ganz genau, was ehrenamtlich möglich ist und was professionell notwendig ist. Und wir brauchen uns überhaupt da nicht jetzt gegenseitig was erzählen, was man davon nicht tun müsste oder wo man noch was sparen könnte, weil wir sowieso uns sehr bemühen, nur zweckmäßig und sparsam vorzugehen. Aber wir wissen, wenn die Goldhauben ihre Aufgaben nicht mehr so erfüllen können wie sie es machen wollen, wenn die Naturfreunde das nicht mehr so tun können wie sie es machen müssen, und die haben einen minimalen Finanzbedarf im Verhältnis zu dem, was sie einbringen, dann fehlt irgendwann einmal die Möglichkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu haben, weil vieles dabei zu Bruch geht.

Und wenn wir das nicht wollen, und ich habe von eigentlich allen Kräften dieses Hauses, halt mit ihren unterschiedlichen politischen Rhetoriken, es schon gehört, dann müssen wir jenen Gestaltungskräften eine Absage erteilen, die immer wieder erklären, dass man Staat und Steuern, so wie es ist, so nicht braucht und es zu viel ist. Es ist nicht nur nicht zu viel, sondern für die Entwicklungen, die wir vor uns haben, müssen wir dafür Sorge tragen, dass dort, und das ist heute eben richtig angeschnitten worden und wir wissen, von was wir reden, die Finanzspekulationen den meisten Profit bringen, wo eben das, was mit ehrlicher Arbeit zu tun hat, mittlerweile der geringste Teil der Geldfluktuation ist, das meiste Geld durch die Welt schießt und nicht in Arbeitsplätze, in Wirtschaft angelegt wird, dass wir da dafür sorgen müssen, dass Geld daherkommt. Weil die können das nur tun, weil ihnen zu viel Geld zur Verfügung steht, weil die Steuern nicht im erforderlichen Ausmaß einverlangt werden. Und die Steuerwettbewerbe, die es gibt, gehen eindeutig zu Nachteilen des sozialen Sektors, des Bildungssektors und des Zusammenlebens auf. Wir kennen die Infrastrukturen. Schauen wir uns doch Großbritannien an, es ist ja wurscht, welche Regierung zu dem Zeitpunkt regiert hat, wo die Dinge begonnen haben, was wir dort erleben. Wie viel verliert London Wasser im Jahr? Ich glaube 900 Millionen Kubikmeter versickern dort permanent. Ja unvorstellbare Größenordnungen, weil das Kanalnetz und das Wassernetz komplett kaputt ist. Oder wenn man sich anschaut die Stromlieferungskatastrophen, die es gegeben hat, dort wo die ganze Energiewirtschaft privatisiert ist. Es geht um die Frage des gesellschaftlichen Zusammenlebens, des gesellschaftlichen Zusammenhalts, und da muss man sich dafür einsetzen, dass

der Staat eine entsprechende Finanzierung hat, dass er seine Aufgaben wahrnehmen kann. Dann kann nämlich der Rechnungshof aus meiner Sicht in jeder Hinsicht berechnete kritische Untersuchungen über die Notwendigkeit von Aufgaben, über die Durchführung von Aufgaben und über ihre Finanzierbarkeit durchführen, weil es nicht mehr um die Frage des Ob geht, sondern es geht nur um die Frage des Wie. Es geht um die Frage, wie werden notwendige Dienstleistungen, gesellschaftspolitische Aufgabenstellungen in diesem Lande erledigt? Und was ich mir wünschen würde wäre, dass der Oberösterreichische Landtag in seiner Gesamtheit, und auch die Landesregierung, eine Initiative ergreift, dass sich der Finanzausgleich des Jahres 2008 nach den Aufgaben orientiert, und nicht irgendwer irgendwo nach Ansehen seines Geldtascherls und seiner Steuererklärung sagt, was bin ich denn bereit den Gebietskörperschaften zuzugestehen, sondern wo festgelegt wird, dass nach dem dynamischen Aufgabenwachstum, das wir haben, in der Bildungspolitik, in der Behindertenpolitik, im Altenbereich, in gesundheitlichen Fragen, das Gesundheitssystem wird ja nicht deswegen so viel teurer, weil die Leute so viel kränker werden, sondern es wird teurer, weil die Medikamente um so viel besser werden. Und denken Sie nur darüber nach, was der Chefdirigent des Bruckner-Orchesters, alle werden es gerüchtehalber wissen, welche Krankheit er gehabt hat, und wie es ihm jetzt geht, und dann stellen wir nur die Frage, welche Medikamente es mittlerweile gibt, die dazu beitragen, dass krebserkrankte Menschen erheblich besser gesund werden können. Und über die Themen muss man reden. Weil das keine Ausnahmezugänge sein dürfen, sondern die müssen allen Menschen zur Verfügung stehen. Und das kostet halt was, und daher müssen dafür halt auch die Mittel aufgestellt werden können. (Beifall)

Und sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, dass es ein Leichtes ist, einen gesellschaftlichen Zusammenhalt im Staat zu haben, wenn man immer wieder miteinander die Dinge diskutieren kann. Und der Herr Landeshauptmann, habe ich eh gemerkt, wie er sich in Zaum genommen hat, weil er im Zwischenruf zu mir aufgeregter war als nachher, ich glaube, wir müssen den Diskurs auch in jeder Hinsicht führen. Offen natürlich auch mit Worten, ich darf das sagen, weil ich gehöre auch zu jenen, die manchmal grob sind, unter dem Gesichtspunkt, nicht sehr verletzend zu sein, aber offen und mit aller Entschiedenheit und dem Willen fundamental dort zu sein, wo es um die Frage geht, welche gesellschaftspolitische Situation wollen wir haben. Wenn wir uns Sorgen machen, wie es den Kindern und Enkelkindern geht, und es macht sich eine jede Familie, und es ist wichtig, dass man sie sich macht, soll man auch darüber nachdenken, was wir in der jetzigen Zeit nicht falsch machen dürfen, dass wir uns die Sorgen nicht machen müssen.

Es geht nicht um die Frage der Schulden, es geht um die Frage, was haben wir heute zur Verfügung, dass wir Schulden nicht machen brauchen, und da sage ich, für die Aufgaben, die für uns ins Haus stehen, reicht das, was wir haben, so nicht aus. Und es reicht deswegen nicht aus, weil es zu vielen ermöglicht wurde, und zwar nicht denen, die 20.000 und 30.000 und 50.000 Euro im Jahr verdienen, sondern denen, bei denen die Situationen in Millionen und Abermillionen gehen, sich ihrer Verantwortung zu entledigen. Ich würde mir wünschen, dass die großen Konzerne verpflichtet werden, und auch die Großeinkommensbezieher, ihre Steuererklärungen offen zu legen. Wir können es alle tun. Ich würde mir wünschen, dass sie es tun müssen, so mancher von ihnen würde nicht weiß werden dabei, sondern vor Zorn rot anlaufen. Was da Gestaltungsmöglichkeiten nach wie vor vorhanden sind, wo unter dem Strich vom Staat alles gefordert wird, und keine Beitragsleistungen gegeben sind.

Und wenn man schon sagt, drei Betriebe sind in Oberösterreich geblieben, weil es die günstige Körperschaftssteuersituation gibt, wenn ich mich nur recht erinnere, haben wir erst die Woche für einen dieser Betriebe, die da angesprochen wurden, beinahe 10 Millionen Euro Förderung gehabt. Der hat im Jahr 2005 den größten Gewinn seiner Geschichte geschrieben, gehört im Übrigen zu 40 Prozent einer Familie, den größten Gewinn seiner Geschichte

geschrieben, und ich sehe das nicht ein. Ich sehe das absolut nicht ein. Meiner Meinung nach wäre es nett gewesen, wenn die Eigentümer des Betriebes, nicht die Manager, die Manager sind die, die zu den Ergebnissen geprügelt werden, die Eigentümer des Betriebes gesagt hätten, in einer Zeit wie jetzt, wo es uns so gut geht, geben wir unseren Managern den Auftrag, auf Standortförderungen zu verzichten, da reicht es, wenn die Arbeitskräfte gut sind, da reicht es, wenn die Infrastruktur passt. Was anderes brauchen wir von der öffentlichen Hand nicht.

Es ist eine Schande, dass es internationale Unternehmen gibt, die wegen einer Bagatelle im Vergleich zu dem, was sie verdienen, die Staaten quer durch die Welt abräumen, nur weil die Arbeitsplatzsituation für viele Menschen eine äußerst schwierige ist. Und wir hätten als Politiker allgemein die Verpflichtung, und Sie haben sie alle, die Sie da herinnen sitzen, ich höre mir viel von dem an, und lese es mir nach, was Sie sagen und schreiben, eigentlich durch unsere Äußerungen übernommen, dass wir eine Gesellschaft des Zusammenhaltes wollen, wo diese Auswüchse nicht toleriert werden, sondern wo man sagt, der Mehrzahl der Menschen geht es nur gut, wenn alle Beiträge nach ihren Kräften leisten. Wir leisten sie, alle von Ihnen leisten sie, nur von denen sehen wir das nicht. Und in dem Sinn bitte ich auch den Rechnungshof nachzudenken, ob es nicht in Berichten günstiger wäre, auf die Gesamtsituation der Einnahmenentwicklung auch unter dem Gesichtspunkt der Gestaltungsfähigkeit von Bundesebene stärker hinzuweisen. Weil ich erwarte mir, dass 2008 der Finanzausgleich ausverhandelt wird. Und irgendwer aus den politischen Kräften hier herinnen wird wieder in der Bundesregierung mit seine Bundesorganen vertreten sein, dass die Verpflichtung übernommen wird, dass die Länder und Gemeinden gut finanziert werden können, das muss sich aufhören, dass man um die Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben betteln gehen muss. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Strugl.

Abg. **Mag. Strugl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingehen auf das, was der Herr Landesrat Kepplinger gesagt hat, auch deswegen, weil er mich direkt angesprochen hat. Zunächst einmal zum Rechnungshofbericht. Da hast du der ÖVP, namentlich dem Abgeordneten Weixelbaumer, vorgeworfen, dass es eine selektive Wahrnehmung ist, die er hier angestellt hat. Ich glaube, man muss es auch vor dem Hintergrund der Medienkritik sehen, die ja auch stattgefunden hat, und ich sage das jetzt ein bisschen verkürzt, das Land hätte eine lockere Hand bei den Ausgaben und wenig Disziplin, das hätte der Rechnungshof kritisiert. Und ich glaube, es ist schon berechtigt, wenn dann auch in diesem Haus darauf hingewiesen wird, dass der Rechnungshof auch feststellt, dass es hier eine solide Finanzbasis gibt. Du hast es selber auch erwähnt, insofern glaube ich, es wurde sehr wohl ausgewogen dargestellt.

Was der Rechnungshof meiner Meinung nach tatsächlich aufgezeigt hat, ist die Tatsache, dass grundsätzlich die öffentlichen Haushalte heute es schwerer haben, ihre Budgets zu erstellen und zu vollziehen. Denn in Zeiten sinkender Einnahmen und rückläufiger Ertragsanteile und in Zeiten wachsender Aufgaben ist es natürlich gerade für die öffentlichen Haushalte schwieriger, mit dieser Schere, die hier auseinander geht, zurecht zu kommen. Und es ist völlig richtig, wenn gesagt wird, wir werden auch darüber nachdenken müssen, wie wir in Zukunft diese Herausforderung bewältigen werden. Ich sehe es so, dass der Rechnungshof grundsätzlich ein positives Urteil gesprochen hat, aber dass er natürlich auf die Probleme hingewiesen hat. Und der Herr Landeshauptmann hat ja in einigen Details, oder ist auf einige Details auch eingegangen. Insgesamt sind die positiven Auswirkungen auch auf das Land

Oberösterreich ja nachvollziehbar und messbar. Und ich denke, dass ist auch ein gutes Recht, zu sagen, ja, darauf weisen wir an diese Stelle auch hin.

Ich bin auch, so wie der Landesrat Ackerl, dafür, dass wir über diese Fragen einen sachlichen Diskurs führen. Und er ist ja einer der Hauptbetroffenen von Entwicklungen, ich denke an die ganze demografische Entwicklung, wie immer mehr und immer neue Aufgaben gerade von der öffentlichen Hand zu bewältigen sind. Dann möchte ich aber auch dazu sagen an dieser Stelle, wenn man das jetzt hier einfordert, diesen sachlichen Diskurs, so wie mein Vorredner, dann muss es auch möglich sein, dass, wenn man öffentlich diskutiert über die Einnahmenseite, dass dann nicht sofort ein sehr, wie soll ich denn jetzt sagen, auch parteipolitisch konfrontativer Diskussionsansatz gewählt wird von der SPÖ. Ja, habe ich das jetzt so verträglich formuliert? Indem gesagt wird, eine Strafsteuer für die Leute, die ins Krankenhaus müssen, eine Bestrafung der Menschen, die ihre Angehörige in ein Alten- oder Pflegeheim geben, weil beispielsweise ein ÖVP-Politiker gesagt hat, man soll darüber diskutieren, wie es zum Beispiel auf der Einnahmenseite, so wie es das in anderen Bundesländern auch gibt, dass man diese Möglichkeiten prüft. Also, ich bin da sehr dafür, aber wenn man es einfordert, dann muss man auch auf der anderen Seite dazu stehen, dass man auch in diesen Fällen da drauf verzichtet, Inserate zu schalten, wo Krankenhausbetten durchgestrichen werden, und gesagt wird, da wird mit der Gesundheit und mit Leib und Leben gespielt. Das ist halt die Konsequenz daraus. (Beifall)

Meine Damen und Herren! Ich möchte noch darauf eingehen, warum wir die Abänderungsanträge, die vorgelegt wurden, ablehnen werden. Zum einen, die FPÖ hat angeregt, dass alle Empfehlungen des Rechnungshofes angenommen werden sollten. Wir haben im Ausschuss darüber diskutiert, und wir haben uns dafür ausgesprochen, beispielsweise neben der 7-Prozent-Steigerung im Sozialbereich, auch dass bei den investiven Ausgaben nicht gespart wird, weil wir einfach glauben, dass davon sehr wesentliche regionalpolitische Impulse ausgehen. Wir haben das ja auch in Studien entsprechend erhoben, dass zusätzliche regionale Wertschöpfung damit ausgelöst wird, dass zusätzliches Masseneinkommen generiert wird, und dass zusätzliche Arbeitsplätze damit unterstützend geschaffen werden. Und ich halte es für einen Fehler, wenn man dort ansetzt.

Der zweite Abänderungsantrag der SPÖ, der sich auf die Punkte, oder auf die Empfehlungen I. und V. bezieht, auch das möchte ich dazu sagen, wir glauben dennoch, und das halte ich auch nicht für den richtigen Zugang, zu sagen, wir wollen eigentlich gar nicht dem näher treten. Wir sind gezwungen auch darüber nach zu denken, wie wir auch Einsparungen vornehmen können. Es ist dann auch Sache dieses Hauses und auch der Politik darüber nachzudenken, wo geht das? Ich weiß zum Beispiel auch vom Landesrat Ackerl, der selbst auch immer wieder darauf hinweist, dass man ständig, neudeutsch sagt man dazu evaluieren muss, wie die Schwerpunkte richtig gesetzt werden. Und nachdem es nicht eine wundersame Geldvermehrung gibt, muss man eben Schwerpunkte setzen, und ich erlaube mir die Feststellung, dass auch die Begründung des Abänderungsantrages, wo es heißt, in Zeiten steigender Armut und höherer Arbeitslosigkeit, dass wir schon darauf hinweisen, dass Oberösterreich bei der Armutsgefährdung das geringste Potential aller Bundesländer hat, mit knapp über 9 Prozent, dass Oberösterreich bei der Arbeitslosigkeit die beste Situation aufweist mit aktuellen 3,3 Prozent im Juni. Ich weiß, die Diskussionen haben wir oft genug geführt, auch das nicht ein Grund ist, sich zurückzulehnen, das unterschreibe ich auch, aber ich möchte es trotzdem dazusagen, weil ansonsten der Eindruck entsteht, dass ist bei uns eine besondere Situation.

Abschließend gehe ich auch darauf ein, was du, Herr Landesrat Kepplinger, gesagt hast, indem du mir vorgeworfen hast, ich hätte hier Wahlkampftöne angeschlagen. Also, erstens, ich bin ja froh, dass vor mir der Josef Ackerl geredet hat, der über den Herrn Finanzminister gesprochen hat und seine Gattin, also, Geschmäcker sind verschieden, ich hielte das auch nicht unbedingt für die feine englische Art, aber Sie haben applaudiert, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, es ist Ihnen eh unbenommen, aber man soll halt nicht mit zweierlei Maß messen. (Zwischenruf Landesrätin Dr. Stöger: "Das ist ja nicht persönlich!") Und das zweite, nun ja, das ist schon sehr persönlich, nicht, wenn man mit der Frau Swarovski, (Unverständlicher Zwischenruf) ach, darum dürfen wir es, das können Sie ja nicht gemeint haben, Frau Landesrätin. (Unverständliche Zwischenrufe) Also, Politik auf Kosten der kommenden Generationen zu machen, und die ungerecht zu nennen, das ist für mich eine Wertung, ja? Und auch ich bin der Meinung, dass, weil der Herr Grasser die Frau Swarovski geheiratet hat, hätte eigentlich mit der Politik nichts zu tun, aber das habe ja nicht ich gesagt, sondern der Herr Landesrat Ackerl.

Aber ich möchte auf etwas anderes eingehen. Ich habe nicht gesagt, dass Erich Haider mit der BAWAG, oder mit dem, was dort geschehen ist, etwas zu tun hat. Sie können das gerne im Protokoll nachlesen, das habe ich mit keinem Wort gesagt. Punkt eins. Punkt zwei, ich habe hingewiesen auf eine Veranstaltung, die gestern stattgefunden hat, und wo Erich Haider gesagt hat, wir müssen diese Kraft, er meint die Gewerkschaft, zur gemeinsamen Abrechnung mit der Schüssel-Regierung nützen. Ich nehme an, einige von Ihnen werden ja dort gewesen sein, wie dort diese Blöcke über die Bühne gezogen wurden, das ist ja dann auch noch veröffentlicht worden. Also, meine Damen und Herren, das sind für mich Wahlkampftöne. Ich verstehe die SPÖ nicht ganz, die eigentlich, was den politischen Angriff betrifft, ohnedies nicht zimperlich ist, dass hier auf einmal eine besondere Empfindlichkeit gezeigt wird. Und es war der Klubobmann Frais, der vom spekulativen Wettbewerb gesprochen hat, und deswegen habe ich mir den Hinweis erlaubt. Ich habe den Erich Haider nicht in Zusammenhang mit diesen Malversationen gebracht. Ich sage aber etwas anderes dazu. Es war Erich Haider, der in einem Brief behauptet hat, bei all dem, was da passiert ist, ist kein BAWAG-Kunde zu Schaden gekommen. Ich bestreite dies Aussage und kritisiere sie auch, weil ich der Meinung bin, dass eine Staatshaftung von 900 Millionen Euro, die möglicherweise schlagend werden kann, und wenn man sich die Entwicklungen ansieht, die jeden Tag eine neue Dynamik erfahren, dann muss man befürchten, dass es vielleicht auch dazu kommen könnte. Und wenn man gesehen hat die Fotos mit den langen Schlangen vor den Schaltern der BAWAG, wo die Leute, weil sie Angst gehabt haben, ihre Sparbücher abgehoben haben. Und wenn man dann auch noch ins Kalkül zieht, dass das alles zusammen dem Finanzplatz Österreich auch nicht gut getan hat, dann bestreite ich ganz einfach, dass hier kein Schaden entstanden ist. Das erlaube ich mir zu kritisieren, die SPÖ hat in diesem Brief, eigentlich ist die Schüssel-Regierung schuld, das ist für mich nicht nachvollziehbar. Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wenn Sie uns kritisieren, immer wieder, dann müssen Sie es auch aushalten, wenn wir uns erstens wehren, und wenn Dinge, von denen wir glauben, dass sie zu kritisieren sind politisch, dass wir das auch in diesem Haus und von diesem Rednerpult aus machen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Jahn.

Abg. Mag. Jahn: Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Nur ein paar Sätze zu dem, was Sie jetzt am Schluss gesagt haben, Herr Mag. Strugl. Die Staatshaftung ist noch nicht schlagend, und ich denke, wir sollten hoffen, alle miteinander, dass sie nicht schlagend wird. Nur für die Staatshaftung muss die BAWAG ordentlich bezahlen, also, es ist kein Geschenk seitens der Bundesregierung, sie hat das ganz schön teuer hergegeben. Das

andere ist, dass die Schlangen, die vor der BAWAG gestanden sind, die BAWAG wirklich sehr stark an den Rand des Ruins getrieben haben und dass, es war nicht die ÖVP schuld, nur die Aussage des Herrn Bundeskanzlers, es stünde der BAWAG das Wasser bis zum Hals, hat die ganze Situation nicht wirklich besser gemacht, und hat auch dem Finanzplatz nicht genützt.

Ich möchte aber noch einmal zurück kommen, (Unverständliche Zwischenrufe) zurück kommen, möchte noch einmal zurück kommen auf den Rechnungsabschluss, und ein paar Punkte, die hier noch angesprochen wurden. Denn ich denke, die Rede, die Herr Landesrat Ackerl gehalten hat, hat sehr zentral herausgearbeitet, warum es dringend, warum es dringend notwendig ist, dass von den Ländern Druck auf Bund und Europäische Union passiert. Denn es ist nicht so, dass das Landesbudget unabhängig von Bundes- und EU-Budgets und -entwicklungen steht, sondern wir sind davon abhängig, welche Steuereinnahmen es auf Bundesebene gibt und wir sind davon abhängig, ob es auf europäischer Ebene eine Steuerharmonisierung gibt oder nicht. Und ich denke, wenn wir immer zur Kenntnis nehmen, welche Steuerpolitik hier betrieben wird, und wie Herr Landeshauptmann gesagt hat, er ist gegen den Steuerwettbewerb, aber wir müssen halt auch akzeptieren, dass sonst Betriebe abgewandert wären. Was ist denn das für ein Wettbewerb? Das ist ein ruinöser Wettbewerb und natürlich werden die Betriebe das Geld nehmen. Ja, sie wären sehr dumm, würden sie das Geld nicht nehmen.

Nur die Frage, ob sie nicht bleiben würden oder ob man, wenn man sich das Geld anstatt für diese Körperschaftsteuersenkung, wenn man das Geld eingesetzt hätte für Investitionen, hätte das sicher eine ganze Menge Arbeitsplätze in der regionalen Wirtschaft geschaffen. Ich weiß nicht, ob der Saldo so oder so besser ausfällt. Faktum ist, dass es faktische Erpressung internationaler Konzerne auf die Länder gibt und es gibt nur eine einzige Möglichkeit, dass die EU-Staaten hier eine gemeinschaftliche Politik der Steuerharmonisierung machen. Und sie werden das nur tun, wenn der Druck von den verschiedensten Seiten kommt. Und darum ersuche ich alle hier, alle in diesem Saal, die sagen, Steuerwettlauf ist schädlich, es wird die Voraussetzung dafür sein, ob wir die Leistungen, zu denen sich alle hier in Oberösterreich bekennen, in den nächsten Jahren noch leisten können.

Und wenn es um die Frage der Investitionsquote geht oder nicht Investitionsquote: Selbstverständlich haben die Investitionen des Landes Oberösterreich mit dazu beigetragen, dass zusätzliche Beschäftigung geschaffen wurde, nur in zwei Jahren wird das nicht mehr möglich sein, wenn die Rücklagen aufgebraucht sind. Und daher haben wir diese Anträge vorgeschlagen und eingebracht, einbringen dringlich konnten wir nur einen.

Und ich ersuche wirklich alle und insbesondere die ÖVP-Fraktion, nehmen Sie diese drei Themen sehr, sehr ernst und unterstützen sie nicht nur die Anträge, sondern setzen Sie unmittelbar in Gesprächen als Lobbying auf Bundesebene hier Initiativen. Denn es ist dort eine andere Sicht von Steuerpolitik als sie in Oberösterreich passiert. Und wir nehmen es dann halt zu Kenntnis. Die Sicht ist die, und Landesrat Ackerl, wenn er gesagt hat, die Politik von Herrn Grasser geht auf Kosten künftiger Generationen, dann ist das tatsächlich der Fall, wenn er weiterhin sozusagen runterfährt mit der Steuerbasis, was sein erklärtes Ziel ist. Dann werden wir tatsächlich die öffentlichen Schulen nicht mehr so ausstatten können wie das jetzt der Fall ist. (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: "Wir zahlen jetzt die Schulden zurück aus der Kreisky-Politik!") Und dann werden wir selbstverständlich die Gesundheitsversorgung nicht aufrecht erhalten können. Und insofern ist die Frage einer Strafsteuer, ja wie Sie das jetzt angesprochen haben, Herr Mag. Strugl, es kann nicht unsere Politik sein, herzugehen und zu sagen, wir sichern uns Einnahmen von den Menschen, in dem sie mehr Selbst-

behalte bezahlen. Es muss unsere Politik sein, die Steuerbasis zu sichern und das kann man mittlerweile nicht mehr auf Landesebene oder zumindest nicht auf Landesebene alleine. Die Steuergesetzgebung wird woanders gemacht und darum ersuche ich Sie.

Und zuletzt noch zu dem Thema: Wie seriös ist denn der oberösterreichische Landeshaushalt? Natürlich passt das sozusagen wie es erstellt ist. Nur die Frage, sozusagen haben wir Finanzschulden oder Verwaltungsschulden und sind das Schulden oder sind das keine Schulden, das wird ja zur Farce, wenn es nur mehr um die Frage geht, wie stellen wir es dar, damit wir keine Schulden haben? Es ist doch viel wichtiger, herzugehen und zu schauen, welche Maßnahmen können wir setzen, dass wir die Leistungen in den nächsten Jahren erbringen können. Und da komme ich noch einmal auf unseren Antrag zurück, der Herausnahme der langfristigen Investitionen aus der Defizitberechnung. Wenn das gemacht wird, dann haben wir wieder eine Perspektive auch für Investitionen. Und daher bitte ich Sie sehr, sehr eindringlich darum, dem nicht nur nahe zu treten und alles Mögliche herauszuverhandeln, sondern sehr konsequent gemeinsam hier Schritte Richtung Bundesregierung und Richtung EU zu setzen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es ist jetzt niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 938/2006, das ist der Rechnungsabschluss für das Verwaltungsjahr 2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mehrstimmig angenommen worden ist.

Bei der Abstimmung über die Beilage 939/2006, das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen betreffend den Bericht des Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Rechnungsabschluss 2005 des Landes Oberösterreich", werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über die Abänderungsanträge mit den Beilagennummern 958/2006 und 963/2006 sowie dann über den Hauptantrag Beschluss fassen werden.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 958/2006, das ist der von den sozialdemokratischen Abgeordneten eingebrachte Antrag, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 963/2006, das ist der von den freiheitlichen Abgeordneten eingebrachte Antrag, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 939/2006, das ist der Bericht des Landesrechnungshofs über den Rechnungsabschluss 2005 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen zur Beilage 940/2006, das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2005. Ich bitte Frau Abgeordnete Maria Jachs über die Beilage 940/2006, zu berichten.

Abg. Jachs: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2005. (Liest Motivenbericht der Beilage 940/2006.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der hohe Landtag möge beschließen: Der Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der oberösterreichischen Land- und Forstwirtschaft im Jahre 2005, dessen Wortlaut sich aus der Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung vom 29. Mai 2006 (Beilage 915/2006 zum Kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode) ergibt, wird zur Kenntnis genommen.

Dritte Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede und erteile Frau Abgeordneten Jachs, wollen Sie sprechen noch? Ja. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler: "Die Kollegin Peutlberger-Naderer ist als Erste gestanden!") Aha, ich habe mir nur gedacht, weil sie schon da ist. Möchten Sie als Erster? Ja. Gut. Frau Abgeordnete Peutlberger-Naderer ist zu Wort gemeldet.

Abg. Peutlberger-Naderer: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, der Grüne Bericht steht wieder einmal auf der Tagesordnung und wir finden in diesem Grünen Bericht 2005 die Eckpunkte für die oberösterreichische Land- und Forstwirtschaft. Was die Agrarfinanzen der EU betrifft, kann gesagt werden, dass das EU-Budget 2007 bis 2013 eine gesicherte Agrarfinanzierung bringt und dass im Besonderen für das künftige Programm "ländliche Entwicklung Österreich" für den neuen Programmplanungszeitraum eine finanzielle Sonderdotierung kommt, nämlich in der Gesamthöhe von 1,35 Milliarden Euro. Dabei stehen für 2007 bis 2013 insgesamt 3,1 Milliarden Euro für das Programm ländliche Entwicklung zur Verfügung.

Es wird auch berichtet, dass die WTO-Ministerkonferenz mit einem Minimalkompromiss endete und dass eigentlich gegen den Willen der europäischen Bauern das Auslaufen aller Exportsubventionen für Agrarprodukte bis zum Jahr 2013 fixiert wird. Neu in diesem Bericht ist die Passage über die Agrardieselentlastung, die wird erstmals konkret wirksam. Es ist mit dem Jahr 2005 eben die Bestimmung der Agrardieselerordnung erstmals in Kraft getreten und dafür stehen jährlich 50 Millionen Euro als finanzielle Entlastungsmaßnahme im Bereich der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung.

Gentechnik und Landwirtschaft ist immer wieder auch Thema an den Stammtischen im Land. In Oberösterreich ist wegen der kleinstrukturierten Landwirtschaft die Aussaat von gentechnisch veränderten Organismen nicht möglich, ohne dadurch benachbarte Flächen zu gefährden. Das ist uns in jahrelangen Aktivitäten einfach gelungen, dass Oberösterreich hier im Kampf gegen den Anbau und die Aussaat von Gentechnik in der Landwirtschaft europaweit Vorreiter in dieser Frage wurde.

Und Sie, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, haben ja hier auch in der Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in Übereinstimmung aller Parteien mit einem Initiativantrag das Oberösterreichische Gentechnikvorsorgegesetz eingebracht. Wir wissen aus aktuellen Um-

fragen, dass für jeden zweiten Österreicher die Gentechnikfreiheit der Lebensmittel sehr, sehr wichtig ist. Auch die Gentechnikselbstbestimmungsrechte der Regionen sind ein politischer Eckpunkt. Die Mitglieder des freiwilligen Netzwerks gegen GVO-Saatgut und GVO-Pflanzen auf den Feldern setzen auf das Recht auf Selbstbestimmung der Regionen und haben gemeinsame Ziele gesetzt. Und eigentlich ist in diesem Bereich nur das Thema GVE-Futtermittel so ein unausgesprochenes, aber schwelendes Thema. Wenn wir uns das Landesagrarbudget anschauen, dann sichert es durchaus die Ausgleichszahlungen. Das Landesagrarbudget 2006 bietet mit einem Gesamtvolumen von 103 Millionen Euro eine gegenüber dem Vorjahr stabile Finanzierungsgrundlage. Und wir reden ja meist von kofinanzierten Agrarmitteln, aber in unserem Budget sind ausschließliche Landesförderungen in der Höhe von 40,2 Millionen Euro vorgesehen. Das sind 39 Prozent.

Die Agrarstruktur, wir haben ja jährlich im Grünen Bericht eine Fortschreibung der Strukturzahlen und derzeit liegen wir bei den Erwerbspersonen bei einem Anteil in Oberösterreich von 6,8 Prozent und in Österreich bei 4,8 Prozent in der Land- und Forstwirtschaft. Neben-erwerbsbauern sind darin nicht berücksichtigt.

Ich möchte auf eine spezielle Passage aufmerksam machen im Zusammenhang mit GVO-Futtermittel und wie sich das in der Zukunft entwickeln könnte. Bei den Eiweißpflanzen sind die Ackerbohne und die Sojabohne jeweils gewachsen, also sind Flächenzuwächse zu verzeichnen, und das heißt, es wäre ein Marktpotential auch noch für Futtersojabohnen vorhanden. Und ich möchte auch als sozialdemokratische Landwirtschaftssprecherin, dass wir im nächsten Grünen Bericht uns das einmal genau anschauen, dass wir auch analysieren, wie viele Mengen werden denn da importiert, wie schaut das aus mit zusätzlichen Anbaumöglichkeiten, um auch bei den Futtermitteln frei von Genveränderung zu sein. Da gibt es sicher eine Möglichkeit, dass man bei der Futtersojabohne auch gewisse Flächen nutzt.

Ja, wenn wir bei den Strukturverhältnissen sind, die Flächen: Wir haben einen leicht steigenden Bewaldungsprozentsatz. Wir liegen bei 41,2 Prozent. Die Waldfläche in unserem Bundesland hat also um 2.000 Hektar zugenommen. Das Thema Waldökologie ist ein sehr aktuelles. Dazu gibt es viele Beratungen durch die Landwirtschaftskammer. Holz ist wieder attraktiver geworden als Baustoff. Der letzte Winter hat durch den Schneedruck und so weiter ja allerhand Arbeit bei den Waldbauern und auch Einnahmen verursacht.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass wir heute bei einem Großteil der Betriebe sehen, dass die Einkommensbildung aus Kombinationen von landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichem Einkommen bestehen. Und dies macht auch deutlich, dass die notwendige Betriebs- und Einkommensentwicklung differenziert betrachtet werden muss. Wir haben sowohl bei den Strukturdaten als auch bei den Einkommensergebnissen des Grünen Berichtes gesehen, dass unter den bestehenden Rahmenbedingungen und auch insbesondere unter der Einbeziehung künftiger Herausforderungen in der österreichischen und in der europäischen land- und forstwirtschaftlichen Betriebsentwicklung sich einiges tun wird und Einkommenswachstum hier notwendig ist. Ja, die einzige große Frage, die wir uns dann als Politiker stellen müssen, ist, nach 2013, quo vadis Landwirtschaft? Und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Jachs.

Abg. **Jachs:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wie schon gehört, haben wir wieder den aktuellen Grünen Bericht 2005 vor uns. Das ist ein Spiegelbild der Entwicklung in der Landwirtschaft. Er verdeutlicht uns auch wohin sich die Betriebe ent-

wickeln, die Größe der Betriebe sich entwickelt, wie die Beschäftigungszahl in der Landwirtschaft aussieht und welche Erwerbsmöglichkeiten sich auch in der Landwirtschaft in der Zukunft ergeben oder auch tatsächlich passieren.

Und ich habe mir auch hier verschiedene Kapitel angeschaut und möchte hier auch einiges aufzeigen. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass sich die Einkommenssituation der Landwirtschaft im vorigen Jahr wieder verschlechtert hat, dass wir ein Minus vorne stehen haben, besonders in einigen Sparten. Wir sehen auch, dass sich die Betriebe verringert haben, besonders im Nebenerwerbsbereich sind die Betriebe weniger geworden, aber oder das spürt man daran, weil einfach dort die Belastung für die Bäuerinnen und Bauern am höchsten ist, weil es einfach eine Mehrfachbelastung ist, eine Landwirtschaft zu bewirtschaften und dazu noch einem außerlandwirtschaftlichem Beruf nachzugehen oder mehrere Standbeine in der Landwirtschaft zu bewirtschaften.

Wir sehen aber auch, dass die Haupterwerbsbetriebe in einem kleinem Ausmaß gestiegen sind, das heißt, dass Flächen von den Nebenerwerbsbetrieben zu den Haupterwerbsbetrieben gewandert sind. Besonders dann zeigt sich die Schließung der Nebenerwerbsbetriebe, wenn ein Generationswechsel ansteht, weil einfach hier die Belastung nicht mehr weiter auf sich genommen wird oder weil es um anstehende Investitionen geht und die dann nicht mehr getätigt werden und das dann ein Grund für die Schließung auch ist.

Ich habe mir auch die Durchschnittsgröße unserer landwirtschaftlichen Betriebe angeschaut. Die ist noch weit weg von der Durchschnittsgröße in der EU allgemein, möchte ich sagen, und weit weg von Agrarfabriken und Agrarindustrien. Wir haben eine Durchschnittsgröße in Oberösterreich von rund 17 Hektar. Das heißt, die kleinsten Betriebe oder die kleineren Betriebe haben wir in den Bezirken Gmunden, Freistadt und Perg mit rund 12 bis 14 Hektar und die größeren Betriebe im Bezirk Linz, Linz-Land mit rund 25 Hektar. Ich glaube, das sagt schon viel aus über die Struktur der Landwirtschaft in Oberösterreich und auch dann über die Einkommenssituation.

Die Entwicklung der Biobetriebe, möchte ich sagen, ist sehr, sehr positiv. Hier ist auch die Motivation sehr, sehr hoch. Wenn das auch die Konsumenten mehr schätzen würden, dann würden wir noch mehr Biobetriebe haben. Wir haben einen wesentlichen Anteil österreichweit hier in Oberösterreich, was ich sehr erfreulich finde. Ja und ich hoffe und auch die Biobauern selber sehen in der Zukunft eine große Chance und sehen die Zukunft auch positiv, möchte ich sagen.

Mich freut es, dass hier sich auch die Bioverbände zusammengeschlossen haben. Wir haben ja etliche in Oberösterreich gehabt, aber österreichweit noch viel mehr und die haben sich jetzt zusammengeschlossen in den Verband Bio Austria und wollen auch mit einem gemeinsamen Biogütesiegel auf den Markt gehen, glaube ich, was auch sehr, sehr wichtig und wertvoll ist, weil einfach hier der Konsument eine klare Deklaration hat, eine klare Produktauszeichnung. Ich glaube, das ist für den Konsumenten und für die Konsumentin auch sehr wertvoll und wichtig.

Angeschaut habe ich mir auch die Nebenerwerbsbetriebe. Die Hälfte unserer Betriebe bewirtschaften ja ihren Betrieb im Nebenerwerb und hier vor allem sind drei Standbeine vorrangig. Das heißt, das Erste wäre die Direktvermarktung und hier ist der Ab-Hof-Verkauf mit rund der Hälfte am wichtigsten oder am vorrangigsten. Die meisten Produkte werden ab Hof verkauft, aber dann hat sich auch eine neue Schiene aufgebaut, die ich sehr, sehr positiv empfinde, nämlich der Zustelldienst oder Zulieferdienst an den Konsumenten selber oder an

die Gastronomie. Der entwickelt sich sehr, sehr positiv auch. Ja und die Bauernmärkte gibt es noch und sehr wichtig finde ich auch für unsere Kinder und Jugendlichen, dass es die Schulmilch vom Bauernhof direkt in unseren Schulen gibt.

In den Erwerbskombinationen ist nicht nur die Direktvermarktung wichtig, sondern als Nächstes auch das Standbein Urlaub am Bauernhof. Dieses Standbein hat sich auch sehr positiv entwickelt, möchte ich sagen, weil hier das Niveau und das Angebot gehoben werden konnte, in der Ausstattung gehoben werden konnte, in der Qualität gehoben werden konnte. Ich muss sagen, rund jedes elfte Gästezimmerbett in Oberösterreich befindet sich auf einem Urlaub-am-Bauernhof-Betrieb und rund 900 Arbeitsplätze sind damit auch abgesichert, was ja auch nicht unwesentlich ist.

Die dritte wichtige Erwerbskombination in der Landwirtschaft ist die Arbeit im Maschinenring. Zum einen nutzen es viele Bauern für sich selber zur Entlastung und zur Unterstützung ihrer Arbeit am Hof, aber zum anderen ist hier auch ein Einkommen zu erwirtschaften. Ich möchte sagen, unsere Maschinen- und Betriebshilferinge befinden sich im elften Geschäftsjahr und entwickeln sich weiterhin positiv. Gerade dadurch, weil sie einfach neue Betätigungsfelder aufgebrochen haben oder entwickelt haben und die gerade im Bereich des Winterdienstes, im Bereich der Landschaftspflege und im Bereich der Baumpflege. Ich glaube, auch das ist lobenswert zu erwähnen.

Angeschaut habe ich mir auch den Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung. Hier ist vielleicht ein Problem zu sehen, weil wir wissen, wie sich unsere Versichertenzahl entwickelt. Wir haben mehr Pensionistenzahlen, nicht mehr aktive Zahlen als wie einzahlende, tatsächlich aktive Bauern und wir wissen auch, dass die bäuerlichen Familien mehr Kinder haben als andere Familien und die auch im Bereich bis zur Jobfindung, möchte ich sagen, im bäuerlichen Bereich mitversichert sind und sich das auch in den Zahlen zu Buche schlägt.

Aber nichts desto trotz glaube ich, ist unsere Sozialversicherung bemüht, gerade auf Prävention zu setzen. Hier gibt es verschiedene Bereiche, vom Kind und Jugendlichen hin bis zum älteren Menschen, hier präventiv tätig zu sein. Wir haben für Kinder und Jugendliche das Angebot der Kinder- und Erholungswochen mit verschiedenen Schwerpunkten, sei es im orthopädischen Bereich, sei es im Ernährungsbereich oder auch meeresklimatische Aufenthalte für Lungenkrankheiten und andere Atemwegserkrankungen werden angeboten.

Wir haben einen sehr, sehr guten präventiven Bereich für die pflegenden Angehörigen, weil wir hier in der Landwirtschaft einen großen Teil damit beschäftigt haben, dass unsere Bäuerinnen und Bauern ihre Familienmitglieder, ihre älteren Familienmitglieder und nicht gesunden Familienmitglieder zu Hause auf ihren Höfen pflegen. Hier gibt es besondere Angebote für pflegende Angehörige.

Wichtig glaube ich auch, und hier ist auch unsere Sozialversicherungsanstalt der Bauern auch sehr positiv tätig, und zwar in der Rehaberatung, das heißt, dort wo Unfälle auf unseren Bauernhöfen passieren, wird erstens einmal die Sicherheitsberatung groß geschrieben, aber auch im Vorfeld schon groß geschrieben und wird in der Rehaberatung die Beratung so angesetzt, dass betroffene Bäuerinnen und Bauern und weiterhin Bauer und Bäuerin bleiben können. Ich glaube, auch das ist sehr, sehr wichtig, dass wir das Gefühl an unsere Bäuerinnen und Bauern so weiter geben können, dass sie ihre Höfe trotz Handicap auch weiter bewirtschaften können und wir ihnen aus der bäuerlichen Sozialversicherung jede Unterstützung auch zukommen lassen.

Angeschaut habe ich mir, wie sollte es anders sein, auch den Bereich Bäuerinnen. Dort ist die Entwicklung so, dass wir immer mehr Bäuerinnen als Betriebsführerinnen haben. Bekannt ist auch, dass immer mehr Bäuerinnen oder schon seit längerer Zeit die Bäuerinnen aus nicht landwirtschaftlichen Berufen einheiraten und diese Bäuerinnen wollen aber gerade deswegen, weil sie vielleicht aus anderen Berufen einheiraten, dort ein großes Fachwissen haben, dieses Fachwissen auch in der Bewirtschaftung ihrer Höfe haben. Da haben wir in den Bezirken draußen das Projekt "Unternehmerischer Bäuerinnenstammtisch" gegründet. In jedem Bezirk findet das statt und hier werden gerade Jungbäuerinnen mit Fachthemen konfrontiert, mit Fachwissen ausgestattet, damit sie Betriebsentscheidungen richtig treffen können, damit sie auch selbstsicher sind und unsere Höfe auch selbstsicher führen können. Ich glaube, auch das ist ein wichtiger Schritt für die Absicherung unserer Höfe.

Sehr gut finde ich auch die Initiative zur Meisterinnenausbildung, weil ich glaube, eine Meisterinnenausbildung soll unbedingt als notwendiger Berufsabschluss gesehen werden und hier gibt es die wichtigsten Initiativen dahingehend, dass einfach es neue Schwerpunkte in der Meisterinnenausbildung gibt, Schwerpunkte gerade dahingehend in den neuen Standbeinen, die wir in der Landwirtschaft haben. Ich glaube, das ist auch ein ganz, ganz wichtiger Schritt in die richtige Richtung und unterstützt werden wir da von unseren landwirtschaftlichen Fachschulen, von denen wir 19 Standorte in Oberösterreich verteilt in den Regionen haben und die dort sehr, sehr gute Arbeit leisten, was auch die Schüler- und Schülerinnenanzahl einfach beweist. Hier wird wirklich Fachwissen nach neuestem Stand vermittelt und unserer Jugend das Rüstzeug mitgegeben, das sie brauchen für ihre Arbeit zu Hause auf den Höfen und zu Hause in den Betrieben. Ich glaube auch, dass wir mit den Schwerpunkten, die wir in den einzelnen Schulen gesetzt haben, auch auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte nur erwähnen, die einzige Bioschule in Österreich haben wir in Schlägl, Pferdewirtschaft wird in Lambach ausgebildet, Gartenbau in Ritzlhof und ein spezielles Thema der Ausbildung, wo man Landwirtschaft und einen außerlandwirtschaftlichen Beruf nebeneinander lernen kann, findet zur Zeit in Freistadt und in Schlierbach statt. Wird es aber ab Herbst auch in Vöcklabruck und in Katsdorf geben, was ich auch für sehr positiv empfinde.

Ein besonderes Anliegen ist mir, das Projekt oder die Aktivität Genussland Oberösterreich, denn ich glaube, das ist eines der wichtigsten und besten Projekte und Aktivitäten, die wir in den letzten Jahren entwickeln konnten. Es ist schon wichtig, dass die Rahmenbedingungen für unsere Bäuerinnen und Bauern passen müssen, damit sie ihre Betriebe bewirtschaften können. Die Verhandlungen in der vergangenen Zeit waren hier nicht leicht. Wenn wir auf EU-Ebene schauen, wie hier in Verhandlungen das Geld nach Österreich zu unseren Bäuerinnen und Bauern geholt werden konnte, wie schwierig diese Verhandlungen waren, da muss man sagen, es ist wichtig. Aber es ist darüber hinaus genauso wichtig, dass Aktivitäten hier vor Ort in unseren Regionen, in unseren Gemeinden stattfinden, dem Konsumenten bewusst gemacht wird, welchen Schatz er an heimischen Lebensmitteln, welchen reichen Schatz er, welche vielfältige Palette von Lebensmitteln aus der Region er im Land hat und immer wieder darauf hinweisen soll, den Konsumenten, dass es das gibt und hier saisonal noch etwas dazugeben kann, weil er saisonal einfach das verwerten kann, was keine langen Anfahrtswege hat, ist das ein großer Beitrag erstens einmal zum Umweltschutz, zur Klimaretung, weiters aber auch zur Stärkung der heimischen Produkte. Ich glaube, dadurch bekommen die heimischen Produkte wieder einen Wert und ich glaube die Wertschöpfung bleibt dann da bei unseren Bäuerinnen und Bauern. Ich glaube, da ist es auch wichtig und dieser Weg ist auch schon richtig eingeschritten worden, dass wir hier Kooperationen schaffen, Kooperationen gehen mit dem Wirten, mit dem Handel, mit dem Tourismus und ich glaube, es sind hier einfach Netzwerke wichtig. Dies hat unser Genusslandesrat Dr. Josef Stockinger mit soviel Freude und ich glaube auch mit tiefster innerster Überzeugung beschritten, dass

ich ihm nur im Namen unserer Bäuerinnen und Bauern danken kann, aus ganzem Herzen danken kann. (Beifall)

Ich hoffe, dass wir diesen erfolgreichen Weg gerade im Bereich des Projektes "Genussland Oberösterreich" weiter beschreiten können. Ich wünsche das unseren Bäuerinnen und Bauern zu Hause auf den Betrieben. Ich wünsche das aber auch uns, allen Oberösterreichern und Oberösterreichern, weil damit auch die Kulturlandschaft Oberösterreich das bleibt, was es ist. Ich wünsche es auch allen Konsumentinnen und Konsumenten, weil sie dann wirklich heimische Produkte auch weiterhin kaufen können. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. Wageneder: Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie! Ich erläutere aus Grüner Sicht einige ausgewählte Bereiche dieses Grünen Berichtes 2005. Zuerst einmal freut es mich besonders, dass im Grünen Bericht ganz eindeutig das Funktionieren der Koexistenz von Gentechnik verändertem Anbau mit konventioneller Landwirtschaft verneint wird. Es wird auch hier der Weg genau aufgezeigt, den Oberösterreich beschritten hat. Wir haben zuerst das Gentechnikvorsorgegesetz eingereicht, die Nichtigkeitserklärung, Nichtigkeitsklage, abgegeben, dann die erneute Berufung gegen diesen Kommissionsbeschluss. Im letzten Jahr haben wir zur vorbeugenden Sicherheit dieses Gentechnikvorsorgegesetz beschlossen. Es ist heute in der Presse zu lesen, dass dieses Vorsorgegesetz jetzt rechtsgültig ist. Es wird auch aufgezeigt, dass Oberösterreich eine Vorreiterrolle übernommen hat im Rahmen dieser Selbstbestimmungsrechte der Regionen, in dem diese Regionen vernetzt werden und bestärkt werden.

Ja zum Biolandbau. Ein Meilenstein 2005 war sicherlich die Vereinheitlichung der bisherigen Dachverbände unter der Marke Bio Austria, die sicher eine schlagkräftige, bundesweite Organisation darstellt. Unter diesem Dach arbeiten jetzt alle Biobeteiligten zusammen, von den Bauern bis zum Handel sind sie eng verbunden und es kann sicher nur ein Vorteil sein für Bauern, wenn sie ein gemeinsames Marketing, eine gemeinsame Marke und wenn es vor allem hier auch mehr Klarheit für die Konsumenten und Konsumentinnen gibt. Klarheit, wo ist jetzt eigentlich Bio drinnen oder welches Produkt ist biologisch produziert? In Oberösterreich haben sich hier die Verbände Ernte für das Leben, Hofmarke, Erde und Saat und die Ökowirte zusammengeschlossen.

Der Verband Bio Austria betreibt auch aktuell eine Homepage unter www.bioboerse.at und ich habe da hineingeschaut, was man auf dieser Homepage alles so findet. Es geht von Verkauf, über Einkauf, von Futtermittel über Lebensmittel und zum Beispiel gibt es hier ganz konkret Kälber oder Milchkühe aus dem Bezirk Vöcklabruck oder etwa Buchweizen aus Waizenkirchen zu kaufen. Ich dachte zuerst, diese Homepage sei rein oberösterreichisch, denn 90 % dieser Eintragungen waren aus Oberösterreich. Aber dem ist nicht so, es ist tatsächlich eine österreichweite Homepage. Also hier sind wir sicher gut vertreten.

Zur Situation der Biobauern insgesamt gibt es jetzt mehr Biobauern. Das Jahr 2005 war ja kein Einstiegsjahr für Biobauern in die Öpulförderungen. Der Biobauernanteil ist leicht angestiegen. 19 Biobauernbetriebe sind neu dazugekommen. Es sind jetzt insgesamt 3.268. Die Bioflächen sind etwas mehr angestiegen, plus 1.000 Hektar. Insgesamt wachsen aber die Biobauernbetriebe rascher als andere Betriebe. Das ist auch festzustellen.

Positiv für die Biobauern ist sicherlich, dass es eine Ausweitung der Milchsammelstellen gab. Es ist ja ganz wichtig, weil gerade die Biomilchvermarktung war ja ein Problem. Alle Rinder aus biologischer Produktion konnten mit Biozuschlag vermarktet werden. Das gesamte Pressobst als Bioware. Also zusammenfassend interpretiere ich das so, dass Bioprodukte ein sicherer Absatzmarkt sind auch in Zukunft.

Auf Seite 37 wird auf die Milchleistung pro Kuh eingegangen. Hier sehe ich, dass diese Milchleistung sinkend ist. Es ist jetzt eine Jahresmilchleistung von 6.531 Kilogramm. Ich denke, ich habe die Kühe bei dieser Fleckvieh-Leistungsprämierung und dem -Wettbewerb gesehen. Und für mich ist es vielleicht ein Hinweis, dass doch die Tiere etwas artgerechter gefüttert und gehalten werden. Ich würde mir das wünschen. Ich denke, dass da doch eine Überzüchtung vorliegt und dass es besser wäre, wenn das nicht noch weiter so vorangetrieben wird.

Auch auf einen Aspekt möchte ich noch eingehen, und zwar: Es gibt Bauern, die nicht um diese Betriebsmittelprämie, Betriebsmittelförderung ansuchen, und das waren im Jahr 2005 13.500 im Grünland und 2.800 Bauern im Ackerland. Und das sind österreichweit beinahe ein Drittel der Bauern, die nicht angesucht haben um diese Betriebsmittel. Und ich denke, diese Bauern sind welche, die möglicherweise auf Biolandbau umstellen werden oder das im Sinn haben. Und es wäre interessant, wenn der Grüne Bericht im nächsten Jahr im Speziellen berichtet, ob jetzt diese Bauern tatsächlich auf Biolandbau umgestellt haben.

Was mir heuer im Grünen Bericht im Vergleich zum letzten Jahr fehlt: Es gibt keine statistische aufgeschlüsselte Darstellung der Aufteilung der Betriebsführung zwischen Mann und Frau. Es ist jetzt so, dass 36,5 Prozent der Betriebe weibliche Betriebsführerinnen haben. Ein Ziel wäre es, den Anteil der Frauen entsprechend in den Landesvertretungen zu erhöhen, im Sinne der Mitbestimmung der Frauen auch in der Landwirtschaft.

Zum Schluss bedanke ich mich herzlich bei der Agrarabteilung für diesen sehr differenzierten und umfangreichen Bericht.

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ecker.

Abg. **Ecker:** Geschätzte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Grüne Bericht liegt wieder vor für das Jahr 2005. Ich müsste eigentlich stolz sein, aus einer Region zu kommen, die jetzt zweimal erwähnt worden ist - aus der Region Rohrbach. Die erste Bioschule - Fachschule in Schlägl und der einzige Bezirk, wo zwei Molkereien sind, die Biomilch verarbeiten und in den Verkehr bringen. Aber desto Trotz ist es uns wichtig, dass die Landwirtschaft in den letzten Jahren gestärkt worden ist. Es hat sich der Trend fortgesetzt, dass die Vollerwerbsbetriebe mehr werden. Dass die Betriebe sich spezialisieren. Das heißt, die Milchproduktion ist zu den Grünlandbetrieben gegangen, in den Grünlandbereich. Ich glaube, dass ist auch ganz was Wichtiges, weil Grünlandgebiete sind hauptsächlich Berggebiete und dort ist auch die Sicherheit gegeben, dass die Wiesen bewirtschaftet werden. Die Milchproduktion ist ein Schwerpunkt und wird in der Agrarreform berücksichtigt durch die Erhöhung der Quote. Die wird in den nächsten drei Jahren erhöht und auf alle Landwirte verteilt.

Wichtig zur Agrarreform ist einmal zu sagen, dass das kein Wunsch von uns Bauern und von Österreich war, dass diese Agrarreform in diesem Ausmaß so gekommen ist. Die Direktzahlungen, die entkoppelt worden sind in Form einer Betriebsprämie zeigen schon auch in Österreich, dass diese Betriebsprämien den produzierenden Landwirt bevorzugen. Das ist auch

wichtig. Es sollen nicht die Flächen, die zur Verfügung stehen und die verpachtet werden, teurer werden, sondern es soll eine Einkommensverbesserung für den wirtschaftenden Bauern sein. Im Zuge der Zuckermarktreform ist es auch wieder dazu gekommen, dass eine Preissenkung eintritt. Eine Preissenkung nicht beim Zucker, sondern wieder bei der Zuckerrübe. Diese Preiseinbuße ist wieder eine Herausforderung für unsere Zuckerrübenbauern, dass sie dies einigermaßen ausgleichen können. Durch den Abbau der Exportstützungen ist zu erwarten, dass der Druck auf die Produzentenpreise wieder erhöht wird.

Es ist die Agrardieselentlastung angeführt worden, und mich tut es wundern, dass die Sprecherin der SPÖ diese Agrardieselentlastung von 50 Millionen Euro wirklich so positiv besetzt. Denn, im Endeffekt ist es immer auf Bundesebene so verkauft worden, dass eigentlich dies ein Geschenk an die Bauern ist und dieses Geschenk nicht notwendig wäre. Aber desto Trotz ist es wichtig, dass hier auch die Entlastungen wichtig sind in der Landwirtschaft, dass die Konkurrenzfähigkeit verbessert wird und diese Agrardieselentlastung ist ein wichtiger Schritt. Aber nicht nur eine Entlastung, sondern auch neue Konzepte, besonders im Biomassebereich, müssen verwirklicht werden. Es heißt, Biomasse ist ein Erfolgskonzept. Nicht nur bei der Beimischung von Biosprit zu Normalsprit, sondern auch bei der Beheizung von Wohnungen, beim Erzeugen von Strom aus Biogasanlagen ist es praktisch sehr wichtig, dass wir hier die richtigen Schritte setzen und dass wir dort auch die Produktion ausbauen. Denn diese Form der Energie schützt unsere Umwelt, sichert die Eigenversorgung und bringt zusätzliches Einkommen für die Landwirtschaft.

Diese Energieformen sind auch davon abhängig, dass die Investitionsförderungen gesichert sind und mit dem neuen EU-Agrarbudget von 2007 bis 2013 ist die ländliche Entwicklung auch in dieser Form gesichert. Das Fördervolumen beträgt nicht 3,1 Milliarden Euro die nächsten sechs Jahre, sondern mit den guten Verhandlungen unseres Bundesministers Pröll und unseres Kanzlers Schüssel ist es uns gelungen in letzter Zeit, dass wir dies auf 3,5 Milliarden erhöht haben. Wenn man den Vergleich zieht, dass man auf der anderen Seite immer gesagt hat, bevor wir in die Verhandlungen hinein getreten sind, dass die Kürzungen der Agrarmittel um vierzig Prozent notwendig sind, dann zeigt es, dass durch Verhandlungen zum richtigen Zeitpunkt auch diese Erhöhung möglich geworden ist. Da sind wir in Europa an vorderster Stelle, dass diese Agrarausgleichszahlungen und Unterstützungen der Landwirtschaft in Österreich ausgedehnt werden können und in den anderen Ländern eher gekürzt werden.

Deshalb sage ich noch einmal herzlichen Dank bei unserem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer und beim Agrarreferenten Josef Stockinger, dass die Kofinanzierung in Oberösterreich gesichert ist. Denn, wir haben nichts, wenn wir von Seiten der EU Agrargelder zugesichert haben, aber in Österreich die Kofinanzierung nicht gesichert ist. Darum noch einmal herzlichen Dank, dass sie hinter der Landwirtschaft stehen und dass wir auch die notwendigen Mitteln aufbringen. (Beifall)

Das Förderprogramm ländliche Entwicklung ist aber nicht nur ein Förderprogramm für die Landwirtschaft, sondern speziell für den ländlichen Raum. Denn mit den neuen Leader-Regionen haben wir die Möglichkeit im ländlichen Raum, dass wir auch zusätzliche Maßnahmen fördern können. Das heißt, fördern über die Tourismusbetriebe, fördern über die Gemeinden und auch im Gewerbebereich. Gemeinsam mit der Landwirtschaft werden wir da auch für den ländlichen Raum neue Projekte in Angriff nehmen und den ländlichen Raum damit stärken und die Einkommenssituation auch in Zukunft verbessern. Denn die ÖVP wechselt nicht Landwirtschaft mit dem ländlichem Raum, wie der Klubobmann Frais in einer Interview-Runde dort ausdrücklich bekannt gegeben hat, sondern wir sichern die Landwirt-

schaft und damit stärken wir den ländlichen Raum. Und wenn der ländliche Raum gestärkt ist, dann ist auch die Landwirtschaft bereit, weiterhin im ländlichen Raum zu arbeiten und die Umwelt und die Kulturlandschaft zu pflegen. (Beifall. Zwischenruf Abg. Dr. Frais: "Ist nicht eins zu eins, würde ich sagen!")

Dritte Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Aspöck.

Abg. **Ing. Aspöck:** Geschätzte Präsidentin, hoher Landtag, meine lieben Mitglieder! Nachdem sich ja schon die Maria Jachs mit einem Wunsch geäußert hat, möchte ich da fortsetzen: Ich wünsche mir für die oberösterreichischen und für die österreichischen Bauern, dass es ihnen wieder so gut geht, dass sie sich diesen Grünen Bericht leisten können, nicht diesen farblosen schwarzweißen Bericht, sondern diesen sehr innovativen fortschrittlichen Bericht. Ich verstehe es, in der Landwirtschaft oder bei den Bauern ist zuwenig Geld da, da verstehe ich das! Ja, ich verstehe nur eines nicht. Ich habe mir jetzt wirklich gedacht, ich bin im falschen Film. Denn, wenn hier Abgeordnete herausgehen und dann sagen, es passt alles in der Landwirtschaft und wir können auch noch Danke sagen. Danke für das Bisschen, dass wir von öffentlichen Institutionen bekommen, dann verstehe ich die Welt wirklich nicht mehr. Denn, man muss wirklich beachten, dass der Grüne Bericht eine Fortschreibung der Grünen Berichte aus den vergangenen Jahren ist. Und diese Berichte waren leider Gottes gezeichnet von Bauernsterben. 2003 haben wir noch fünf Bauernhöfe gehabt, die täglich zugesperrt haben - jetzt haben wir halt ein bisschen weniger, aber es ist um jeden schade und wir müssen um jeden Bauernhof kämpfen. Ein Minuseinkommen - ich freue mich, dass auch die ÖVP-Abgeordneten es endlich einmal eingesehen haben, dass wir ein Minuseinkommen in der Landwirtschaft zu verzeichnen haben. Die ÖSTAT hat bei diesem Bericht wieder bescheinigt, minus 3,5 Prozent Einkommen beim Faktoreinkommen. Minuserträge haben wir! Sinkende Produktpreise! Wir haben auf der anderen Seite aber auch steigende Betriebsmittelpreise. Das passt ja alles nicht zusammen. Dann herzugehen und zu sagen, Danke für das, was wir jetzt von öffentlicher Hand bekommen haben. Das ist zu wenig! Wir brauchen auch ein gesundes Selbstvertrauen wieder, dass wir wieder auch unsere Forderungen durchsetzen können. Auch bei den Arbeitsplätzen ist es das das Gleiche! Wir haben jedes Jahr tausende an Arbeitsplätze, die von der Landwirtschaft in den unselbständigen Bereich abwandern. Da ist es ja auch notwendig, dass wir eine Entlastung im Bereich der unselbständigen Beschäftigten geben. Das ist wirklich wichtig.

Und zu dem Ganzen, was ich jetzt hier aufgezählt habe, kommt noch, dass das Bild in der Landwirtschaft gezeichnet ist von Hoffnungslosigkeit, von fehlenden Perspektiven für die Zukunft. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Geh!") Nein, da brauchst du nicht "Geh" sagen. Da brauchst du nicht "Geh" sagen. Das ist so! (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Nur bei den freiheitlichen Bauern!") Nein, nicht nur bei den freiheitlichen Bauern! Denn der Landwirt, Herr Landeshauptmann, (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Ein Wahnsinn, hast du nicht zugehört zuerst?") der Landwirt, Herr Landeshauptmann, hat nichts davon, wenn wir in großen 16-Bogen-Plakaten "Genussland Oberösterreich" affizieren. Der Landwirt hat davon was, wenn er mehr im Säckel hat. Wenn er mehr Einkommen zu verzeichnen hat. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Von Eurer Schimpferei hat er rein gar nichts!") Und wir müssen - nein, ihr seid für diese Agrarpolitik in Österreich und in Oberösterreich zuständig. Und da habt ihr im Prinzip keine positive Bilanz vorzuweisen. Das ist so! Im Prinzip fehlen mir von der ÖVP ganz klar die Antworten. Es gibt keine Antworten. Und das ist zuwenig - Genussland alleine ist zuwenig. Ich fordere seitens der ÖVP für die Bauern auf, mehr Einkommen, mehr Einkommen, mehr Einkommen, mehr Einkommen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Herr Landesrat Stockinger.

Landesrat **Dr. Stockinger:** Frau Präsidentin, hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren! Der Herr Kollege Aspöck hat gemeint "Mehr Farbe in den Grünen Bericht". (Zwischenruf Abg. Pühringer: "Danke!") Deine Worte haben gewirkt, hier ist der druckfrische Grüne Bericht 2005. (Zwischenruf Abg. Pühringer: "So schnell geht das!") So schnell (Beifall) arbeitet die ÖVP-Agrarpolitik, (Zwischenruf Abg. Ing. Aspöck: "Argumente, bitte!") aber Spaß bei Seite, (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: "Du hast ein Arbeitsexemplar gehabt!") das ist ja das Problem der Freiheitlichen, sie müssten öfter genauer hinschauen und sich genauer informieren, dann würden sie auch die Farbe im Grünen Bericht sehen.

Meine Damen und Herren, wir haben zurzeit eine Situation in der oberösterreichischen Landwirtschaft, wo trotz vieler Reformen - und wir haben einen Reform-Marathon hinter uns - einige dieser Dinge sind angesprochen worden, wo trotz mancher Schwierigkeiten, ich denke an die WTO-Verhandlungen, die Gott sei Dank gescheitert sind, praktisch gescheitert sind in den letzten Tagen. Das war eine schiefe Ebene Richtung Europa und eigentlich ein Bedrohungsszenario. Liberalisieren - Liberalisieren und das kann nur, das kann nur zum Nachteil der europäischen Landwirtschaft sein. Und Gott sei Dank ist das gestoppt worden, auch deswegen, weil die Amerikaner - und das sage ich ganz offen - immer die Liberalisierung des Welthandels predigen, aber dann selber die ersten sind, die Schutzzölle und Schutzmechanismen errichten, auch in der Landwirtschaft und mit besonderer Weise ihre eigene Landwirtschaft fördern und sich von der internationalen Konkurrenz abschotten.

Aber trotz dieser vielfältigen unsicheren Rahmenbedingungen von der Weltmarktsituation her gibt es zurzeit in Österreich und in Oberösterreich eine recht stabile Situation auf den Märkten. Und ich sage, Gott sei Dank, Kollege Aspöck, denken unsere Bäuerinnen und Bauern nicht nach der Methode quasi "Zu tot gefürchtet ist auch gestorben" und leben wir nicht nach dem. Sondern sind wir bereit Chancen zu ergreifen und sind wir bereit aus Schwierigkeiten auch eine Chance zu machen. Und ich finde es letztlich schon beachtlich und faszinierend, dass wir in den letzten Jahren ein gutes Stück Selbstbewusstsein in die Hand genommen und gesagt haben, wir haben aus dem, was wir können, aus den Bedingungen, die wir vorfinden, und da sind die Rahmenbedingungen der Politik sehr wichtig. Steuerlich, sozial aber auch wirtschaftspolitisch von der Förderung her. Wir machen aus den Bedingungen ein gutes agrarpolitisches Konzept. Und ich glaube, das ist auch wirklich gelungen mit dem bewussten Konzentrieren. Zum einen, dass wir bei der Qualität, bei den Prämienprodukten vorne dabei sein wollen, dass wir aus den erstklassigen Produktionsgrundlagen unverfälschte Produkte machen und das auch wirklich auf den Märkten ausloben. Und da werden wir noch im heurigen Jahr international und national von Oberösterreich ausgehend wirklich eine Reihe von beachteten Initiativen setzen. Ob das im kommenden Herbst in Wels sein wird, mit den Genusswelten oder ob das auch der Versuch ist, den Topwirtschaftsstandort Oberösterreich, und da können wir uns ja über die wirtschaftlichen Erfolge gerade in den letzten Monaten freuen. Wir spielen in der europäischen Champions-League. Aber diesen Topwirtschaftsstandort auch zu verbinden damit, dass Oberösterreich auch ein Top-Lebensmittelstandort ist, und das ist mir wichtig. (Beifall)

Und da sind auch Chancen für den Wirtschaftsstandort damit verbunden. Starke Bauern als Rückgrat, eine gute Urproduktion auf den Höfen verbunden in einer Kette mit erstklassigen Lebensmittelproduzenten, gewerblichen und industriellen Betrieben und einem Handel, der eine neue Sensibilität aufbringt für Herkunft, für Regionalität und für das Heraustreten aus der Anonymität von Handelsmarken. Wer hätte denn vor zwei, drei Jahren geglaubt, dass Ketten wie der Hofermarkt, nennen wir es beim Namen, plötzlich mit Regionalität, mit Bio-

Produkten, mit dem Bekenntnis zur Herkunft zu heimischen österreichischen Produkten in diesem Stil werben und damit auch zum Schrittmacher letztlich in vielen Bereichen werden. Und wir haben diese Idee sogar jetzt nach Deutschland exportieren können. Und das ist auch der Grund, warum wir im Bio-Bereich derzeit ausverkauft sind. Ausverkauft sind und letztlich vom Markt her den Gedanken der Intensivierung Oberösterreichs und vor allem auch der Chancen im Mühlviertel als Bio-Region weiter verfolgen können.

Das heißt, das Ziel ist mehr Wertschöpfung! Am Arbeitsmarkt dadurch, dass erstklassige Lebensmittelproduzenten investieren in die Zukunft, gerade in dieser Woche zwei wichtige Investitionen. Die Firma Backaldrin wird in Asten in großem Umfang weiter investieren. Den Kornspitz in die Welt schicken. Es wird eine große Bäckerei Fischer-Brot in Oberösterreich investieren. Es ist gestern eröffnet worden die neue Verladestelle an der Donau in Aschach. Aschach ist mittlerweile ein europäisches Zentrum für gentechnikfreie Produkte im Bereich der Stärke und im Ölbereich, mit der Marke Rapsöl. Da können wir durchaus stolz sein. Wir reden nicht nur davon, sondern es geht von Aschach auch wirtschaftlich eine Idee hinaus auf die europäischen Märkte. Und das ist mir so wichtig, zu zeigen, dass eine kluge agrarpolitische Strategie, eine beherzte und selbstbewusste bäuerliche Strategie auch eine riesige Chance ist für Wertschöpfung, für Arbeit, für Beschäftigung, letztlich für volkswirtschaftliche Weiterentwicklung für ein ganzes Land. Und da möchte ich, dass Oberösterreich insgesamt vorne letztlich dabei ist. (Die Erste Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und da ist die Energiepolitik und letztlich unsere Energiewende, die wir geschafft haben und da ist der Schlüssel- und Angelpunkt letztlich der Einstieg der Bauern in die Entwicklung von der Landwirtschaft, vom Landwirt zum Energiewirt, da sind wir an einer entscheidenden Wende angelangt. Ich bin schon sehr stolz, das ist ein Kompliment an unsere Bäuerinnen und Bauern und an die Forstwirtschaft, dass eigentlich die Landwirtschaft der einzige Wirtschaftsbereich ist, der voll auf Kyoto-Kurs ist. Kollege Anschöber hat es errechnen lassen, wir haben im Agrarbereich ein Rückgehen der Treibhausgase um 11,2 Prozent, bei 13 Prozent ist das Kyoto-Ziel. Wären alle Wirtschaftsbereiche so erfolgreich, dann hätten wir den Klimawandel und Klimaveränderung, denken wir an die Unwetter und die Witterungsereignisse, es gibt ja keinen normalen Regen mehr in diesem Sommer und in den letzten Jahren, sondern alles artet gleich aus, dann hätten wir hier schon wirklich mehr Erfolg.

Ein paar Anmerkungen noch zum Grünen Bericht, die wichtig sind. Was ist strukturell derzeit im Gang? Wir haben ja eine bemerkenswerte Entwicklung in den letzten Jahren, die auch der Grüne Bericht 2005 unterstreicht, zum einen die Betriebe, die im Haupterwerb Landwirtschaft betreiben, werden nicht weniger sondern mehr. Wir sind bei einer magischen Größe von rund 20.000 Höfen in Oberösterreich, die in den letzten Jahren sich konsolidiert haben, mehr geworden sind, das sind jene Betriebe, die sagen Jawohl, ich will in der Land- und Forstwirtschaft letztlich meine berufliche, wirtschaftliche Zukunft, meine Existenz, mein Haupteinkommensstandbein haben. Diese Betriebe wachsen, diese Betriebe investieren und entwickeln sich weiter, das sind auch jene Höfe, die dort eingreifen, wo kleinere Betriebe und Kleinstbetriebe meist Nein sagen, das ist oft im Generationswechsel der Fall, ich bin nicht mehr bereit, den Betrieb weiterzuführen, auch das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir können niemanden zwingen zu sagen, du musst Bauer werden, und du musst Bäuerin sein, und du musst diese Fläche und diesen Hof bewirtschaften. Wir können nur versuchen, optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, vor allem dort, wo es schwierig ist. Das wird die erste und wichtigste Aufgabe in den Bergregionen, im Grünland, Signale zu setzen, dass diese Form der Bewirtschaftung, auch wenn es kleine Betriebe sind, gewollt ist, dass wir nicht nur groß und größer wollen, sondern den guten Mix und die Mischung. Da werde ich wirklich auch bei der ländlichen Entwicklung, und bei der Neukonzeption der Investitionsförderung

darauf Wert legen, dass wir genau auch dort diese Signale setzen, dass auch der kleinere Betrieb, der Nebenerwerbslandwirt die Chance hat in der Investitionsförderung dabei zu sein, mit ins Boot genommen wird. Diese gute Mischung einer Entwicklung wollen wir weiter aufrecht erhalten, aber uns muss klar sein, dass Professionalität in allen Bereichen, egal ob Bio oder nicht Bio und dass Entwicklung, auch strukturelle Entwicklung in den nächsten Jahren kommen wird müssen, wenn wir im Wettbewerb standhalten wollen. Das heißt, wir müssten leistungsfähig sein als Betriebe, egal, was wir tun, das, was wir tun, das müssen wir gut tun. Wir müssen wettbewerbsfähig sein unter unseren Rahmenbedingungen, die Gott sei Dank in vielen Bereichen besser sind. Wir müssen schauen, dass wir im Zusammenschluss zwischen den Betrieben jene Nachteile der Struktur durch Kooperationen, durch neue Gemeinschaften, durch gemeinsames Vermarkten überbrückt werden, die andere Länder als Vorteile haben, weil sie größere Betriebsstrukturen haben.

Von der Maschinenringidee über die neue Kooperation im Bereich der Regionalförderung bis zur Idee der Börsen und des gemeinsam Vermarktens, das ist sehr, sehr wichtig, und das bauen wir im bewussten Sinn aus. In dem Bereich ist eben der Erfolg, der Verhandlungserfolg der ländlichen Entwicklung, der österreichischen, der großartige österreichische Verhandlungserfolg nicht genug herauszustreichen. Ich weiß nicht, wer beispielsweise diese Woche den Spiegel gelesen hat, an die Wand gefahren, heißt es dort von der deutschen Agrarpolitik, da wird Österreich als leuchtendes Beispiel hingestellt, das soll uns einmal freuen, von den Deutschen Komplimente zu erhalten für unsere Agrarstrategie, letztlich auch für unseren Verhandlungserfolg, allen voran Bundeskanzler Schüssel und Minister Pröll.

Ich möchte zum Abschluss allen danken, vorerst und zu allererst allen Bäuerinnen und Bauern für den Fleiß, der dazu beiträgt, dass dieses Land nicht nur so schön ist, sondern dass der Tisch reichlich gedeckt ist, oft eine Selbstverständlichkeit, aber es ist gerade in einem Sommer, wo die Ernte ansteht, dieser besondere Dank mir wirklich wichtig.

Zweitens, auch ein Dank an alle, die erfolgreiche bäuerliche Betriebe begleiten, der Beratung, den Landwirtschaftskammern, den Bezirksbauernkammern, meiner Abteilung und vor allem auch jenen, die den Grünen Bericht wiederum zu einer soliden und sehr guten Arbeitsgrundlage für uns gemacht haben, der Hofrat Gruber als Vertreter der Agrarabteilung ist anwesend. (Beifall)

Ich wünsche mir zum Schluss, dass diese Geiz-ist-geil-Mentalität, die ein wenig eingezogen ist, rasch wieder verschwindet, vor allem im Lebensmittelbereich keinen Platz hat. Lebensmittel sind lebendige Produkte, haben mit Leben und Gesundheit zu tun und sind nicht geeignet, als Schleuderprodukte und als Lockvögel und Lockartikel in unserer Werbung auch von den Ketten positioniert zu werden. Es geht letztlich darum, dass der Kuchen an Wertschöpfung in der Landwirtschaft, den es zu verteilen gibt, durch gute Agrarpolitik, durch die Entwicklung neuer Vermarktungsstrategien wächst, letztlich möglichst auf viele Köpfe aufgeteilt werden kann. Das sind nämlich Existenzen möglichst vieler Betriebe, die dann auch lebensfähig mithalten können. Das Ziel guter Agrarpolitik muss eine Einkommenspolitik für die Betriebe sein, die es den Familien, auch den Bauernfamilien ermöglicht, im allgemeinen Wohlstand, in der allgemeinen Wohlstandsentwicklung mithalten zu können. Das ist gelungen mit diesem Bericht im Wesentlichen, das ist aber auch nur deswegen gelungen, weil Betriebe aufgegeben haben, das muss man ehrlicher Weise dazusagen, nur deswegen, weil sich der Einkommenskuchen auf weniger Köpfe verteilt hat, das ist die Geschichte der Landwirtschaft. Seit 1945 ist es möglich, dass bäuerliche Familien existentiell mithalten können, dass das kein Dauerweg ist, das muss uns bewusst sein, dass wir das in geordnete Bahnen bringen müssen. Das ist unsere Aufgabe, dass wir hier als Oberösterreichischer

Landtag immer engagiert mit einer oberösterreichischen Agrarpolitik und auch mit einer entsprechenden finanziellen Ausstattung bereit waren, Bäuerinnen und Bauern, die Landwirtschaft, den Agrarsektor auf diesem Weg zu begleiten, das möchte ich quer über alle Fraktionen dankend anerkennen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zu Beilage 940/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle die Mehrheit in der Abstimmung fest.

Wir behandeln die Beilage 941/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Jahresbericht 2005 zur Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich. Der Herr Abgeordnete Schürer wird darüber berichten.

Abg. **Schürer:** Bericht des Ausschusses für volkswirtschaftliche Angelegenheiten betreffend den Jahresbericht 2005 zur Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 941/2006.)

Der Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten beantragt, der hohe Landtag möge den beiliegenden Jahresbericht zur Tourismus- und Freizeitwirtschaft in Oberösterreich zur Kenntnis nehmen.

Erste Präsidentin: Danke sehr, ich eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute das Thema Tourismus schon ein bisschen angeschnitten. Wir haben hier den Tourismusbericht vor uns, der auch sehr bunt ist, nachdem das ja scheinbar Tradition bekommen soll immer alles bunt zu machen. Auch viele Zahlen stehen drinnen. Ich glaube, bei einem sind wir uns einig, die Grundlage für unseren Tourismus in Oberösterreich oder in Österreich insgesamt ist die schöne und intakte Umgebung, die Natur. Es ist eine unserer wertvollsten Ressourcen, Strukturen, wo die Qualität des Wohlfühlens im Vordergrund steht, sind eine wesentliche zweite Säule.

Auch die Themen, die wir im Kursbuch für Tourismus festgelegt haben, z.B. Gesundheit, beruht genau auf diesen Säulen. Für mich besteht und immer wieder kommt es vor, dass genau hier ein Widerspruch entsteht. Ein Widerspruch bei der Schaffung von Strukturen, bei der Errichtung von einerseits touristischer Infrastruktur, aber auch von Leitbetrieben, dass genau diese Umweltverträglichkeit nicht in dem Sinne gemacht wird, dass nicht geschaut wird, ob die Struktur, die ich baue, diese Infrastruktur, die ich plane im Bereich Tourismus nicht das zerstört, was die Grundlage für einen intakten Tourismus ist. Ich möchte da nur das Thema Lifte und Abfahrtsstrecken in Erinnerung bringen. Ich glaube, hier stecken wir oft im Widerspruch zu dem, was wir am Erhalten von Natur und dass wir diese Naturschönheit wollen aber was dann irgendwie im Tourismus voran getrieben wird. Ich wünsche mir, dass es auch in Zukunft im Tourismusbericht nicht nur ein Sonderkapitel über Natur, über sanften Tourismus gibt oder sagt man naturnaher Tourismus oder Ökotourismus, sondern es muss Leitprinzip aller touristischer Maßnahmen sein, dass man an allen Infrastrukturen, bei allen Ideen, die man erarbeitet, immer auch diese Auswirkungen auf Umwelt und Natur, auf unsere Ressourcen mit bedenkt. Ich bin daher sehr froh, dass wir im Regionalmanagement Mühl-

viertel gemeinsam in der Euregio beschlossen haben, hier einen Pilotversuch zu starten, genau in diese Schiene noch mehr Know-how und auch Zeit zu investieren, dass wir sektorübergreifend, also Naturschutz, Wirtschaft, Bauern also Landwirtschaft, hier gemeinsam mit den Betrieben in der Region einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, der genau in diese Schiene geht, wo bei jeder Maßnahme der Naturschutz und auch der Umweltschutz mitbedacht wird und geschaut wird, können wir nicht bei den Maßnahmen genau hier auch vielleicht Defizite oder Sünden der Vergangenheit verändern oder verbessern?

Wir werden dem Tourismusbericht zustimmen, es sind einfach Fakten und Daten. Wir können nur das, was noch im Minus ist, ob das jetzt die Qualitätsbetten sind oder ob das noch mehr Ökotourismusprojekte sind, vorantreiben. Ich glaube, das muss uns einfach ein Anliegen sein, hier gemeinsam mit den Tourismusverantwortlichen aber auch mit den regionalen Betrieben gemeinsam zu schauen, wie können wir das weiter entwickeln, so dass wir nicht nur einen Bericht am Jahresende haben, sondern dass hier wirklich laufend eine Weiterentwicklung in den Regionen für den Tourismus passiert. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke sehr. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schürrer.

Abg. **Schürrer:** Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Ich möchte mich auch so weit kurz halten, obwohl dieser sehr bedeutende Wirtschaftsbereich und Beschäftigungsbereich Tourismus ja mehr Zeit brauchen würde, um ihn wirklich darzustellen. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Fass dich kurz, dann können wir den Tourismus genießen!") Tourismus ist ja nicht ein Bereich, wo die Zahlen und Fakten sprechen, Tourismus ist ja eigentlich ein Gefühl, Tourismus ist ein Erlebnis, Tourismus ist etwas, was man leben muss. Es ist ein Dienstleistungsbereich, der weit hinaus über Hotellerie und Gastronomie seine Wirkung hat, wir haben in Oberösterreich, das liegt ja klar vor im Bericht, im vergangenen Jahr doch mit zirka 5,6 Milliarden Euro an Wertschöpfungseffekten direkt und indirekt im Tourismus zu tun, das ist ein Riesebetrag, man kann sich die Summen gar nicht mehr vorstellen. Das ist zirka in Prozent ein Betrag von 14 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt, ich glaube, das hat einen Riesenswert, daher sollte man das einmal voranstellen.

Ich glaube, dass der Tourismus in Oberösterreich eine gute Entwicklung nimmt. Wir haben im vergangenen Jahr, auch laut Auftrag des Landes und des Landtags, auch im Tourismusrat dementsprechend viel weiter gebracht, auch im Sinne unseres Kursbuches, das heißt, Spezialisierung, Qualitätssteigerung, Marktbewusstsein schaffen und den Markt auch dementsprechend berücksichtigen und abfangen, der verändert sich wahnsinnig schnell. Wir haben auch in Auftrag gegeben, nicht jedem Trend nachzulaufen, sondern ganz genau zu schauen, was ist wirklich nachhaltig interessant im Tourismus. Wo soll man Investitionen tätigen, wo soll man besser ausbilden? Da gibt es durchaus noch vor uns liegende Aufgaben, die wir zu erfüllen haben. Wir haben natürlich, was die Statistik betrifft, genaue Aufzeichnungen. Ein wirklich wichtiger Punkt ist, dass in Oberösterreich vor allem Oberösterreich Urlaub machen, inländische Gäste vor allem, und bei den ausländischen Gästen immer noch Deutschland mit über 60 Prozent den Hauptanteil im Nächtigungsbereich hat. Wir haben eine Entwicklung, um es auch für alle sichtbar zu machen, die hoch interessant ist, dass der Sommer eher stagniert, weil da das Angebot weltweit einfach sehr groß ist, aber im Winter, wo wir ganz speziell investiert haben, wo es nicht so viele Angebote gibt, eine durchaus beträchtliche Steigerung haben. Qualität ist in allen Bereichen wichtig, die einzelnen Themen möchte ich da jetzt nicht sagen, von Rad fahren über das Wandern, Golfsport generell, Wintersport, das sind unsere Kompetenzen, die wir in unserem Bundesland haben, genau so Kultur und verschiedene andere Bereiche.

Weil die Frau Kollegin Wageneder angesprochen hat zwei Themen, das ist zum einen Öko- oder sanfter Tourismus. (Zwischenruf Abg. Moser: "Schwarz!") Was habe ich denn gesagt? Wageneder, Schwarz, das muss mir eh leichter einfallen, Schwarz. Auf jeden Fall, ich stehe da voll dazu, dass wir natürlich mit unseren Ressourcen immer schon sehr vernünftig umgegangen sind, aber auch in Zukunft schauen müssen, dass die wichtigste Grundlage Natur, Landschaft, Landwirtschaft ein wichtiger Partner im Tourismus ist, dass wir auch für unsere Menschen mit Beeinträchtigungen dementsprechend weiter entwickeln, wir sind gut unterwegs. (Zwischenruf Abg. Moser: "Darum habt Ihr unseren Antrag mit Behindertentourismus abgelehnt!") Nein, ja alles geht nicht auf einmal, wir sind, glaube ich wirklich, gut unterwegs, was die Förderungen betrifft, war auch im vergangenen Jahr das Land wieder kräftig unterwegs, aber die meisten Gelder müssen die Unternehmer in die Hand nehmen, fördern heißt ja nur, dass man es ein bisschen leichter macht. Den Hauptanteil, ob in touristischen Organisationen, ob in Betrieben oder in Infrastrukturbereichen müssen die Selbständigen in die Hand nehmen. Das ist ein hohes Risiko, aber dieses Risiko lohnt sich, wie man auch aus diesem Bericht sehen kann, weil die Zunahme an Wertschöpfung, nicht nur Nächtigungen, doch ganz gut ist. In diesem Sinne wird die ÖVP auch diesem Tourismusbericht 2005 zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Kapeller.

Abg. **Kapeller:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Günther Steinkellner! Der vorliegende Jahresbericht, den wir heute hier diskutieren ist im Wesentlichen, das muss man ehrlich sagen, der Tätigkeitsbericht der Oberösterreichischen Tourismusorganisation. Eine Darstellung der Tourismuserfolge in Zahlen und Fakten, die den Zeitrahmen von November 2004 bis Oktober 2005 zum Inhalt haben. Dieser Bericht spiegelt natürlich sehr gut die Tätigkeit und die Schwerpunkte der Landestourismusorganisation wider, beachtenswerter Weise ist es, das ist ja heute von meinen Vorrednern schon angesprochen worden, dass im Tourismus eine ganze Reihe von Menschen dahinter stehen, die enorme Leistungen für unser Land erbringen, für die Gäste, die zu uns kommen. Es sind mehr als 7.000 Gastronomen und Beherbergungsbetriebe sowie zahlreiche Freizeiteinrichtungen tätig in unseren Gemeinden, sie sind da für unsere Bevölkerung, für die Freizeit unserer Bevölkerung, aber natürlich auch für unsere Gäste tätig. Ein besonderer Dank gilt aus meiner Sicht, aus unserer Sicht daher den über 3.000 Beschäftigten, die in dieser Branche tätig sind, und die für die Zufriedenheit der in- und ausländischen Gäste sorgen.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, dort wo die Freundlichkeit, die auch immer wieder angesprochen wird, zu wünschen übrig lässt, manchmal liest man ja das eine oder andere in den Zeitungen, dort müssen wir unseren Hebel ansetzen. Auf der einen Seite mit Schulungen, auf der anderen Seite mit Aufklärungsarbeit. Hier gehört verstärkt der Hebel angesetzt, weil der Kunde, also der Gast, im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen muss. Und er trägt ja auch dazu bei, zu einer guten, erfolgreichen Tourismuswirtschaft. Wichtig ist es, dass wir zufriedene Gäste haben in Oberösterreich. Denn zufriedene Gäste machen die beste Werbung für unser Land. Wichtig sind aber auch motivierte und zufriedene Mitarbeiter, Kollege Steinkellner, weil eine motivierte Mitarbeiterin, ein motivierter Mitarbeiter in der Tourismus- und Freizeitbranche trägt ja auch dazu bei, dass eine Stimmung zum Gast überschlägt und er zufrieden nach Hause fahren kann. Und hier dürfen wir uns nicht einfach zufrieden zurücklehnen, und sagen, es ist eh alles in Ordnung, sondern wir müssen permanent daran arbeiten, um noch besser zu werden.

Der Tourismus in Oberösterreich benötigt daher nicht nur die Aktivitäten der Landestourismusorganisation, sondern es sind auch die vielen Aktivitäten, die in den Gemeinden, in den

Regionen entstehen, enorm wichtig. Sie gehören auch mit dazu, ebenso wie die politischen Weichenstellungen, die über den Aufgabenbereich der Landestourismusorganisation hinausgehen. Was meine ich damit? Es gibt eine Reihe von hervorragenden touristischen Aktivitäten in unseren Regionen, in unseren Gemeinden, welche von den Tourismusverantwortlichen des Landes begleitet werden, bzw. unterstützt werden, und von den örtlichen Touristikern umgesetzt bzw. dann auch in die Realität gebracht werden. Es gibt aber auch sehr viele Touristiker vor Ort, die enorm gute Ideen in die Realität umsetzen, und die im vorliegenden Bericht nicht angeführt werden, weil er eben ein Tätigkeitsbericht der Landestourismusorganisation ist. Ich meine, dass gerade diese besonderen Aktivitäten, die in den Regionen, in den Gemeinden entstehen, auch in diesen Bericht mit aufgenommen werden müssten, weil sie natürlich zu einem Gesamtbild über den Tourismus in Oberösterreich sehr wesentlich beitragen. Er ist ja nicht nur die Tätigkeit der Landestourismusorganisation, sondern auch die Tätigkeit in den Regionen, in den Gemeinden, von den Tourismusverantwortlichen und vielen, die darüber hinaus enormes leisten.

Daher schlage ich vor, genauso wie ich zur Diskussion zum Jahresbericht 2004 vorgeschlagen habe, dass wir im nächsten Tourismusbericht, also im Jahre 2006, ein eigenes Kapitel anfügen und in diesem eigenen Kapitel sollen beispielhaft diese wichtigen Aktivitäten und Planungen aus den Regionen mit aufgenommen werden. Es würde dann ein komplexeres Bild ergeben. (Beifall) Als Beispiel möchte ich nur die Themenwanderwege nennen. Es gibt enorm viele Themenwanderwege, die in Oberösterreich entstehen. Man müsste das bündeln, man müsste das anführen, man müsste dementsprechende Transportmöglichkeiten, auch für die Politik, auch für alle diejenigen, die sich für diesen Tourismusbericht interessieren, in diesen Bericht beispielhaft mit hineinbringen.

Ein zweiter Punkt ist mir ebenso wichtig: Es geht um die Investitionen, die wir in der Freizeit- und Tourismuswirtschaft benötigen und auch zum Teil machen. Derzeit ist in diesem Bericht kein investiver Überblick gegeben. Warum nicht? Weil es ein Jahresbericht der Landestourismusorganisation ist, und die ist für Investitionen im Bereich Tourismuswirtschaft ja nicht zuständig. Und trotzdem glaube ich, ist es notwendig, dass auch in diesem Bericht eine Aufstellung von den durchgeführten oder für die Zukunft geplanten und notwendigen Investitionen und Förderungen angeführt wird. Wir haben ja heute schon einmal über die Hotels diskutiert. Da müsste man auch in den Bericht das alles hinein tun, um ebenfalls einen komplexeren Überblick über die Tätigkeit für den Tourismus zu bekommen. (Beifall) Der Bericht würde dadurch noch aussagekräftiger werden.

Daher rege ich noch einmal an, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie das letzte Mal, dass wir, ich registriere schon, dass ich Zustimmung bekomme von der rechten Seite, ich möchte ja von der Mitte auch die Zustimmung bekommen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und daher ersuche ich euch wirklich dringend Einfluss zu nehmen, dass wir hergehen und dass wir im nächsten Tourismusbericht auch diese investiven Notwendigkeiten jedenfalls in einem eigenen Kapitel in diesen Bericht aufnehmen.

Eine Entwicklung möchte ich abschließend ansprechen, weil ich dem Kollegen Steinkellner versprochen habe, dass ich sehr kurz bin, und das ist die Entwicklung der Nächtigungszahlen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich anschaut, wir haben im Bereich der Ankünfte in diesem Tourismusjahr 2004/2005 fast 2,1 Millionen Ankünfte in Oberösterreich gehabt. Das ist ein Plus von 1,4 Prozent. Wir wissen, dass aber unsere Gäste immer kürzer bei uns bleiben. Wir haben hier, was die Aufenthaltsdauer betrifft, jedenfalls einen Rückgang von 0,1 Prozent zu verzeichnen. Denselben Rückgang wie bei den Nächtigungszahlen. Ich glaube, da können wir uns auch nicht einfach zurücklehnen und sagen, das ist in Ordnung,

das passt schon, sondern wir müssen Maßnahmen setzen, die dazu führen, dass die Gäste länger bei uns in Oberösterreich bleiben und wir müssen Maßnahmen setzen, dass die Gäste auch zu uns her kommen und dass die Nächtigungszahlen auch wieder steigen.

Jetzt kann man über die Nächtigungszahlen diskutieren. Sie sind ein Parameter, und als Parameter muss man sie auch zur Kenntnis nehmen. Dass sie zurückgehen, können wir jedoch nicht zur Kenntnis nehmen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass sie steigen. Vielleicht hat das Ganze ja etwas auch zu tun mit der Tourismusabgabe. Ich habe das ja immer wieder gesagt. Und daher schlage ich das heute wieder vor, dass es unbedingt notwendig ist, auch im heurigen Jahr, das, was angekündigt worden ist vom Herrn Landesrat, was zugesagt worden ist, in die Realität umzusetzen und die Tourismusabgabe und deren Einhebung auf neue Füße zu stellen. Und dann können wir ja diskutieren, ob dann die Nächtigungszahlen plötzlich steigen oder nicht. Dort, wo wir uns das angeschaut haben, nämlich in Tirol, sind sie gestiegen. Und in Vorarlberg sind sie gestiegen. Und in Kärnten sind sie gestiegen. Ich behaupte, sie werden auch in Oberösterreich steigen, weil, wenn wir die Tourismusabgabe und deren Einhebung auf neue Füße gestellt haben, wir auch tatsächlich jene Meldungen bekommen werden, die auch tatsächlich vor Ort stattfinden. Da gibt es ja die unmöglichsten und möglichsten Schreiben von Bürgermeistern und den politischen Verantwortlichen, wo drinnen steht, alles ist voll in meiner Gemeinde, kein Bett ist mehr frei, aber leider gemeldet ist halt leider nichts geworden. Und das gehört aus meiner Sicht abgestellt. Das würde auch einen großen Schritt in Richtung der verbesserten Meldedisziplin bringen und auch eine Chancengleichheit der Unternehmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich versuche mich kurz zu halten. Wir werden natürlich dem Tourismusbericht unsere Zustimmung geben. Ich hoffe, dass mich die ÖVP unterstützt bei dem Bemühen, diese Schritte zu setzen. Ich bedanke mich bei Ihnen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Dr. Brunmair.

Abg. **Dr. Brunmair:** Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde mich kurz halten. Vielleicht kann ich dazu beitragen, dass heute Abend noch der Gastgartentourismus ein bisschen angekurbelt wird. (Beifall. Heiterkeit.) Wir werden dem Jahresbericht 2005 nicht zustimmen. Die Begründung hat der Kollege Kapeller bereits ausgeführt. Uns fehlt in diesem Bericht, der ein sehr schöner Bildbericht und ein sehr schöner statistischer Bericht ist, einfach doch die strategische Ausrichtung oder der Bericht der strategischen Ausführung und die Durchführung dessen, was im Kursbuch Tourismus drinnen steht. Das fehlt uns vor allem auch deswegen, weil wir eben eine durchwachsene Statistik haben, wo einerseits Nächtigungen und Aufenthaltsdauer zurückgehen, der Umsatz zwar gestiegen ist, aber der Umsatz sagt nichts über die wirtschaftliche Situation der Betriebe selber aus, sagt auch nichts über die wirtschaftliche Situation der betroffenen Mitarbeiter aus. Also, das fehlt uns in diesem Bericht doch. Und daher werden wir eben nicht zustimmen.

Ein weiterer Grund, dass wir nicht zustimmen, ist auch die Vorlage 952/2006, über die heute bereits wegen der Dringlichkeit diskutiert wurde, wo wir auch der Meinung sind, dass es nicht der richtige Weg ist, hier Beteiligungsmodelle für Vier- und Fünf-Sterne-Hotels zu beschließen, wobei man bei der Diskussion dann so heraus hört, dass man nicht einmal genau weiß, ob und wie viele Fünf-Sterne-Betriebe es in Oberösterreich gibt. (Zwischenruf Abg. Eisenrauch: "Einen!" Zwischenruf Abg. Schürer: "Einen!") Angeblich einen, und alles andere sind Vier-Stern-Betriebe. Also, es geht in erster Linie um Vier-Stern-Betriebe dann, und beim Antrag wird vom Fünf-Stern-Bereich gesprochen. Also das ist eigentlich nur sozusagen eine Luftblase, die man hier anspricht. Ich glaube, dass hier keine Schnellschüsse gemacht wer-

den sollen, sondern dass vernünftig der Tourismus, die Marke Oberösterreich, weiter entwickelt werden soll. Das fehlt uns eben in diesem Bericht. Daher werden wir nicht zustimmen. (Beifall)

Erste Präsidentin: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte Sie, wenn Sie dem Antrag zur Beilage 941/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Der Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir kommen nun zu den Beilagen 942/2006 und 943/2006. Das sind die Berichte des Bauausschusses betreffend die Oö. Bauordnungs-Novelle 2006 und die Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2006. Auf Grund des sachlichen Zusammenhangs werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede führen, aber selbstverständlich getrennt darüber abstimmen. Der Abgeordnete Friedrich Bernhofer wird über beide Beilagen bitte berichten.

Abg. **Bernhofer:** Beilage 942/2006, Bericht des Bauausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Bauordnung 1994 geändert wird (Oö. Bauordnungs-Novelle 2006). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 942/2006.)

Der Bauausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem die Oö. Bauordnung 1994 geändert wird (Oö. Bauordnungs-Novelle 2006), beschließen.

Beilage 943/2006, Bericht des Bauausschusses betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2006). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 943/2006.)

Der Bauausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Oö. Bautechnikgesetz geändert wird (Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2006), beschließen.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung und eröffne mit dem Herrn Abgeordneten Bernhofer die Wechselrede.

Abg. **Bernhofer:** Ja, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich durfte schon früher als Vorsitzender in Unterausschüssen tätig sein, die sich mit dem Thema Bauordnung und Raumordnung beschäftigt haben. Wir haben hier zum Teil sehr sehr lange beraten müssen, einmal sogar über eine Periode hinweg. Es hat also hier Unterausschusssitzungen gegeben in der Zahl von 20 bis 30. Das kann man sich gar nicht mehr vorstellen, wenn man die jetzigen Beratungen angeschaut hat, wo wir mit einem Sechstel der Zeit das Auslangen gefunden haben, obwohl einige sehr heikle Themen zu behandeln waren, die aber alle konsensual gelöst werden konnten. Bei den heiklen Themen darf ich nur kurz erwähnen die Bauten in gefährdeten Hochwassergebieten, das Thema der Handymasten und das Thema der Sesevorientlinie, die auch nicht überall mit Begeisterung aufgenommen wurden.

Trotz dieser und anderer Punkte, damit meine ich vor allem die starke Resonanz der betroffenen Bürger, der Bürgermeister, der Firmeninteressenvertreter, auch eine starke Beteiligung bei der Bürgerbefragung war gegeben, konnten in aller Kürze und durch sehr intensive Beratungen, und was ich besonders heraus streichen möchte, in sehr sachlicher Art und Weise,

gute und vernünftige Kompromisse gefunden werden, die erfreulicher Weise von allen Fraktionen mitgetragen wurden.

Ich darf jetzt nur einige Schwerpunkte dieser beiden Gesetze nennen, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es kommen ja auch nach mir noch Redner, die sicher noch auf einige Punkte eingehen werden. Das eine ist natürlich die Frage der Bauten in Hochwassergebieten. Die gewaltigen Ereignisse des Hochwassers 2002 haben uns eigentlich allen klar gemacht, dass es hier dringend verschiedenster Neuregelungen bedarf. Nach sehr intensiven Diskussionen innerhalb und außerhalb des Landtags, ich denke hier vor allem natürlich an die verschiedenen Eingaben der Gemeinden, ich denke an die Bürger, die in diesen Bereichen leben, und ich möchte die Gelegenheit auch nützen, dem Baureferenten Franz Hiesl zu danken, er hat sich nicht gescheut, auch vor Ort in verschiedenen Orten sich die Argumente der Bürger und der Bürgermeister und Gemeinderäte anzuhören, und hat dann mit den anderen Fraktionen wie bereits erwähnt, die natürlich auch an diesen Diskussionen beteiligt waren, auch versucht, hier Kompromisse herbeizuführen, die für alle Beteiligten tragbar waren.

Der Konsens war nicht immer ganz leicht. Wir haben vor allem in einigen Punkten sehr tief diskutieren müssen. Ich glaube aber, dass die Bauten im Hochwasserbereich ein Beispiel dafür sind, dass wir letztendlich durch gute Beiträge und Vorschläge aller Fraktionen zu einer deutlichen Verbesserung der bisherigen Regelungen gekommen sind und letztlich auch, was glaube ich auch sehr wichtig ist, zu einer Verbesserung des Hochwasserschutzes generell.

Ein zweites auch in diesem Hause oft schon diskutiertes Thema waren im Bereich der Bauordnung die Handymasten. Hier haben wir insofern eine schwierige Situation, da es ja in unserem Fall um die Bauordnung geht und die Menschen eher keine Angst haben von den Bauwerken sondern von den Strahlungen, dieser Bereich unter Gesundheit fällt und eindeutig in der Kompetenz des Bundes ist, und wir daher eine Regelung bezüglich Strahlungen nicht in der Bauordnung treffen konnten.

Das bisherige Problem war sehr vereinfacht dargestellt so, dass viele Menschen, wenn sie von der Arbeit am Abend nach Hause kamen, auf einmal am Nachbargrundstück oder am Dach oder in unmittelbarer Nachbarschaft einen Handymasten vorfanden, ohne jemals davon informiert worden zu sein. Und unsere Kompromissregelung, die wir hier getroffen haben, geht jetzt in die Richtung, dass die Nachbarn informiert bzw. angehört werden müssen und dass dadurch natürlich auch bei einem Anhörungsverfahren das Verfahren deutlich verlängert gegenüber dem bisherigen Verfahren ist und wir daher glauben, dass die Betreiber der Handymasten in Zukunft doch etwas stärker darüber nachdenken werden, ob sie diese Standorte, die sie früher relativ schnell und locker gewählt haben auch in Zukunft den Bürgern zumuten können an dieser Stelle. Das ist das eine. Und weil ja in dem Moment die Bürger informiert werden, natürlich auch Proteste einsetzen, und zum Zweiten wann es zu einem Anhörungsprozess kommt, dauert natürlich das entsprechend lange. Und die Betreiber wollen natürlich möglichst rasch zu ihren Masten kommen.

Wir glauben, dass also dieser Kompromiss dazu beitragen könnte, dass in Zukunft die Betreiber von vornherein harmlosere Standorte suchen und nicht im dichtest verbauten Gebiet und dort wo die Menschen am sensibelsten darauf reagieren. Und ein zweites, wenn es mehr Masten geben würde, wo mehrere Betreiber mit ihren Anlagen drauf sind, damit also nicht an einer Stelle, wo ein Mast genügen würde, letztendlich fünf stehen, ganz egal, wo sie sind, nicht unbedingt zur Schönheit der Landschaft neben allen anderen Aspekten beiträgt. Ich glaube, dass das ein guter Kompromiss ist. Und ich darf letztlich auch noch eines ankün-

digen, dass die Landtagsdirektion sich bereit erklärt hat, mit dem Städte- und Gemeindebund gemeinsam ein Informationsblatt aufzulegen, das sowohl die Bürgermeister noch rechtzeitig vor Inkrafttreten des Gesetzes erhalten werden als dann natürlich die betroffenen Bürger, die von vornherein informiert werden, dass es hier Informations- und Anhörungsrechte gibt, was sie für Möglichkeiten haben, was wir uns in dieser Richtung erwarten, letztlich aber die Bauordnung nicht ein Instrument dafür ist, eine derartige Anlage verhindern zu können, außer es gibt baurechtliche Probleme, die bei gewissen Größenordnungen auch möglich sein könnten.

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigt hat, das war das Thema Lärm- und Schallschutzwände, wo künftig, wenn eine Höhe von drei Meter überschritten wird, ein baubehördliches Anzeigeverfahren notwendig wird. Im Bereich der Passivhäuser haben die Notkamine, die bisher vorgeschrieben waren, den Bauherren immer große finanzielle Probleme bereitet. Diese Probleme sollen ebenfalls mit dieser Novelle beseitigt werden. Zum Thema Barrierefreiheit darf ich kurz mitteilen, wir haben hier zwar Bestimmungen seit 1995, die aber trotzdem immer wieder umgangen wurden. Es ist daher vorgesehen, hier eine Verschärfung in der Form, dass bereits bei der Planeinreichung die Maßnahmen in Richtung Barrierefreiheit entsprechend bestätigt werden müssen und daher eine Umgehung der Bestimmungen von 1995 nicht mehr möglich sein wird.

Zum Thema EU-Konformität darf ich noch mitteilen, dass, wie vorher schon erwähnt, der Einbau der so genannten Seveso-Richtlinie notwendig war. Es wurde auch darüber viel diskutiert, weil natürlich sowohl die Firmen, vor allem in den Ballungsräumen, und die betroffenen Städte hier ihre Ängste haben, die man letztlich aber dadurch abbauen konnte, dass man auf die Praxis in den Ländern verwiesen hat, wo diese Richtlinie bereits in Kraft ist und wo also die Bedenken, die hier geäußert wurden, in dieser Form nicht eingetreten sind.

Ich habe es schon gesagt, das sind einige Punkte, bei weitem nicht alle, die in dem Gesetz geregelt werden. Ich möchte abschließend auf jeden Fall als Vorsitzender des Unterausschusses sehr herzlich danken dem Baureferenten und dem Umweltreferenten, die an allen Sitzungen teilgenommen haben, vor allem auch ihren Fachbeamten, die natürlich hier ganz stark involviert waren; im Besonderen auch der Landtagsdirektion, dem Herrn Landtagsdirektor persönlich. Nachdem wir sehr viel neu formuliert und umformuliert haben und uns immer wieder irgend eine Variante einfallen ließen, war die Landtagsdirektion hier stark gefordert und hat immer prompt, kurzfristig unsere Aufträge erfüllt. Ich glaube, das hat wesentlich dazu beigetragen, dass in wenigen Sitzungen diese beiden wichtigen Gesetzeswerke über die Bühne gebracht werden konnten.

Froh sind wir auch darüber, dass wir auch den Gemeinde- und Städtebund hier miteingebunden hatten, einerseits, weil natürlich wichtige Informationen von dort gekommen sind, und andererseits, weil es auch immer wieder Diskussionen gebraucht hat, vor allem wenn ich an die Handymasten denke, um auch Kompromisse mit diesen Interessensvertretungen schließen zu können. Und nicht zuletzt darf ich natürlich den Kolleginnen und Kollegen und den Mitarbeitern aller Landtagsklubs, die für den Unterausschuss tätig waren, ein herzliches Danke sagen.

Man kann also abschließend feststellen, trotz einer großen Zahl an Teilnehmern bei allen Sitzungen in den Unterausschüssen, zum Teil auch an sehr schwülen Tagen in einem kleinen Raum, das war oft gar nicht so leicht, hat es wenig hitzige Debatten und Gefechte gegeben zu diesem Thema. Und es haben auch viele Köche, die hier beteiligt waren, den Brei nicht verdorben, sondern in relativ kurzer Zeit eine gesunde und typisch oberösterreichische

Kost hergestellt, die, meiner Ansicht nach, sowohl unseren Bürgermeistern als Baubehörde erster Instanz, als auch unseren bauwilligen Mitbürgerinnen und Mitbürgern schmecken wird.

Ich glaube, alles in allem, viele gute Gründe für die Abgeordneten dieses Hauses, sowohl der Bauordnungs- als auch der Bautechnikgesetz-Novelle ihre Zustimmung zu geben. Herzlichen Dank. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Eidenberger.

Abg. **Eidenberger:** Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es vergeht wohl keine Woche, in der in den Medien nicht von verheerenden Naturkatastrophen berichtet wird, von Stürmen, von Erdbeben, von Dürre, von Schneechaos, von Hochwasser. Gerade die immensen Unwetter der vergangenen Woche, wo im nördlichen Waldviertel in manchen Bereichen bis zu 110 Liter auf einem Quadratmeter binnen weniger Stunden niederprasselten, ließen unsere Erinnerungen an die Tage zwischen 8. und 12. August 2002 wieder leidvoll aufkommen.

Die damals von der Naturkatastrophe brutal geschädigten Menschen werden diese Erfahrungen, wie wir wissen, wohl nie in ihrem Leben vergessen können. Sie sind nach wie vor zum Teil heftigst traumatisiert und hoch sensibilisiert. Da genügt oft ein heftiger kurzer Landregen, dass sofort wieder der Katastrophenfilm im Kopf abzulaufen beginnt. Es war bei den Beratungen zu dieser Bauordnung die Überzeugung aller, dass raschest weit reichende gesetzliche Bestimmungen getroffen werden müssen, dass künftig solche Auswirkungen verringert werden und dass nicht wieder unzählige Häuser in den Fluten versinken und Milliarden an Schäden entstehen.

Wir haben uns in einer Überzeugung getroffen, die geheißen hat, ein nicht unwesentlicher Teil dieses Schadens war hausgemacht. Das müssen wir zugeben. In vielen Bereichen, die schon in den letzten Jahren immer wieder überschwemmt wurden, dürften, sollten keine Wohnbebauungen stehen. Wenn dann aber im Gesetzesentwurf der Bauordnungs-Novelle anfangs drinnen gestanden ist, dass künftighin alle Bereiche, die 2002 überflutet wurden, in Zukunft nicht mehr bebaut werden dürfen, dann habe ich das einen Nonsens genannt. Warum? Weil bei dieser Katastrophe von 2002 im ganzen Bundesland riesige Gebiete überflutet wurden, die seit Menschengedenken noch nie Hochwasser gesehen haben.

Dieser Gesetzesentwurf hat im ursprünglichen Entwurf auch ein Bauverbot für Neu-, Zu- und Umbauten von Gebäuden im 30-jährigen Hochwasserabflussbereich gefordert. Das hätte dazu geführt, dass zum Beispiel in der Stadt Steyr, wie auch in vielen anderen Gemeinden Oberösterreichs große Teile der Ortsgebiete, des Stadtgebietes von Steyr sofort hätten abgesiedelt werden müssen, weil nicht einmal mehr Sanierungsarbeiten dort getätigt werden hätten dürfen. Diese Formulierung war aber auch - und daraus sollten wir lernen - insofern unsensibel, weil sie in den folgenden Wochen und Monaten, in denen dieser Entwurf in der Bevölkerung diskutiert worden ist, sehr viele Leute unheimlich verunsichert; manche haben mit diesem Verbot sogar eine quasi Enteignung befürchtet.

Ich glaube, dass Politik Hoffnung verkaufen soll und nicht Ängste noch weiter schüren soll. Hoffnung insofern, dass wir, die Verantwortlichen, tatsächlich alles zum Wohle der Menschen überlegen und sie nicht noch weiter mit solchen Bemerkungen oder Formulierungen in Gesetzesentwürfen verunsichern. Ich freue mich aber, dass die Beratungen, wie auch schon der Kollege Bernhofer gesagt hat, in einer sehr vernünftigen Atmosphäre abgeführt wurden

und dass letztendlich ein Gesetz entstanden ist, mit dem nicht nur alle leben können, sondern wovon wir überzeugt sind.

Kurz zum Inhalt: Eine Neuwidmung von Bauland im Risikogebiet eines 30-jährlichen Hochwassers, also HQ-30, ist ja seit der Novelle des Raumordnungsgesetzes vom vergangenen Herbst bereits verboten bzw. im Bereich des 100-jährlichen Ereignisses, also HQ-100, erschwert. Bei Grundstücken, die schon vorher gewidmet waren, muss nun die Behörde prüfen, ob ein Neubau möglich ist bzw. ob die Fläche tatsächlich als Bauplatz geeignet ist. Eine tatsächliche Bauplatzbewilligung im 30-jährigen, als auch im 100-jährigen Hochwasserabflussbereich darf aber nur unter der Bedingung ausgestellt werden, wenn tatsächlich der Zu-, Neu- oder Umbau von Gebäuden entsprechend hochwassersicher ausgeführt wird, wobei unter hochwassersicher zu verstehen ist, dass die Fußbodenoberkante von Wohnräumen, von Stallungen oder von Räumen mit ganz wichtigen betrieblichen Einrichtungen mindestens 20 Zentimeter über der HQ-100-Anschlaglinie beginnen darf.

Unter hochwassersicher ist auch eine aufgeständerte Bauweise zu verstehen, genauso wie eine flüssigkeitsdichte Wanne, oder die Verwendung von hochwassersicheren Materialien. Bekannterweise haben wir große Schäden gehabt beim Hochwasser 2002, wo mit Rigips und ähnlichen Materialien gebaut wurde. Es ist aber auch ein mobiler Hochwasserschutz, Dämme, Mauern usw. unter hochwassersicher zu verstehen.

Klar geregelt ist auch, dass die Areale, die in der roten Zone liegen, also im unmittelbaren Gefährdungsbereich, auf keinen Fall bebaut werden dürfen, weil eben dort eine direkte Gefahr für Leib und Leben besteht. Wir wissen, dass darunter gemeint ist: 1,5 Meter Wasserstand oder wenn die Wasserströmung zwei Meter pro Sekunde beträgt. Ausnahmen für eine Bebauung werden nur dort möglich sein, wo es sich um Baulücken handelt oder, wie es im Gesetz heißt, wenn sonst keine Siedlungsentwicklung mehr möglich ist. Da sind speziell diese Altstadtbereiche, die ich vorher schon angezogen habe, gemeint.

Die 30- bzw. 100-jährigen Hochwasserabflussbereiche sind zudem auch wie die jeweiligen Gefahrenzonenpläne im Flächenwidmungsplan ersichtlich zu machen, wobei auch zu sagen ist, dass bereits realisierte Rückhaltebecken, Retentionsbecken, Flutmulden, Profilanpassungen, Hochwasserschutzdämme usw. zur Folge haben, dass die dahinter liegenden Grundflächen aus dem 100-jährigen und somit auch aus dem 30-jährigen Hochwasserabflussbereich herausfallen können.

Summa summarum kann man sagen, dass sich die Beratungen mehr als gelohnt haben. Wir haben sicherlich ein Gesetz geschaffen, das mit Augenmaß die Problemstellung regelt. Ich bedanke mich bei allen Mitwirkenden für ihr faires, ehrliches und engagiertes Bemühen am Zustandekommen dieses Gesetzes.

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Wageneder.

Abg. **Wageneder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die Hochwasserproblematik werde ich nur ganz kurz eingehen, weil ja schon fast alles gesagt wurde. Also in dieser Gesetzesnovelle war für die Baugebiete, die bereits umgewidmet sind, zu regeln, wie im Hochwassergebiet die Bauten auszusehen haben. Ich denke, wir haben hier einen Kompromiss gefunden, der Schritt für Schritt die Bautätigkeit aus diesen Hochwassergebieten hinausdrängen wird.

Ich möchte jetzt noch auf ein paar andere Aspekte, die auch in dieser Bauordnung, in diesem Bautechnikgesetz neu geregelt sind, eingehen. Die Stärkung der Nachbarrechte: Bisher hatte nur der direkte Anrainer oder die direkte Anrainerin Mitspracherecht beim Einfamilienhausbau. Diese Nachbarrechte wurden jetzt auf zehn Meter ausgedehnt. Das heißt, wenn auch ein Weg dazwischen ist, haben auch jene Nachbarn jetzt ab Grundstücksgrenze, in zehn Meter Entfernung wohnen, Parteistellung. Bei allen anderen Bauvorhaben wurden die Nachbarrechte auf 50 Meter ausgedehnt; z.B. denke ich hier an die Ordination eines Arztes oder vielleicht an ein Architekturbüro, wo es ja wirklich sinnvoll ist, weil auch verstärkter Verkehr zu erwarten ist oder natürlich auch im Massentierhaltungsbereich, wo verstärkte, erweiterte Nachbarrechte wichtig sind.

Neu drinnen ist auch die Stellung der Umweltschutzbehörde. Sie hat bei Bewilligungsverfahren nun auch Parteistellung. Die Regelungen zum Mobilfunk: Darüber haben wir heute auch schon einiges gehört. Dass hier das hauptsächlich in Bundeskompetenz liegt. Trotzdem denke ich, dass diese Regelung, die wir hier getroffen haben, indem die Mobilfunkbetreiber die Unterschrift der Anrainer einzuholen haben und wenn sie das nicht erreichen, ein einfaches Bauverfahren wie beim Einfamilienhaus abgewickelt werden muss, zumindest damit erreichen kann, dass diese Nacht- und Nebelaktionen verhindert werden können; z.B. wenn ich aufwache, steht ein halbfertiger Mobilfunkmasten vor meinem Fenster. Natürlich ist es so, dass trotzdem jetzt gesundheitliche Aspekte hier weiterhin keine Rolle spielen.

Ganz wichtig sind uns Grüne auch die Fahrradgaragen bei allen Neubauten. Es geht hier um die Stärkung der sanften Mobilität. Ich denke, besonders wichtig ist das für Kinder ab zehn Jahre, für Jugendliche, aber auch für Frauen, dass sie die Fahrten zum Einkaufen, zu Ämtern oder sonstige Wege auch bequem mit dem Fahrrad zurücklegen können. Wenn ich zum Beispiel gerade an die Bezirksstädte denke, wo wir natürlich auch keine Straßenbahn haben. In Ried komme ich mit dem Fahrrad viel schneller vorwärts als mit dem Auto. Ich stecke nicht im Stau, es ist angenehmer, und auch die Menschen, die in der Stadt bummeln, die dort einkaufen oder im Gastgarten sitzen, sind sicherlich froh, wenn es weniger Autoabgase gibt. Das, denke ich, wird jetzt durch diese Fahrradgaragen erleichtert, denn es ist jetzt bei allen Bauten außer bei den Ein- und Zweifamilienhäusern in der Nähe des Eingangs ein überdachter ebenerdiger Abstellplatz für Fahrräder zu errichten.

Barrierefreiheit, verschärfte Regelung, haben wir heute auch schon gehört, dass die Baubehörde auch prüfen muss, ob die Barrierefreiheit eingehalten werden muss; auch hier die Verknüpfung mit dem Antidiskriminierungsgesetz, die auch neu in das Gesetz hinein gekommen ist und dass natürlich der Bürgermeister dann auch tatsächlich haftbar wäre, wenn Betroffene klagen, weil eben die Barrierefreiheit nicht gegeben ist. Ich denke, das ist nicht nur ein großes Plus für Rollstuhlfahrer, Rollstuhlfahrerinnen. Es kann da jeden von uns einmal treffen nach einer Verletzung, einem Kreuzbandriss oder nach einer Meniskusoperation oder wenn wir mit Krücken gehen, haben vielleicht viele von uns schon die Erfahrung, dass es dann wirklich schwierig ist, Stufen usw. zu bewältigen. Auch für Mütter mit Kinderwägen ist es wichtig, dass möglichst barrierefrei gebaut wird.

Neu auch die Notkamine beim Passivhausbau. Diese Notkamine, die bei Stromausfall oder bei Heizungsausfall in einem Haus zu installieren sind, damit ein Notofen angeschlossen werden kann, darauf kann man bei Passivhäusern wirklich verzichten, weil der nötige Wärmeausfall ist allein durch Körperwärme oder durch Kerzen oder durch die Sonneneinstrahlung auszugleichen. Gerade Passivhäuser tragen ja auch einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz bei. Die Wertschöpfung bleibt in der Region. Es gibt mehr Arbeitsplätze, zum Beispiel bei Baufirmen durch die erhöhte Dämmung. Es kostet insgesamt weniger, denn die

erhöhten Baukosten dieser Passivhäuser amortisieren sich ja durch die niedrigeren Heizkosten. Für den Klimaschutz, wenn wir an den CO₂-Ausstoß denken, ist es natürlich ganz wichtig, dass auch im Wohnbau entsprechend dazu beigetragen wird.

Zum Schluss bedanke ich mich auch herzlich bei der Baurechtsabteilung, auch bei Frau Dr. Sperker und beim Verfassungsdienst für die elegante Einarbeitung der Handymastenregelung. Ich denke, dass die Bauordnung, das Bautechnikgesetz ein Gesetz in die richtige Richtung ist. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Brunner.

Abg. Brunner: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Oberösterreichische Bauordnung ist ja seit gut sechs Jahren in Kraft und hat uns eigentlich in der Praxis viel weniger Bürokratie gebracht. Das beginnt schon mit Unterschriften der Nachbarn, um sich ein Bauverfahren zu ersparen. Rückblickend gesagt ist diese Oberösterreichische Bauordnung sehr, sehr erfolgreich umgesetzt worden. Darum geht es jetzt bei dieser Novelle nicht um wesentliche Änderungen, wir haben das ja im Vorfeld schon gehört, sondern um einige Klarstellungen und Anpassungen.

Ich möchte jetzt konkret zu der Bebauung in nicht hochwassersicheren Gebieten ein paar Ausführungen bringen. Das Hochwasser 2002, ich glaube, das war eine der größten Katastrophen, die wir je erlebt haben. Ich habe persönlich dieses Hochwasser das erste Mal so richtig bewusst erlebt, und wenn ich dann an diese Bilder denke, wo wir mit Booten über die Bäume gefahren sind und wo wir in Ortschaften gekommen sind, wo aus der zweiten Etage die Bewohner in die Boote eingestiegen sind, also das ist wirklich traumatisierend gewesen. Neben dem materiellen Schaden, der enorm gewesen ist, und auch, glaube ich, zu den größten Schadensfällen für Oberösterreich dazuzurechnen ist, war es eigentlich das allerschlimmste diese Betroffenheit, diese Hilflosigkeit, diese Verzweiflung, Ratlosigkeit, das könnte man unendlich fortsetzen, der Menschen in unserem Land, die dort wohnen oder die dort gewohnt haben. Und ich traue mir wirklich zu sagen, nach vier Jahren ist es gelungen, mit vereinten Kräften unser Land wieder in Ordnung zu bringen. Auf der einen Seite durch den Fleiß der betroffenen Menschen, aber auch auf der anderen Seite durch die Unterstützung des Landes Oberösterreich aus dem Katastrophenfonds. Und wir dürfen niemals vergessen, diese einzigartige Hilfsbereitschaft der Mitmenschen in unserem Land, die gearbeitet haben und die gespendet haben. Und so ist in unserem Land eigentlich nichts mehr zu spüren von dieser Katastrophe. Ich bin dort daheim, ich weiß was dort gebaut worden ist und kann das glaube ich sehr, sehr gut beurteilen.

Aber unsere Aufgabe heute hier ist es aufzupassen, dass so etwas nicht mehr in einem so großen Ausmaß passieren kann und darum auch diese Anpassungen der Bauordnung im Hochwassergebiet. Wir wissen ganz genau, es wird wieder ein Hochwasser geben. Das ist uns ganz klar, das ist die Natur der Sache. Wir wissen nicht wann, aber wir müssen vorbereitet sein. Ich glaube dort müssen wir auch dafür sorgen, dass wir einen raschen Ausbau des Hochwasserschutzes vorantreiben. Wir haben gestern einen Unterausschuss Hochwasser gehabt. 385 Projekte sind in Planung und Vorbereitung und teilweise werden sie mit Hochdruck umgesetzt. Und diese Angst, dass die notwendigen Budgetmittel nicht vorhanden sind, ist auch nicht mehr gegeben. Der Bund hat die Zusage gegeben, jährlich 4,5 Millionen Euro plus zur Verfügung zu stellen und das auf 10 Jahre. Und das ist wirklich unserem Herrn Landeshauptmann zu verdanken, der mit enormen Einsatz dieses Ergebnis nach Hause gebracht hat.

Mit diesem Geld können wir die Projekte umsetzen und auch das Hochwasserschutzprogramm zügig voranschreiten lassen. Aber auf der anderen Seite ist es einfach die Bauordnung, die auch Regelungen schaffen muss. Und wenn ich jetzt so hinschaue zu Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, diese Erstvorlage war schon etwas hart formuliert. Aber wenn man weiß, aus was für einen Hintergrund das entstanden ist und ich habe es eh schon zweimal gesagt, ich komme aus diesem Gebiet, dass wir heute in Aussiedlergebieten Häuser wegreißen oder zum Teil schon weggerissen worden sind, die kaum bezogen worden sind oder überhaupt nicht bezogen worden sind, dann ist es notwendig, dass wir dort etwas tun. Und es ist auch verständlich, dass man vielleicht sehr hart reagiert hat.

Es ist gelungen, einen gangbaren Kompromiss zu finden über alle Fraktionen hinweg und da sage ich auch wirklich ein herzliches Danke dir Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, dass du dir die Zeit genommen hast für die Bürgerbefragungen, für die Bürgerberatungen und dort sehr, sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet hast und im Vorfeld schon sehr viel abgeklärt werden konnte. Der Dank gilt natürlich auch den Mitgliedern aller Fraktionen hier im Haus, die sich mit einer guten Diskussion eingebracht haben und so durch die gute Zusammenarbeit diese Einstimmigkeit im Unterausschuss zusammengebracht haben.

Diese Novelle gibt uns glaube ich sehr klare Vorgaben für die Bebauung von gewidmeten Flächen in nicht hochwassersicheren Gebieten, die ja zum Teil mit einer Bausperre belegt worden sind. Es ist möglich unter bestimmten Auflagen, diese Auflagen werde ich jetzt auch nicht mehr alle erzählen, das haben wir glaube ich schon alles gehört, in Zukunft in diesen Gebieten wieder zu bauen und so auch vielen Orten und Bürgermeistern die Weiterentwicklung ihrer Orte zu ermöglichen.

Ich glaube sagen zu können, die oberösterreichische Bauordnungsnovelle ist im Sinne der Menschen in unserem Land, trägt auch zu ihrem eigenen Schutz bei und daher bitte ich um Zustimmung. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Prinz.

Abg. Prinz: Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Auch ich habe dem Unterausschuss angehört, der sich mit der Bauordnung bzw. mit dem Bautechnikgesetz im Eilzugstempo beschäftigt hat und sehr konstruktiv gearbeitet hat. Und ich bin auch der Meinung, dass diese Überarbeitung zum Wohle der Gemeinden und zum Wohle der Bürger ausgefallen ist. Insbesondere darf ich erwähnen aus dem Bautechnikgesetz, die Bestimmungen hinsichtlich der Baumassen im Hochwasserabflussbereich, im Hochwassergefahrenbereich. Und zu dem haben sich bereits mehrere Redner gemeldet. Ergänzend möchte ich mich auch noch melden, und zwar zum Neubau bzw. zur Errichtung von überdachten Abstellplätzen für Fahrräder bei Neuhausbauten, ausgenommen Kleinhausbauten. Ich glaube diese Bestimmung ist auch erwähnenswert und zweckmäßig.

Zur Bauordnungsnovelle möchte ich in Erinnerung rufen, dass gerade wir Sozialdemokraten es waren, die bereits im Jänner 2004 mit einem Initiativantrag, der Beilage 84, gefordert haben, dass Lärm- und Schallschutzwände in den Geltungsbereich der oberösterreichischen Bauordnung aufgenommen werden sollten. Die Gründe waren gegeben, und zwar hat es mehrere Beschwerden gegeben, wo im Bereich zwischen Bauland und Gewerbegebiet Schallschutzwände, Lärmschutzwände vorgeschrieben wurden und in Meterhöhe und darüber hinaus errichtet wurden. Es hat keine Maßnahmen gegeben für die Gemeinden, für die Bürgermeister, keine Möglichkeiten gegeben wirksam einzugreifen.

Neu im Paragraph 25 ist angefügt, dass bei der Errichtung einer Lärm- und Schallschutzwand von mehr als drei Meter Höhe über dem Gelände eine baubehördliche Anzeigepflicht vorliegt. Dabei soll eine Prüfung im Hinblick auf Belange des Orts- und Landschaftsbildes und der Statik erfolgen. Neu geregelt wird im Paragraph 25 auch der Bereich betreffend Errichtung von Stützmauern und frei stehenden Mauern. Anzeigepflichtig sind künftig diese Stützmauern mit einer Höhe von mehr als einem Meter fünfzig bzw. bei aufgesetztem Zaun bei mehr als zwei Meter fünfzig über dem tiefer gelegenen Gelände. Auch hier hat es gerade draußen immer wieder Schwierigkeiten gegeben, wenn im Hangbereich Stützmauern errichtet worden sind, diese Stützmauern etwas hoch ausgefallen sind und dann die Baubehörde vorschreiben hat müssen, dass absturzgefährdete Stellen gesichert werden müssen und daher noch ein Zaun aufgesetzt werden musste.

Werte Kollegen, werte Kolleginnen! Erfreulich für uns auch die Einigung im Bereich einer Regelung betreffend die Errichtung von Handymasten, vor allem im verbauten Gebiet. Es ist schon klar, dass es sich bei diesem Bereich um eine Bundeskompetenz handelt, der durch die Bauordnung nicht wirklich regelbar ist. Durch unsere Initiative, wir haben das steiermärkische Modell in die Diskussion eingebracht, wird nun den Baubehörden die Möglichkeit der Einflussnahme betreffend Standort doch gegeben. Bei Errichtung von Handymasten bis 10 Meter ist die Zustimmung bzw. die Unterschrift der Nachbarn, hier sind die Grundeigentümer gemeint, notwendig. Bei mehr als 10 Metern wird dieser Zustimmungsbereich auf 50 Meter ausgedehnt. So soll sichergestellt werden, dass der Standort eines Handymastes einer sorgfältigen und bürgernahen Beurteilung unterzogen wird. Hier geht es uns vor allem um eine ausreichende Information der betroffenen Nachbarschaft, der betroffenen Bürger. Uns ist schon klar, dass diese im Zustimmungsbereich liegenden Grundeigentümer zwar keine Parteienstellung besitzen, aber wir sind überzeugt, dass durch diese Maßnahmen sowohl der Baubehörde, der Gemeinde und auch der betroffenen Bevölkerung eine Gestaltungsmöglichkeit gegeben wurde oder gegeben wird.

Diese Einbeziehung der Nachbarn gilt aber nicht im Bereich eines Betriebsbaugebiets oder einer Grünlandwidmung. Es soll durch eine Musterinformation des Landes den Gemeinden eine Unterlage geliefert werden, mit der eine einheitliche Information aller Gemeinden erfolgen kann und erfolgen wird.

Abschließend möchte auch ich mich bei all jenen bedanken, die im Unterausschuss und im Ausschuss mitgearbeitet haben und die wirklich konstruktiv zusammengearbeitet haben. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Ich erteile dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl das Wort.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Hiesl:** Frau Landtagspräsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben in Oberösterreich ein brauchbares Baurecht. Wir haben 1999 von Bayern das Baurecht abgeschrieben, haben das Baurecht wesentlich vereinfacht und können heute davon ausgehen, dass wir 90 Prozent aller Baugenehmigungen eines Jahres ohne vorangegangene Bauverhandlung ausstellen können.

Wir mussten das Baurecht novellieren, weil uns ein oberstes Gericht die Abstandsbestimmungen gehoben hat. Daher ist es zu dieser Novelle gekommen. Wir haben weiters vernünftige Formulierungen gefunden, was die Nachbarrechte anbelangt und wir haben vor allem die große Problematik Hochwasser in dieser Baurechtsnovelle ordentlich und vernünftig geregelt.

Nach dem Hochwasser 2002 war jedem klar, dass es so nicht weiter gehen kann. Die Frau Abgeordnete Brunner hat die Situation im Bezirk Perg beschrieben, wo wir neueste Häuser wegreißen, ablösen müssen, weil die Gemeinden die Prüfung der Baulandeigenschaft nicht in einem entsprechenden Ausmaß vorgenommen haben. Die Gemeinden hätten niemals eine Baubewilligung auf diesen Flächen erteilen dürfen. Sie haben sie aber trotzdem gegeben und das Ergebnis war dann halt so, dass wir viele tragische Fälle, menschliche Katastrophen erlebt haben. Junge Leute, die vor dem neuen Haus stehen, wo die ganzen Schulden noch drauf sind und das Haus größtenteils zerstört ist. Solche Dinge dürfen sich nicht mehr wiederholen. Da war im Jahr 2002 im Hochwasserausschuss des Landtages ziemlich klare Übereinstimmung. Mit dem Abstand zum Ereignis ist natürlich klar, dass die Betroffenheit wieder etwas abnimmt und dass man doch glaubt, dass so etwas nicht mehr eintreffen wird.

Ich habe zugegeben eine relativ scharfe Formulierung auf den Tisch gelegt, habe das formuliert, was nach 2002 in dem Haus übereinstimmende Meinung war. Ich habe aber zur Kenntnis genommen, dass mit dem Abstand die Betroffenheit auch wieder etwas abgenommen hat. Ich war hoch interessiert zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Ich habe mir daher auch die Tour angetan und bin zu Bürgerversammlungen, insbesondere nach Steyr gegangen, nachdem dort eine große Unruhe war und ich habe in kürzester Zeit gesehen, dass die Bürger diesen Weg eigentlich bereit sind mitzugehen, wenn man ihn nur richtig erklärt.

Und wir haben auch bei den anderen Informationsveranstaltungen im Linzer Bereich und im Grieskirchner Bereich gesehen, dass eigentlich die Bürger schon Verständnis dafür gehabt haben, dass hier diese Bestimmungen klarer geregelt werden müssen, zu ihrem Schutz klarer geregelt werden müssen. Wir machen natürlich über das ganze Land große Schutzmaßnahmen, die kosten viel Geld, wir müssen aber auch bei Neubebauungen die entsprechende Sensibilität haben, dass eben die Bauwerke so ausgeführt werden, dass nicht das nächste Wasser und das kommt ganz sicher, wieder den großen Schaden anrichten kann.

Zum Schluss bin ich froh und dankbar, dass die Bauordnung von allen mitgetragen wird. Sie ist einfach mehr wert, wenn alle Fraktionen dahinter stehen. Ich habe auch gespürt, dass bei allen Fraktionen ein Ringen war. Was kann man denn noch formulieren? Wie können wir es denn formulieren, dass es auch für die Leute zum Tragen ist, dass die Gemeinden eine Entwicklungsmöglichkeit haben und trotzdem dem Anliegen Rechnung getragen wird? Darum bin ich persönlich froh, dass diese Einstimmigkeit am Ende gegeben war.

Auch noch einen Satz zur leidigen Thematik Handymasten. Ich habe großes Verständnis für das Anliegen. Ich habe nur ein bisschen Angst gehabt, dass wir möglicherweise den Bürgern etwas vormachen, was wir letztendlich nicht einlösen können. Wir haben aber auch hier eine Formulierung gefunden, wo wir dreimal dazugesagt haben, das dient der Information der Bürger, gibt aber den Bürgern nicht die Handhabe, dass sie alles verhindern können. Unter diesem Gesichtspunkt war das glaube ich auch ein vernünftiger Kompromiss.

Zum Schluss bedanke ich mich für die einhellige Willensbildung bei allen vier Landtagsfraktionen. Ich bedanke mich im Besonderen beim bewährten Unterausschussvorsitzenden, dem Engelhartzeller Altbürgermeister, der natürlich die entsprechende Erfahrung hat, der das mit großer Souveränität geführt und geleitet hat. Ich bedanke mich aber auch bei der Landtagsdirektion, beim Herrn Landtagsdirektor in besonderer Weise, der auch die Gabe hat immer wieder Brücken zu bauen und ich bedanke mich bei meiner Baurechtsabteilung, beim Mag. Petermandl, der uns von der rechtlichen Seite hier begleitet hat. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit. (Beifall)

Erste Präsidentin: Damit schließe ich die Wechselrede und lasse über beide Anträge abstimmen, zuerst über die Beilage 942/2006. Wenn Sie dem Antrag zur Beilage 942/2006, das ist die Oö. Bauordnungs-Novelle 2006, zustimmen bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist einstimmig. Und die Beilage 943/2006, das ist die Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2006. Wenn Sie ihr zustimmen, bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Auch das ist einstimmig angenommen.

Wir behandeln die Beilage 944/2006. Das ist der Bericht des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten, betreffend die Fassung eines Grundsatzbeschlusses über die Errichtung und den Betrieb der verlängerten Straßenbahnlinie "3" auf das Harter Plateau im Bauabschnitt Weingartshof. Der Herr Abgeordnete Pilsner ist gebeten darüber zu berichten.

Abg. Pilsner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bericht des Ausschusses für Verkehrsangelegenheiten betreffend die Fassung eines Grundsatzbeschlusses über die Errichtung und Betrieb der verlängerten Straßenbahnlinie "3" auf das Harter Plateau (Bauabschnitt Weingartshof). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 944/2006.)

Der Ausschuss für Verkehrsangelegenheiten beantragt, der hohe Landtag möge den vorstehenden Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen und die Oö. Landesregierung beauftragen, auf der Grundlage der im Bericht genannten Eckpunkte die Verhandlungen weiterzuführen und dem Oö. Landtag einen konkreten Vertragsentwurf vorzulegen.

Erste Präsidentin: Ich bedanke mich für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede und erteile der Frau Abgeordneten Peutlberger-Naderer das Wort.

Abg. Peutlberger-Naderer: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, lieber Berichterstatter, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als zuständiger Referent für diesen Antrag wäre der Landeshauptmann-Stellvertreter Erich Haider lieber hier, als mit akuten Schmerzen beim Zahnarzt. Ich möchte ihn hier sozusagen entschuldigen.

Zum Thema: Eine Straßenbahn bis hin zur A1, als schnelle Verbindung zum Hauptbahnhof Linz, das ist ein herausragendes Projekt für Linz-Land. Schon die erste Etappe auf der B 139 durch das Stadtgebiet von Leonding wird den Menschen in Linz-Land gute Dienste leisten. Man sieht ja die Trasse schon und alles wartet, dass wir heute diesen Grundsatzbeschluss über die Errichtung und den Betrieb der verlängerten Straßenbahnlinie "3" fassen. Mit der hohen Reisegeschwindigkeit wird diese Straßenbahn die Autostaus überholen und die Attraktivität zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr wird deutlich.

Angesichts der hohen Pendlerzahlen und der hohen Treibstoffpreise brauchen unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Schüler und auch alle anderen ein attraktives, schnelles Umstiegsangebot. Geben Sie diesem Grundsatzbeschluss Ihre Zustimmung und die Priorität. Mein Dank für den Einsatz gilt dem Landeshauptmann-Stellvertreter Haider für seine zukunftsweisende Arbeit für den öffentlichen Verkehr. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Klubobmann Mag. Steinkellner.

Abg. Mag. Steinkellner: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als einziger Leondinger möchte ich mich einfach hier im Landtag bei allen bedanken. Vor 15

Jahren haben wir bereits damals in Leonding, Wolfgang und andere Leondinger, gemeinsam das alle gewollt und das wird jetzt Wirklichkeit. Dankeschön. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlböck.

Abg. **Mühlböck:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte mich noch einmal ganz kurz zu diesem Thema melden. Es ist mir ein ganz großes Bedürfnis im Namen der Region Linz-Land hier Danke zu sagen. Wenn wir heute hier einen richtungsweisenden, in Richtung öffentlicher Nahverkehr, Beschluss fassen. Es war die AXIS-Studie, die auch in Wolfgang seinem Namen, ist sehr gut, ja, und aller Namen, die Initiatoren waren, dass auf die Prognos-Studie darauf folgend die AXIS-Studie ins Leben gerufen wurde, wo wir, die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker von Linz-Land, gesagt haben, es muss einfach mehr sein im Bereich B 139, im Bereich Linz-Leonding-Traun-Ansfelden. Es ist die große Chance, dass hier ein Wirtschaftsraum noch mehr verbunden durch das öffentliche Verkehrsmittel zusammenwächst. 350.000 Menschen, die hier leben, die hier Arbeit finden und die in die Stadt Linz ein- und auspendeln genauso wie in den Bereich nach Linz-Land.

Wir haben uns Vorbilder genommen, wir haben uns angesehen die Modelle wie zum Beispiel in Karlsruhe und wir sind ganz sicher, es wird aus der Prognos-Studie so auch empfohlen, dass wirklich hochwertiges Straßenbahnmateriale dann unterwegs ist auf das Harter Plateau, in späterer Folge nach Traun und darüber hinaus bis nach Nettingsdorf. Ich möchte mich bedanken auch bei der Stadt Leonding, die in raumordnerischer Sicht hier Vorkehrungen getroffen hat, die wirklich hier sehr weitsichtig bei den raumplanerischen Überlegungen gearbeitet hat und Dankeschön auch, dass sie die 20 Prozent für die Errichtung, für die Planung mittragen. (Zwischenruf Abg. Mag. Steinkellner: "Bitte sehr!") Das ist bei 150 Millionen Euro sicherlich ein sehr erklecklicher Betrag. Ich danke auch der Stadt Linz, der Linz AG, den Linz-Linien, der Oberösterreichischen Verkehrsverbund GmbH und auch noch einmal wie gesagt Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dipl.-Ing. Erich Haider, der von der ersten Minute an an dieses Projekt geglaubt hat und es immer wieder auch forciert und in den Vordergrund gestellt hat. Ich bedanke mich wie gesagt auch bei den Expertinnen und Experten, die dieses Projekt aufbereitet haben und ich denke, es ist ein wichtiger Zukunftsschritt in Richtung Schienennahverkehr, Entlastung der Umwelt und im Zusammenwachsen des Großraumes Linz - Linz-Land. (Beifall)

Erste Präsidentin: Danke sehr. Möchte sich noch jemand aus der Region oder aus dem Land Oberösterreich bedanken? (Heiterkeit.) Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Wechselrede. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 944/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Das ist die einstimmige Annahme.

Wir behandeln die Beilage 945/2006, das ist der Bericht des Kontrollausschusses über den Bericht des Rechnungshofs betreffend das Bundesland Oberösterreich; Tätigkeit im Jahr 2005. Ich bitte Herrn Arnold Weixelbaumer, darüber zu berichten.

Abg. **Weixelbaumer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Bericht des Kontrollausschusses über den Bericht des Rechnungshofs betreffend das Bundesland Oberösterreich; Tätigkeit im Jahr 2005. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 945/2006.)

Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: 1. Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofs in Bezug auf das Bundesland Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2005 wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.

Erste Präsidentin: Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede, erteile dem Herr Abgeordneten Ing. Öller das Wort.

Abg. Ing. Öller: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte anfangs mich für mein etwas ramponiertes Aussehen entschuldigen. Wenn der Kollege Weinberger und der Makor Christian auch ein bisschen ramponiert sind, soll das aber nicht bedeuten, dass bei uns im Innviertel der Wahlkampf so heftig geführt wird. Bei mir war eine Fahrradbremse schuld. (Erste Präsidentin: "Aber die Raufereien, gell?" Zwischenruf Abg. Bernhofer: "Im Bezirk Schärding fehlt uns eh noch ein Ramponierter!") Unverständliche Zwischenrufe) Sehr geehrte Damen und Herren! Der Bericht des Rechnungshofes wurde, wie schon gesagt, im Kontrollausschuss behandelt und hier einstimmig angenommen, aber in diesem Bericht vor allem betreffend die Immobilienbeschaffung des Landes fallen einige Kritikpunkte des Rechnungshofes auf, mit denen auch der Landtag konfrontiert werden sollte. Es ist diesbezüglich auch im Kontrollausschuss eine gewisse Diskussion geführt worden. Das Land hat ja ab dem Jahr 2002 an die Landes-Immobilien GesmbH Liegenschaften verkauft und diese dann wieder größtenteils zurückgeleast. Die Begründung war der Vorsteuerabzug und dass auf Landesebene eben mehrere Abteilungen sich mit diesen Aufgaben zu beschäftigen hatten. Und in diesem Zusammenhang muss man sich die Frage stellen, wenn Vorsteuerabzugsberechtigung natürlicherweise durch die Landes-Immobilien GmbH gegeben ist, das Land dann aber diese Liegenschaft wieder zurückmietet, dann fällt ja da natürlich Umsatzsteuer an und da ergibt sich die Frage, inwieweit ist da ein Saldo gegeben, ein positiver Saldo für das Land, da habe ich bis jetzt eigentlich noch keine Auskunft bekommen, was das Land sich durch diese Transaktion ersparen kann. Und es ist auch kritisiert worden, dass auch jetzt weiterhin vorwiegend Landesbedienstete im Dienste der Landes-Immobilien GmbH wieder mit diesen Aufgaben beschäftigt werden und da muss man sich die Frage stellen, worin liegt der personelle Sinn dieser Ausgliederung?

Wenn ich zuerst von steuerpolitischen Dingen gesprochen habe, dann amüsiert es mich natürlich auch in diesem Zusammenhang, wenn die öffentliche Hand hier Steuertricks anwendet. Ich habe bei mir gedacht, wenn jetzt zum Beispiel die Bundes-Immobilien-Gesellschaft auch deswegen gegründet wird, ob dann der Bund sozusagen selbst den Auftrag gegeben hat, Steuern zu sparen zu Lasten des Finanzministers. Und das ist ein Weg, der mir in dem Zusammenhang etwas komisch erscheint, um es sehr milde auszudrücken. Aber vielleicht habe ich da einen falschen Denkansatz zum Thema Ausgliederung und Privatisierungen. (Zwischenruf Abg. Trübswasser: "Der Stadtrat Mayr ist da Experte!") Ich weiß, wahrscheinlich mehr wie so manch andere Experten, natürlich, der Stadtrat Mayr kann das auch gut, natürlich. Vielleicht hat sich das Land ihn als Vorbild genommen.

Der Rechnungshof kritisiert auch die Wertermittlung, die durch die Landesbediensteten vorgenommen wurde, beispielsweise, wenn ich da ein paar Zitate vorbringen darf, in zahlreichen Fällen war es nicht möglich, die den Wertermittlungen zugrunde liegenden Berechnungen nachzuvollziehen. Oder, der Rechnungshof entgegnete, dass sich Wertermittlungen auf aktuelle Daten gründen sollten. Ferner sollten die zugrunde liegenden Berechnungen widerspruchsfrei und nachvollziehbar sein. Das ist eine Kritik, die durchaus ernst zu nehmen ist und da ist auch oft die Diskrepanz zu Tage getreten, dass wenn der Verkehrswert nicht ermittelt werden konnte, dann die Sachwerte hergenommen wurden. Und da stellt sich für mich

wiederum die Frage, warum sollte wo ein Verkehrswert nicht ermittelt werden? Vor allem, weil es da auch die Diskrepanz gibt, als das Land Oberösterreich sich im Wege öffentlicher Ausschreibungen von zwei nicht mehr benötigten Liegenschaften trennen wollte, boten selbst die Bestbieter nur 20 Prozent bzw. nur 50 Prozent der jeweils bilanzierten Liegenschaftswerte als Kaufpreis an. Der Rechnungshof empfahl, die Buchwerte der Liegenschaften gegebenenfalls den tatsächlichen Werten anzupassen. Und das ist eine berechtigte Empfehlung. Den einzigen Effekt, den der Rechnungshof in diesem Zusammenhang sehen konnte war, dass durch diesen Liegenschaftsverkauf das Land Oberösterreich etwas Positives zum Stabilitätspakt beitragen konnte und das war wie gesagt der einzige positive Effekt, den der Rechnungshof erkennen konnte. Und ich denke, meine Damen und Herren, dass diese Fragen in diesem Zusammenhang aufgeklärt werden sollten im Sinne einer wirtschaftlichen und auch fundierten Vorgangsweise bei dieser Transaktion. Danke sehr. (Beifall)

Erste Präsidentin: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Lackner-Strauss.

Abg. Lackner-Strauss: Sehr geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich habe mich befasst mit dem Bericht des Bundesrechnungshofs über die Tätigkeit im Jahr 2005 und ich habe mir vier Punkte und vier Themen herausgesucht, bei denen die Empfehlungen des Landesrechnungshofes bereits umgesetzt sind bzw. sich in Umsetzung befinden, zum Beispiel die Förderung des Transplantationswesens. Die Empfehlung des Rechnungshofes war, die Entnahme von Organen von Verstorbenen wäre als Leistung der Krankenanstalt in die jeweilige Anstaltsordnung aufzunehmen. Die Rechtsträger der öffentlichen Krankenanstalten wurden ersucht, bei der nächsten Änderung der Anstaltsordnung diese Leistung aufzunehmen. Und diese Empfehlung des Rechnungshofes wurde daher schon sukzessive umgesetzt, wie auch der Rechnungshof in seinem Bericht bestätigt hat.

Der zweite Punkt war im Bereich der Forschungsförderung. Da wurde die Rückflussquote aus dem EU-Rahmenprogramm Förderungen durch Setzung entsprechender Maßnahmen empfohlen. Das war im Jahre 2004. Wir haben im Oberösterreichischen Landtag im Mai 2005 das Programm "Innovatives Oberösterreich 2010" beschlossen, in dem ja genau diese konkreten Maßnahmen zur Erhöhung der Rückflussquote aus dem EU-Rahmenförderungsprogramm enthalten sind und es wurde bereits bei uns beschlossen und umgesetzt. Im Vergleich zum fünften EU-Rahmenprogramm ist dabei auch die Zahl der erfolgreichen Projektteilnahmen von außeruniversitären Forschungsdienstleistern im sechsten Rahmenprogramm von neun auf 20 Projektteilnahmen bereits gestiegen. Außerdem zum Beispiel bei Beratung und Monitoring setzt das Land Oberösterreich Maßnahmen zur Absicherung der Rückflussquote aus dem EU-Rahmenförderungsprogramm.

Eine Empfehlung aus dem Jahr 2001 war die Einbringung der bundeseigenen Grundstücke in die Flughafen GesmbH. Im Abtretungsvertrag der Flughafengesellschaftsanteile des Bundes an das Land Oberösterreich und die Landeshauptstadt Linz ist bereits berücksichtigt worden die Aufrechterhaltung der langfristigen Bestandsverträge und der damit gewährleisteten günstigen Benutzerregelungen. Also auch diese Empfehlung ist bereits umgesetzt.

Der Punkt vier, wo Kollege Öller gesprochen hat, habe ich mir herausgesucht eben diese Immobilienbewirtschaftung, auch eine Empfehlung des Landes und seit der Gründung der Landes-Immobilien GesmbH erwarb die GmbH vom Land Oberösterreich bis Mitte 2004 Liegenschaften im Wert von rund 300 Millionen Euro und vermietete diese dann auch wieder an das Land zurück. Und der Rechnungshof hat auch diese Empfehlung gesehen als österreichischen Stabilitätspakt und das Land Oberösterreich hat diesen Pakt auch erfüllt. Vor der

Gründung der Landes-Immobilien GmbH wurde die Bewirtschaftung dieser landeseigenen Immobilien eben in den verschiedenen Abteilungen wahrgenommen, wie wir schon gehört haben, und diese Aufgaben sind jetzt wirklich an einer Stelle zusammengefasst. Natürlich sind die Investitionen des Landes jetzt in der GesmbH vorsteuerabzugsberechtigt, was vorher ja nicht war. Ich möchte ein positives Beispiel bringen, weil es gerade von Freistadt ist, was ich vom Landesrechnungshof bekommen habe, gerade in Bezug auf die Landes-Immobilien GmbH. Es wurde am 31.5.2006 von der Landes-Immobilien GmbH eine Liegenschaft veräußert. Der Buchwert des Grundstückes war 178.200 Euro und der Kaufpreis war 198.624 Euro. Es wurde ganz genau wirtschaftlich geprüft und dieser Differenzbetrag in der Höhe von 20.424 Euro fließt dem Land Oberösterreich zu. Und ich glaube, das ist wirklich ein Ausschöpfen von Einnahmemöglichkeiten für das Land Oberösterreich.

Wir werden dem Bericht des Bundesrechnungshofes über die Tätigkeit 2005 die Zustimmung erteilen und bedanken uns auch beim Landesrechnungshof für seine Mühewaltung. Danke. (Beifall)

Erste Präsidentin: Es wünscht niemand mehr das Wort. Ich schließe die Wechselrede, lasse abstimmen und bitte die Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 945/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zu den Beilagen 946/2006 und 947/2006. Das sind die Berichte des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Investitionen bei Fondskrankenanstalten" und betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Gesundheitsversorgung in OÖ. - Schwerpunkt Krankenanstalten". Auf Grund des sachlichen Zusammenhalts werden wir über beide Beilagen eine gemeinsame Wechselrede durchführen. Die Abstimmung erfolgt getrennt. Die Frau Abgeordnete Dr. Röper-Kelmayr ist gebeten, über beide Beilagen zu berichten.

Abg. **Dr. Röper-Kelmayr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Initiativprüfung "Investitionen bei Fondskrankenanstalten" und Bericht des Kontrollausschusses betreffend den Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Gesundheitsversorgung in OÖ. - Schwerpunkt Krankenanstalten". Die Beilagen 946/2006 und 947/2006 liegen Ihnen vor.

Bezüglich der Beilage 946/2006 ersuche ich: Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: 1. Der Bericht des Landesrechnungshofs betreffend die Initiativprüfung "Investitionen bei Fondskrankenanstalten" wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt. 3. Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bis zur Folgeprüfung die Umsetzung der vom Kontrollausschuss festgelegten Empfehlungen zu veranlassen.

Und bezüglich der Beilage 947/2006: Der Kontrollausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: 1. Der Bericht des Oö. Landesrechnungshofs über die Folgeprüfung "Gesundheitsversorgung in Oö. - Schwerpunkt Krankenanstalten" wird zur Kenntnis genommen. 2. Dem Landesrechnungshof wird für seine Mühewaltung gedankt.

Erste Präsidentin: Danke vielmals. Ich teile Ihnen mit, dass zur Beilage 946/2006 ein Änderungsantrag eingelangt ist, den wir Ihnen als Beilage 959/2006 auf Ihren Plätzen aufgelegt haben. Gemäß unserer Geschäftsordnung wird er in die Wechselrede mit einbezogen. Ich

eröffne die Wechselrede und erteile Ihnen das Wort. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Abg. Dr. Röper-Kelmayr: Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, sehr geehrte Zuhörer/innen, sehr geehrte Damen und Herren und Kolleg/innen! Erfreulicherweise kann der Landesrechnungshof in seiner Initiativprüfung gleich im ersten Absatz des Prüfberichtes darauf hinweisen, dass die oberösterreichische Spitalslandschaft während der vergangenen Jahre von einer regen Investitionstätigkeit geprägt war. Oberösterreich verfügt hinsichtlich qualitativer und auch hinsichtlich quantitativer Leistungen über ein vergleichsweise hohes Angebot an Spitalsleistungen. Investitionen an Fondskrankenanstalten wurden aus den Zuschüssen des oberösterreichischen Krankenanstaltenfonds des Landes und durch Träger-selbstbehalte finanziert. Die Zuschüsse betragen zwischen 70 und 95 Prozent. In den letzten sieben Jahren flossen vom Land insgesamt 318 Millionen Euro an Investitionszuschüssen an die Fondskrankenanstalten. Insgesamt lässt sich daher sagen, einen wesentlichen Finanzierungsbeitrag in der oberösterreichischen Spitalslandschaft leistet das Land. Obwohl hier doch das Land den wesentlichen Finanzierungsbeitrag leistet, kann es wenig Einfluss auf die angebotenen Leistungen und Standards nehmen. Eine vermehrte bedarfsorientierte und fiktive Steuerung des Landes wäre sicherlich notwendig.

Einstimmigkeit der im Landtag vertretenen Fraktionen besteht auch darin, dass es zu einer Erweiterung der bestehenden Form der Bedarfsprüfung kommen soll. Hierzu gehört eine aktuelle Auslastungsprüfung bzw. eine Leistungsanalyse, weiters auch eine vermehrte Berücksichtigung von Folgekosten und eine Festlegung von Aufteilungsschlüsseln für Folgekosten bei nicht geförderten Investitionen, sowie schlüssig abgefasste Gutachten. Weiters auch eine verstärkte Förderung von Kooperationstätigkeiten und die Erarbeitung und Festlegung von Ausstattungs- und Qualitätsstandards bzw. von Normkosten. Wichtig ist auch eine aufgabengemäße Ressourcenausstattung des oberösterreichischen Gesundheitsfonds bzw. der Geschäftsstelle für intramurale Angelegenheiten. Und ein wesentlicher Punkt liegt auch darin, eine genaue Definition zu finden vom Leistungsumfang und für die Finanzierung der in der oberösterreichischen Spitalsreform zu so genannten Nachsorgebetten umgewandelte Akutbetten. Bezüglich der verstärkten Kooperationen sei auch auf die hingewiesene Kooperation des Krankenhauses Braunau mit dem Krankenhaus Simbach besonders hingewiesen. Dieses grenzüberschreitende Kooperationsprojekt hat dazu geführt, dass das erste europäische grenzüberschreitende Klinikum Braunau-Simbach entstanden ist.

Im Rechnungshofbericht wird auch darauf verwiesen, dass im Oktober 2005 der Oberösterreichische Landtag den Beschluss gefasst hat, die oberösterreichische Spitalsreform auf Basis der Ergebnisse der Regionalkonferenzen umzusetzen, und mit dieser Umsetzung wurde die Sanitätsrechtsabteilung erfolgreich betraut. Der Landesrechnungshof erachtet es für notwendig, dass die Ergebnisse der Spitalsreform weiterhin konsequent umgesetzt werden. Hier kann man darauf verweisen, dass von Seiten der oberösterreichischen Politik die Reform bereits weit vorangeschritten ist. Einzelnen Krankenhausträgern sollte es jedoch weiterhin unbenommen bleiben, Projekte zu planen und diese zur Diskussion zu stellen. Eine Genehmigung sollte jedoch erst dann gegeben werden, nachdem der Bedarf, die Standards und die Zuständigkeit sowie die Kostentragung geklärt worden ist. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Zu diskutieren ist auch, dass das Gesundheitswesen in Oberösterreich von einer Spitalslastigkeit gekennzeichnet ist. Es ist für alle Bürger sehr erfreulich, dass es in Oberösterreich eine hohe Anzahl von Akutbetten gibt, und dass die Ausstattung mit medizinischen Großgeräten europaweit überdurchschnittlich gut ist. Es wird jedoch auch Aufgabe der Politik sein,

die relativ geringe Dichte an niedergelassenen Ärzten und mobilen Diensten zu beseitigen und weiter auszubauen. Insgesamt lässt sich sagen, dass das Land Oberösterreich über ein vergleichsweise hochwertiges Angebot an Spitalsleistungen verfügt, und dass jeder Oberösterreicher und jedem Oberösterreicher Zugang zu hochwertigen medizinischen Leistungen gegeben ist. Durch diese zukunftsweisende Investition und diese Investitionstätigkeit des Landes Oberösterreich konnte und kann sichergestellt werden, dass auch in Zukunft dieses hochwertige Gesundheitssystem jeder und jedem zugänglich sein wird. Und da ist ein wesentlicher Punkt, den man beachten muss, dass dies in weiterer Form in Zukunft gewissenhaft und vorausschauend geleistet wird. Und da ist ein wesentlicher Punkt die Krankenanstaltenfinanzierung. Ziel einer neuen Finanzierung der Krankenanstalten sind neben einer Stärkung der leistungsbezogenen Finanzierungsbestandteile eine Erhöhung der Planungsgenauigkeit und naturgemäß eine Einhaltung der budgetären Vorgaben.

Es sind also drei Säulen, die eine neue Finanzierung der Krankenanstaltenfinanzierung betreffen würden, Planungsgenauigkeit, stärkerer Leistungsbezug bei Verteilung der Betriebsabgangsmittel sowie die Einhaltung der budgetären Vorgaben. Also sollen steuernd folgende Ziele erreicht werden: Das wären Sanktionen bei Unterplanungen mittels degressiver Bepunktung, weiters Absenkung des bisherigen Vorzugsanteils, der sich auf 63 Prozent beläuft auf nun 30 Prozent. Das wäre sicherlich wünschenswert. Sowie die Berücksichtigung von Pflorgetagen, Ambulanzleistungen und LKF-Punkten. Sanktionierende degressive Bepunktung würde direkt auf den Trägerselbstbehalt wirken. Hierbei ist es wichtig, die Einhaltung der budgetären Vorgaben voran zu stellen. Bei der derzeitigen Finanzierung sind beim Betriebsabgang 15 Prozent Trägeranteil, 85 Prozent Landesbeitrag, der sich wieder aufspaltet in 45 Prozent Land, und 40 Prozent Gemeinden. Diese derzeitige Finanzierung sieht eine Verteilung des Landesbeitrags von approximativ 93 Millionen Euro vor. Zurzeit beträgt der Vorzugsanteil, wie bereits erwähnt, 63 Prozent. Eine weitere Aufteilung der Restmittel erfolgt über Pflorgetag, dieser misst zurzeit 22 Prozent. Bei der Neuverteilung des Landesbeitrages und einer Absenkung des Vorzugsanteils und Verteilung der Restmittel über Pflorgetage, LKF-Punkte und Ambulanzfrequenzen, oder als weitere Variante lediglich über Absenkung des Vorzugsanteils und Verteilung der Restmittel über Pflorgetage und LKF-Punkte. Diese nun tatsächlich effektive Finanzierungsvariante mit den unumstrittenen Zielsetzungen würde einer sinnvollen Finanzierung und modernen, auch gefordert, bedarfsorientierten, effektiven Finanzierung nahe kommen, und würde auch eigentlich den entsprechenden Forderungen des Landesrechnungshofes nahe kommen. In jedem Fall würden zwei Drittel der Träger profitieren durch diese Modifizierung, die die Verteilung über Ambulanzfrequenzen, LKF-Punkteanteil und Restmittel über Pflorgetage berücksichtigt. Das ist mit Sicherheit sinnvoll, denn strategisches und operatives Handeln, was immer gepusht wird, und wo auch immer eine Bereitschaft dazu zumindest rhetorisch ist, hängt natürlich vom Steuerungsverständnis und von den gewählten strategischen Steuerungsansätzen ab. Deshalb sind Finanzierungsansätze strategisch zu wählen, denn sie selbst können direkt als Steuerungsinstrument eingesetzt werden. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich bedanke mich. Nächster Redner ist Herr Kollege Entholzer.

Abg. Dr. Entholzer: Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerin hat es schon sehr ausführlich besprochen, sodass ich mich kurz fassen kann. Vieles ist auf Schiene oder schon umgesetzt, was in diesem Bericht auch angeführt wurde. Erwähnenswert erscheint mir, dass 318 Millionen Euro widmungsgemäß auch verwendet wurden seit 1999, das ist, glaube ich, nicht unbeträchtlich, diese Summe. Dann, dass es länderübergreifende Zusammenarbeit gegeben hat, ist, glaube ich, auch positiv erwähnt wor-

den, aber auch Barmherzige Brüder und Schwestern, glaube ich, arbeiten zusammen, das ist sehr positiv bei diesem Krankenanstaltenbericht erwähnt worden.

Wir bekennen uns zur Trägervielfalt in Oberösterreich, das werden wir auch in Zukunft so handhaben, und ich möchte auch erwähnen, dass die Steuerung und Koordinierung im Gesundheitswesen über die Gesundheitsplattform schon geregelt ist, das ist also auch schon umgesetzt.

Wünsche sind natürlich noch einige offen vom Landesrechnungshof. Was die Verbesserungsvorschläge anbelangt gibt es zwei, auf die ich noch ganz kurz eingehen möchte. Das eine ist diese 15a-Vereinbarung mit dem Bund und Hauptverband, da geht es darum, dass die gedeckelt ist, und natürlich Verhandlungen stattfinden sollen, was zu Gunsten der Länder ausgehen soll, aber das wird wahrscheinlich ein zähes Ringen geben. Und der zweite Punkt, der von mir auch an dieser Stelle schon mehrmals ausgesprochen und angesprochen wurde, ist die Verschiebung oder der Versuch der Leistungs- und Bezahlungsverschiebung vom extramuralen in den intramuralen Bereich und umgekehrt, weil es hier verschiedene Töpfe gibt, aus denen bezahlt wird. Das soll auch eingestellt werden, aber das wird auch noch längere Verhandlung brauchen. Wir stimmen auf jeden Fall beiden Berichten zu, und der Folgebericht vom Landesrechnungshof wurde ja auch schon angekündigt. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Nächster Redner ist Herr Kollege Brunmair.

Abg. Dr. Brunmair: Werte Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wenn ich zahlreiche Unterlagen mitgebracht habe, ich werde mich trotzdem kurz fassen. Wir haben einen Abänderungsantrag mit Beilage 955 eingebracht betreffend die Abänderung, nämlich betreffend die Initiativprüfung Investitionen in den Fondskrankenanstalten. Der Antrag lautet, die Landesregierung wird aufgefordert bis zur Folgeprüfung die Umsetzung sämtlicher Empfehlungen des Landesrechnungshofes zu veranlassen. Dieser Abänderungsantrag ist eine Konsequenz aus der sehr interessanten Diskussion im Kontrollausschuss, wo von den Empfehlungen I. bis VII. des Landesrechnungshofes nur wir vom freiheitlichen Landtagsklub alle 7 Punkte beschlossen haben oder zugestimmt haben, während der Großteil der anderen Fraktionen bei den Punkten II., III. und IV. nicht mitgestimmt hat. Und wenn man sich diese Punkte genauer anschaut, dann weiß man auch warum es hier keine Zustimmung gab, denn es ist halt in diesen Punkten vor allem also im Punkt II., ein kritisches Thema. Das sind die Freiflächen in der Landesfrauen- und Kinderklinik, diese 2.400 Quadratmeter, die als Altlast, als planerische Altlast halt einfach wehtun. Das wissen wir.

Aber wir sind der Meinung, dass man sich auch diesem Thema stellen muss, und ich sage in diesem Zusammenhang auch, dass es ja auch einen Lösungsansatz gibt zu diesem Thema, was machen wir mit den Freiflächen, und auch dieser Lösungsansatz ist eine Initiative von uns, eine Idee von uns. Dass wir der Meinung sind, man sollte diese Freiflächen ganz eng mit einbeziehen in die Diskussion Oberösterreich bekommt, braucht eine medizinische Universität. Wir haben eine Spitalslandschaft geschaffen, wo sozusagen die Kooperation noch verbessert werden muss, wo es noch Nutzungsflächen gibt, die noch ungenützt sind, und wenn wir sozusagen diese Idee, diese gesundheitspolitisch großartige Idee als Angelpunkt hernehmen, dann bin ich sehr überzeugt, dass wir hier Lösungen finden können, die alle unsere Wünsche, nämlich unsere Wünsche des freiheitlichen Landtagsklubs, dass endlich diese Räume genützt werden, und unsere gemeinsamen Wünsche des Landtags, aber auch vieler Experten, dass es in Oberösterreich einen Standort für eine medizinische Universität gibt, dass es hier eine Lösung gibt. In diesem Sinne haben wir diesen Abänderungsantrag eingebracht.

Zur Initiativprüfung, was die Investitionen anbelangt, und so haben wir auch veranlasst, indem wir im Kontrollausschuss noch nicht zugestimmt haben, dass auch diese Folgeprüfung in den Landtag kommt, und hier im Landtag behandelt wird, indem wir also in Kontrollausschuss nicht zugestimmt haben, weil dort in diesem Bericht von 17 Punkten nur einer vollständig umgesetzt ist. Wenn man sich das genauer anschaut, und vier sind in Umsetzung, und alle anderen sind nur teilweise oder nur im ersten Schritt umgesetzt. Und um noch einmal zu betonen, dass die Vorgaben des Rechnungshofes schon von Bedeutung sind, wenn es zum Beispiel um die organisatorische Weiterentwicklung der GSPAG geht, wenn es um weitere Effizienzsteigerungen in den GSPAG-Spitälern geht, wenn es um die Weiterentwicklung der Ergebnis- und Prozessqualität geht, dass das wirklich wichtige Punkte sind, die auch umgesetzt gehören. Die nicht nur auf einem Papier stehen sollen, oder auch wenn es um die Optimierung im Schnittstellen- bzw. Nahtstellenbereich geht, das ist hier noch einmal zu betonen, noch einmal zu erinnern, und das war der Grund, warum wir diese Folgeprüfung auch in den Landtag wollten. Wir werden natürlich nach unserer Wortmeldung heute dieser Folgeprüfung hier zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich erteile dem Herrn Kollegen Gumpinger das Wort, und bitte die etwaigen Nebengeräusche etwas einzustellen.

Abg. **Mag. Gumpinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus! Kollegin Röper-Kelmayr hat gesprochen wegen der niedergelassenen Ärzte, dass also immer mehr in den Krankenhäusern an medizinischen Leistungen erbracht wird, und da ein Rückgang ist, oder das Verhältnis nicht so günstig wäre wie in anderen Bundesländern. Ich glaube auch, dass da ein Problem liegt, aber vermute dahinter eine Politik der Gebietskrankenkasse und würde Ihnen empfehlen da auch mit dem Kollegen Popper in eingehende Gespräche einzutreten, denn wir wissen ja, dass bei den medizinischen Leistungen, die im niedergelassenen Bereich erbracht werden, 100 Prozent der Kosten die Krankenkassen zu tragen haben, und in den Krankenanstalten nicht einmal mehr 50 Prozent. Also, da ist sicher eine gewisse Wurzel für dieses Problem gegeben.

Und generell zum Kontrollausschussbericht und Rechnungshofbericht. Er weist ja ein sehr positives Bild über das Krankenanstaltenwesen in Oberösterreich aus. Ich glaube, das ist sehr, sehr erfreulich was die Qualität betrifft, was die quantitativen Möglichkeiten betrifft, und auch was die finanziellen Leistungen des Landes anbelangt. Die sind ja gigantisch und enorm. Ich glaube, das ist die zentrale Botschaft. Es sind natürlich einige Punkte drinnen, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gäbe, und ich möchte nur ansprechen die Kooperationen. Es sind ja einige positive Beispiele genannt, zwischen Barmherzigen Schwestern und Brüdern, oder zwischen Krankenhaus Braunau und jenes in Simbach. Wo es noch ein bisschen hakt ist das AKH, das lesen wir auch da heraus, wo ja angeführt ist, dass durch die Weigerung des AKH, hier sich mit der Landesfrauen- und Kinderklinik zusammen zu legen, was die Gynäkologie betrifft, dass also hier der Steuerzahler zusätzlich mit 1,2 Millionen Euro belastet wird durch diese Weigerung. Das wäre sicher ein Punkt, der bereinigt werden soll. Ich hoffe, dass es da Lösungen gibt. Ansätze haben wir ja gehört mit der gemeinsamen Firma, die da errichtet wird oder errichtet worden ist, also, das sind die Punkte. Ich glaube, in Summe positiv, einige Punkte, die man noch lösen sollte, und da bitte ich alle um Unterstützung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Ja, zum Abschluss noch ganz kurz. Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Ihnen, es ist ja schon sehr viel gesagt worden über die Berichte, nur eine Anmerkung, warum auch diese Veränderungen im Kontrollausschuss von uns durchgeführt wurden, oder allen Maßnahmen, diesen in Klammer gesetzten Anführungen nicht zugestimmt wurde. Wenn ich lese, dass die Richtlinien des Fonds sehr weit gefasst sind, gebe ich dem Rechnungshof bis zu einem gewissen Grad recht, nur wenn ich dann sehe, dass Küchen oder Hubschrauberplätze als Nebeneinrichtung für ein Krankenhaus definiert werden, dann frage ich mich schon, ob eine medizinische Versorgung nur, ob eine Patientenversorgung nur im medizinischen Bereich, oder ob es nicht auch wichtig ist, dass die Leute was zum Essen bekommen und der Hubschrauberplatz ja auch wichtig ist in Notfallsituationen. Genau aus diesen Gründen, weil da eine Vermischung passiert ist, die ich nicht nachvollziehen kann, haben wir einigen Empfehlungen nicht zugestimmt. Natürlich muss man immer auch diskutieren, wie viel Förderungen brauchen Tiefgaragen, aber einen Hubschrauberlandeplatz in Frage zu stellen, eine Küche für ein Krankenhaus in Frage zu stellen, war für mich und für die Grünen einfach nicht vertretbar. Das zu diesen Punkten, warum wir bei vielen Sachen einfach nicht mitstimmen konnten und diesen Forderungen nicht nachgehen konnten. Grundsätzlich muss alles immer wieder auch evaluiert werden und genauer hingearbeitet werden, damit wir das Geld, was wir einsetzen, effizient einsetzen. Das ist aber nicht nur im Krankenhausbereich oder im ärztlichen Bereich so, sondern in allen Kriterien, wo das Land Geld hergibt.

Was ich sehr unterstütze und wo wir auch natürlich noch Ideen brauchen, ist eine verstärkte Kooperation mit dem Sozialbereich. Wir merken es ja immer wieder, bei jeder Maßnahme haben wir Auswirkungen auf den Sozialbereich zu vermerken, und hier braucht es einfach auch noch wirklich vielleicht einmal ein bisschen kreative Ideen und die Notwendigkeit, dass man auch in Alten- und Pflegeheimen genau diese medizinischen und pflegerischen Notwendigkeiten auch hat, ist sehr wichtig. Also, hier appelliere ich nochmals an alle, und ich glaube, wir haben einen ersten Ansatzpunkt in der Gesundheitsplattform gefunden, hier wirklich gemeinsam zu schauen, wie können wir diese Kooperation zwischen Gesundheitsbereich und Sozialbereich verbessern. Eben im Sinne für die Patientinnen und Patienten für unsere Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. Wir werden diesem Kontrollausschussbericht und auch dem Folgebericht die Zustimmung geben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Röper-Kelmayr.

Abg. **Dr. Röper-Kelmayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Zuhörer, sehr geehrter Kollege Gumpinger! Also, das mit dem AKH mit der Weigerung, davon würde ich wirklich Abstand nehmen. Ich glaube, dass das eine sehr schwierige Diskussion ist, und ich glaube, dass hier nicht der richtige Ort ist, wo man sagt, der hat Schuld, und der weigert sich. Das Zweite, zu den Niedergelassenen, ich bin dafür, dass genau so eine gute Qualität wie im Spital auch in der Dichte der Niedergelassenen herrscht. Das heißt, es wird gelobt, was so eine gute Leistung im Spitalsbereich ist, und dass die Niedergelassenen und die mobilen Dienste ausgebaut gehören, das ist auch gut.

Jetzt wollte ich kurz noch ein paar Worte zum Folgebericht sagen. Der Kontrollausschuss des Oberösterreichischen Landtags hat sich bereits in seiner Sitzung vom 2. Juni 2005 mit einem Bericht des Landesrechnungshofs, über die Initiativprüfung des der Gesundheitsversorgung in Oberösterreich, Schwerpunkt Krankenanstalten befasst. Dabei hat der Kontrollausschuss damals festgestellt, dass einige Kritikpunkte als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge anzumerken waren. Erfreulicherweise ist zu bemerken, dass alle Kritikpunkte, die als Beanstandungen und Verbesserungsvorschläge damals aufgezeigt wurden, ent-

weder vollständig umgesetzt worden sind oder teilweise umgesetzt worden sind und dass erste Schritte in Richtung Umsetzung bereits getätigt worden sind.

Auf einen Punkt möchte ich eingehen, nämlich die bereits von meinen Vorrednern angesprochene Qualität. Ergebnisqualität in Krankenanstalten ist sehr wichtig und ist auch sehr wichtig für Kontrolle und für Einhaltung und für Verfolgung von Prozessen. Auf der Bundesebene stand bisher die Strukturqualität eindeutig im Vordergrund. An der Ergebnisqualität kann nun weitergearbeitet werden. Wesentlich für das Gesundheitswesen sind ein flächendeckendes österreichisches Qualitätssystem, das Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität intersektoral verwendet. In Oberösterreich wurde auf Grundlage des § 27 Absatz 6 Oberösterreichisches Krankenanstaltengesetz eine Verordnung der Landesregierung über Maßnahmen der Qualitätssicherung in Krankenanstalten erlassen. Damit wurde das QIP, das so genannte Quality Indicator Project als Instrument der Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung in öffentlichen Krankenhäusern eingeführt. Und diese Verordnung ist seit 1. Oktober 2000 in Kraft. Im Bundesland Oberösterreich sind damit international validierte medizinische Outcome-Indikatoren zur Messung von Qualität von Gesundheitsleistungen verfügbar. Gleichzeitig besteht damit auch die Chance im unmittelbaren Umfeld objektive Vergleiche zwischen einzelnen Krankenhäusern bezüglich definierter Prozesse zu ziehen. Die Auswertung der in der jeweiligen Krankenanstalt erhobenen individuellen Daten werden ausschließlich dieser Krankenanstalt zur Verfügung gestellt und mit den akkreditierten Daten des Gesamtprojektes verglichen. Es liegt also im Ermessen jedes Hauses seine Daten für Vergleichszwecke offen zu legen. Somit sollte beim 10. Kritikpunkt größtenteils nicht von ersten Schritten gesprochen werden, sondern es handelt sich hier um bereits eine gute Basis.

International lässt sich sagen, dass das Bundesland Oberösterreich sehr gut dasteht und dass die bereits am 2. Juni 2005 gesetzten Ziele entweder bereits vollständig oder größtenteils oder bereits erste Schritte gesetzt worden sind. Das Land Oberösterreich verfügt über international validierte medizinische Outcome-Indikatoren. Dieser Bereich sollte mehr Erwähnung im Bericht finden. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich erteile Frau Landesrätin Dr. Stöger das Wort.

Landesrätin **Dr. Stöger:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich verspreche kurz zu sein, weil der Tag hat schon sehr lange gedauert. Ich möchte nur auf vier Punkte eingehen, die angesprochen wurden. Ambulante Dokumentation, der Leistungskatalog für den ambulanten Bereich ist im Dezember 2006 fertig gestellt. Er läuft gut und daher kann ich das so bestimmt sagen. Oberösterreich und Salzburg haben sich als Pilotprojektregion für diese Leistungserfassung angeboten. Man kann nur dann diskutieren, wohin man was verschiebt, wenn man weiß, welche Leistungen wo erbracht werden. Vor allem über den ambulanten Bereich der Krankenhäuser haben wir nur Frequenzahlen, über den niedergelassenen Bereich haben wir nicht die Dokumentation, die wir brauchen.

Die oberösterreichische Ärztekammer hat sich nicht bereit erklärt, an diesem Pilotprojekt teilzunehmen, hat damit einen Schritt verhindert, aus welchen Ängsten wie immer, ich bin, muss ich sagen enttäuscht, weil die Salzburger Ärztekammer anders reagiert hat, obwohl der durchaus der Neuerung kritisch gegenüberstehende Präsident Dr. Brettenthaler von dort stammt. Mit einem Wort, wir haben das wahrscheinlich an Niederösterreich abgegeben. Niederösterreich hat ein klares Bekenntnis zur Verlagerung in den intramuralen Bereich mit dem Argument, dass der extramurale Bereich nicht 24 Stunden zur Verfügung steht.

Die leerstehende Fläche des AKHs, Landesfrauen- und Kinderklinik, also diese Connection wird ein Mammakompetenzzentrum erhalten. Wir haben ein großes Projekt des Mammascreeenings an Land gezogen. Es werden 16.000 Frauen im Zentralraum zwischen 40 und 59 Jahren gescreent werden alle zwei Jahre. Um diese Frauen, deren Diagnostik, dann damit optimal gestaltet wird, auch weiterbehandeln zu können, falls notwendig, wird, und das ist auch schon vereinbart, in einer der leer stehenden Flächen, und zwar im Erdgeschoss das Mammakompetenzzentrum eingerichtet. Ich glaube, damit sind wir wieder einen Schritt weiter zu einem Exzellenzzentrum zu einem tatsächlichen Kompetenzzentrum.

Universität, Herr Kollege Brunmair, muss ich nicht viel streifen. Wir haben die Expertenmeinung gehört, der Ball liegt beim Bund. Ich nehme an, dass die Entscheidung noch länger dauern wird, aber sofern ihre Partei ja in der letzten Legislaturperiode zweimal in der Regierung war, ist leider auch nicht viel weitergegangen.

Herr Kollege Gumpinger, nicht nur die Gebietskrankenkasse bestimmt die Dichte am extramuralen Angebot, die Ärztekammer ist genauso in die Stellenplanung eingebunden. Man darf durchaus kritisch sagen, dass auch von den Ärzten regional periphere Gebiete sehr schlecht angenommen werden. Wir haben eine durchaus repräsentative Fachärztedichte im Zentralraum, aber leider die große Problematik, die Kollegen hinaus in den ländlichen Bereich zu bekommen. Und da wäre natürlich auch die Ärztekammer gefordert, meiner Meinung nach, hier Einfluss auf die Kolleginnen und Kollegen zu nehmen. (Zwischenruf Abg. Dr. Entholzer: "Kassenverträge sind erlaubt!") Die Kassenverträge werden, die Kassenstellen nicht die Verträge, aber die Kassenstelle werden gemeinsam, bitte in beiden Gremien erarbeitet bitte. Das möchte ich einmal ganz klar sagen, auch die Ärztekammer (Unverständliche Zwischenrufe) nein, auch die Ärztekammer erarbeitet den Stellenplan, dem dann der Vertrag folgt. Aber wenn die Stelle einmal zwischen beiden akzeptiert ist. Die Ausschreibung findet auch in der Ärztekammer statt. Ich muss hier scheinbar wirklich ein Wissen hier hereinbringen, das nicht besteht. Und ich ersuche jeden, er hat ja Zugang zur Ärztekammerversammlung (Beifall) darüber zu informieren. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Da muss man die Kirche im Dorf lassen. Die Gebietskrankenkasse kann noch in der Selbstverwaltung entscheiden, ob sie eine Kassenstelle schafft oder nicht, rein rechtlich. Dass sie sich in Akkordierung und Koordinierung mit der Ärztekammer begibt, das ist ein Thema, das sie tut, aber rein rechtlich kann schon noch die oberösterreichische Gebietskrankenkasse eine Stelle schaffen oder nicht. Das muss man, glaube ich, schon fairerweise sagen!")

Herr Landesrat! Wir haben von der praktischen Auswirkung gesprochen, wie die Stellen besetzt werden. Rein rechtlich hat die Gebietskrankenkasse sich aber nicht darauf zurückgezogen, dass sie ohne Ärztekammer die Planung macht. Also sind zwei Partner im Boot und wenn da eine Änderung gewünscht wird bzw. wir haben einige Stellen im Zentralraum derzeit an Fachärzten an der Mozartkreuzung zurückgenommen, haben aber das riesen Problem, dass einige Stellen in den ländlichen Regionen nicht zu besetzen sind. Und daran ist nicht die Gebietskrankenkasse schuld, sondern da wären Krankenkassenverträge. (Zwischenruf Landesrat Sigl: "Nein, ich gebe niemanden die Schuld!") Ich habe dem Kollegen Gumpinger geantwortet, Herr Landesrat, vielleicht haben Sie ihm nicht zugehört. Hier wäre eine eindeutige Schuldzuweisung in Richtung GKK. Aber lassen wir das. (Zwischenruf Abg. Mag. Gumpinger: "Eine Vermutung!") Eine Vermutung, damit habe ich Ihre falsche Vermutung aufklären können und Ihnen gesagt, wer zuständig ist in dem Fall.

Die Weigerung des AKH, Herr Kollege Gumpinger, nachdem Sie das so angesprochen haben, die Weigerung besteht nicht nur auf der Seite des AKHs, es wäre eher widersinnig, wenn ein Schwerpunktkrankenhaus, das noch dazu ein Fachgebiet selber im eigenen Ange-

bot hat, sich an eine kleine Sonderkrankenhaus-Frauen- und Landeskinderklinik anschließt. Von der Kompetenz her ist umgekehrt eher das Sonderkrankenhaus gefordert, sich endlich an ein Zentralkrankenhaus anzuschließen, weil viele Leistungen davon abhängen, ob die Kooperation gelingt. Nein, ich habe nicht erwartet, wenn ich Ihnen das jetzt erzähle, dass Sie mir es glauben, aber vielleicht lesen Sie einmal im ÖSG nach. Das ist eine interessante Lektüre. Dann können Sie vielleicht erkennen, welche Kooperationen notwendig sind, für die beiden Sonderkrankenhäuser, inzwischen ein Krankenhaus, um Leistungen zu erbringen.

Das wollte ich einmal klarstellen und ich wollte eigentlich nicht polemisieren, sondern ersuchen, dass die Ärztekammer beeinflusst wird, wer immer hier einen Einfluss hat, dass sie sich nicht jeglichen Reformschritten verweigert, denn wir reden immer von Naht- und Schnittstelle. Jetzt wäre Oberösterreich und Salzburg bereit gewesen hier ein Pilot zu starten, um einmal wirklich Bewegung in das zu bringen, nachdem wir endlich die ambulante Dokumentation mit dem Bund festgelegt haben und die Ärztekammer ist nicht dazu bereit. Das wollte ich nur sagen, falls Enttäuschung herrscht, dass wir uns auf ein anderes Bundesland in diesem wirklich wichtigen Zukunftsschritt verlassen müssen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Danke. Ich schließe die Wechselrede und komme zur Abstimmung. Wir werden zuerst über die Beilage 946/2006 abstimmen, wobei wir da so vorgehen werden, dass ich zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen lasse, der die Beilagennummer 959/2006 hat. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Abänderungsantrag mit der Beilagennummer 959/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 946/2006, das ist der Landesrechnungshofbericht "Investitionen bei Fondskrankenanstalten" zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir stimmen ab über die Beilage 947/2006. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 947/2006, es dies der Landesrechnungshofbericht über die Folgeprüfung Gesundheitsversorgung in Oberösterreich, Schwerpunkt Krankenanstalten, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir behandeln die Beilage 952/2006, das ist eine Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe. Ich bitte Herrn Landesrat Sigl darüber zu berichten.

Landesrat **Sigl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 952/2006.)

Die Oberösterreichische Landesregierung beantragt, der hohe Landtag möge beschließen:

1. Gemäß § 26 Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung wird davon abgesehen, diese Regierungsvorlage einem Ausschuss zuzuweisen.
2. Der Oberösterreichische Landtag nimmt das aus der Subbeilage ersichtliche Beteiligungsmodell für touristische Leitbetriebe zustimmend zur Kenntnis.

3. Der unter Berücksichtigung von Abschichtungs- bzw. Zinserlösen sowie Gewinnanteilen verbleibende Zins- und Tilgungsaufwand für den zwischenfinanzierten Landesanteil durch die UBG in der Höhe von maximal 16,15 Millionen Euro wird durch das Land Oberösterreich bedeckt. Die dazu erforderlichen Mittel sind gegebenenfalls im Rahmen der jeweiligen Landeshaushalte bereitzustellen.
Dadurch übernimmt das Land Oberösterreich allfällige Ausfallrisiken im Zusammenhang mit den auf Grundlage dieses Beteiligungsmodelles von der UBG einzugehenden Beteiligungen.
4. Die Oberösterreichische Landesregierung wird weiters ermächtigt, für eine auf der Grundlage dieses Modells von der UBG vorzunehmende Fremdfinanzierung im Ausmaß von maximal 16,15 Millionen Euro eine Haftung gegenüber den finanzierenden Kreditinstituten zu übernehmen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne darüber die Wechselrede, die ich somit auch wieder schließe und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 952/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle die Annahme mit Stimmenmehrheit fest.

Wir kommen zur Beilage 954/2006, es dies ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz. Und ich bitte Herrn Klubobmann Trübswasser darüber zu berichten.

Abg. Trübswasser: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend "Etappenpläne Verkehr" gemäß dem Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz.

Der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, in Umsetzung des Bundes-Behindertengleichstellungsgesetzes bei der Vergabe von Verkehrsdienstverträgen, entsprechend der gesetzlichen Verpflichtung auf das Vorliegen eines Plans samt Umsetzungsschritten zum Abbau von Barrieren in Verkehrsmitteln zu achten und im Vertragstext zu berücksichtigen. Ich ersuche diesem Initiativantrag Ihre Zustimmung zu geben.

Zweite Präsidentin: Danke. Ich eröffne darüber die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet, ich schließe diese und lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 954/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zur Beilage 955/2006, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr. Ich bitte Kollegen Makor-Winkelbauer über die Beilage 955/2006 zu berichten.

Abg. Makor-Winkelbauer: Die Beilage 955/2006, das ist ein Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Lärmvermeidung im Straßenverkehr, dem die Dringlichkeit zuerkannt wurde. Im Rahmen der Dringlichkeitsdebatte wurde ausführlich diskutiert und der Inhalt erörtert. Darum erspare ich mir eine ausführlichere Berichterstattung und bitte um Annahme des Antrages.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich lasse abstimmen. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 955/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen zur Beilage 960/2006, es ist dies ein Geschäftsantrag der freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 4/2003, Initiativantrag betreffend ein Landeskindergeld. Ich bitte Herrn Klubobmann Mag. Steinkellner darüber zu berichten. Frau Kollegin Moser bitte.

Abg. **Moser:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir auch gleich über die weiteren zwei Fristsetzungsanträge bzw. Geschäftsanträge auch zu referieren, auch wenn ich dann noch einmal herauskommen muss. Geht das nicht?

Zweite Präsidentin: Langsam. Wir stimmen einen nach dem anderen ab. Also ich bitte einmal darüber zu berichten. Berichterstattung.

Abg. **Moser:** Welcher? 960/2006. Geschäftsantrag der freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 4/2003, Initiativantrag betreffend ein Landeskindergeld.

Der Oberösterreichische Landtag möge beschließen: Der Oberösterreichische Landtag setzt den Ausschuss für Verfassung und Verwaltung für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 4/2003, Initiativantrag betreffend ein Landeskindergeld, eine Frist bis zum 9. November 2006.

Zweite Präsidentin: Danke. Und ich eröffne darüber die Wechselrede und darf dir das Wort erteilen.

Abg. **Moser:** Ich möchte jetzt bei meinen Erläuterungen auch gleichzeitig, auch wenn es noch extra abgestimmt wird, auf 961/2006 und auf 962/2006 eingehen, weil es auch Geschäftsanträge sind, die sich mit der Situation der Familie befassen und möchte es gleichzeitig jetzt begründen.

Kollege Schürrer hat heute bei der Diskussion um die Leitbetriebe gemeint, in der Tourismusdiskussion, wenn wir nicht jetzt etwas machen, dann ist es zu spät. Ich glaube, dass diese, oder ich weiß, dass diese Aussage genauso für die Familienpolitik zutrifft. Und wir sind gefordert jetzt etwas zu machen und dass ich nicht so ganz falsch damit liege, ist, dass ich natürlich auch immer versuche, Verbündete zu finden. Der Kollege Gumpinger hat titulierte, Feuer am Dach bei den Geburten. Wenn wir nicht jetzt etwas machen, dann kriegen wir Probleme. Er hat mehrere Fakten aufgezählt, aber natürlich auch die Rahmenbedingungen und da gehört die Wirtschaft dazu.

Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl hat in einer Aussendung Familienland Oberösterreich gemeint, da geht es um den Zuschuss, um den Kinderbetreuungsbonus, 43,5 Prozent der bezuschussten Familien haben ein Pro-Kopf-Einkommen unter 400 Euro. Die Einkommensgrenze liegt bei einem gewichteten Pro-Kopf-Einkommen von 700 Euro. Das bedeutet für eine vierköpfige Familie eine Einkommensgrenze von jährlich netto 23.520 Euro. Für mich sind Aussagen, die von Kollegen getätigt werden, nehme ich als wahr und richtig an und sage daher, wir müssen etwas tun, um die Situation der Familie zu verbessern, die Familie, die finanzielle Situation.

Und bestärkt werde ich auch darin, dass ja der Statistische Dienst, der Dr. Fürst, eine Umfrage gemacht hat, die präsentiert worden ist, und zwar unter dem Titel "Kinder und Familie, Luxus oder Notwendigkeit" und im Resümee herauskommt, Familienpolitik ist gefragt. Kinder seien kein Luxus, sondern Basis für die Zukunftssicherheit. Positives Klima für junge Familien schaffen. Und dann meint er, ein Resümee als letztes, wer Nein zu Kindern sagt, wird dies spätestens beim Rückgriff auf die staatlichen Sozialsysteme spüren. Er hat es als letzten Punkt genommen und ich nehme es auch als letzten, weil ich glaube, man sollte Familienpolitik oder darf Familienpolitik nicht nur unter dem Aspekt sehen, dass ein Sozialsystem weiterhin gesichert ist, aber es sind natürlich auch Überlegungen in die Richtung notwendig.

Daher bitte ich, dass Sie alle den Fristsetzungsanträgen zustimmen und wenn sich wer anderer gemeldet hat, dann auch noch die anderen referieren.

Zweite Präsidentin: Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Es ist dies nicht der Fall. Somit schließe ich die Wechselrede und lasse abstimmen.

Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 960/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir behandeln nun die Beilage 961/2006. Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 899/2006, ein Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen und bitte Frau Kollegin Moser um die Berichterstattung.

Abg. **Moser:** Beilage 961/2006. Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 899/2006, ein Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oö. Landtag setzt dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 899/2006, Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss für Schulveranstaltungen, eine Frist bis zum 9. November 2006.

Zweite Präsidentin: Danke. Ich darf ebenfalls die Wechselrede eröffnen. Es ist niemand zu Wort gemeldet. Ich schließe diese. Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 961/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden.

Wir behandeln die Beilage 962/2006. Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 900/2006, Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss beim Schuleintritt und bitte ebenfalls Frau Kollegin Moser darüber zu berichten.

Abg. **Moser:** Beilage 962/2006. Geschäftsantrag des freiheitlichen Abgeordneten KO Mag. Günther Steinkellner betreffend einen Fristsetzungsantrag zur Beilage 900/2006, Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss beim Schuleintritt.

Der Oö. Landtag möge beschließen: Der Oö. Landtag setzt dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung für die Vorlage eines Ausschussberichts zur Beilage 900/2006, Initiativantrag betreffend den Oö. Familienzuschuss beim Schuleintritt, eine Frist bis zum 9. November 2006.

Zweite Präsidentin: Danke. Ich darf ebenfalls die Wechselrede eröffnen, zu der niemand zu Wort gemeldet ist und diese auch wieder schließen.

Ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen, die dem Antrag zur Beilage 962/2006 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt wurde.

Ich teile Ihnen mit, dass noch folgende Initiativanträge eingelangt sind, die den zuständigen Ausschüssen zugewiesen werden. Die Beilage 964/2006. Initiativantrag betreffend die Durchführung eines Frauensymposiums. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Frauenangelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 965/2006. Initiativantrag betreffend eine Resolution hinsichtlich der Aufhebung der Benesdekrete wird dem Ausschuss für Verfassung und Verwaltung zugewiesen.

Die Beilage 966/2006. Initiativantrag betreffend den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Diese wird dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass jetzt im Grünen Zimmer, das ist das Zimmer mit der Nummer 234, eine Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport stattfindet und ich darf Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen ersuchen, sich sofort in das Grüne Zimmer zu begeben.

Ich darf aber allen angenehme und erholsame Urlaubswochen wünschen und kommen Sie gut nach Hause. Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 18.44 Uhr)